



# Geographien der Unzufriedenheit - Daseinsvorsorge

Empirische Bestandsaufnahme und politische Implikationen

Matthias Diermeier / Konrad Doliesien / Melinda Fremerey / Hendrik Böhmer /  
Jan Engler / Jan Wendt

Auftraggeber: Philip Morris GmbH

Köln, 25.05.2026

**Gutachten**



#### **Herausgeber**

**Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.**

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

#### **Das IW in den sozialen Medien**

x.com

[@iw\\_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW\\_Koeln](#)

#### **Ansprechpartner**

##### **Dr. Matthias Diermeier**

Leiter Kooperationscluster Demokratie, Gesellschaft und Marktwirtschaft

[diermeier@iwkoeln.de](mailto:diermeier@iwkoeln.de)

0221 – 4981-605

##### **Konrad Doliesen**

Economist für Gesellschaftsforschung

[doliesen@iwkoeln.de](mailto:doliesen@iwkoeln.de)

0221 – 4981-769

##### **Dr. Melinda Fremerey**

Persönliche Referentin des Direktors

[fremerey@iwkoeln.de](mailto:fremerey@iwkoeln.de)

0221 – 4981-606

#### **Alle Studien finden Sie unter [www.iwkoeln.de](http://www.iwkoeln.de)**

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

#### **Stand:**

Mai 2026

Die Autoren danken Knut Bergmann und Armin Mertens herzlich für ihre wichtige inhaltliche Unterstützung, ihre kritischen Hinweise sowie die konstruktiven Diskussionen im Projektverlauf. Tim Ebensberger, Stefanie Schlößer und Anne Ries danken sie für die engagierte wissenschaftliche Assistenz und die Unterstützung bei Datenaufbereitung und Analysen.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>4</b>
<b>1 Motivation.....</b>	<b>5</b>
<b>2 Literaturüberblick .....</b>	<b>8</b>
2.1 Gleichwertige Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge in Deutschland – eine empirische Bestandsaufnahme.....	8
2.2 Politische Implikationen disparater Daseinsvorsorge – ein internationaler Forschungsstand.....	9
<b>3 Datenübersicht .....</b>	<b>13</b>
3.1 Geodaten .....	13
3.1.1 Digitales.....	14
3.1.2 Gesundheit.....	14
3.1.3 Mobilität.....	15
3.1.4 Freizeit.....	16
3.1.5 Bildung .....	16
3.2 Personenbefragung .....	18
<b>4 Zufriedenheit mit lokaler Daseinsvorsorgung .....</b>	<b>20</b>
4.1 Räumliche Determinanten der Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge .....	20
4.2 Sozio-demographische und politische Determinanten der Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge .....	23
4.3 Politische Implikationen der Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge .....	26
<b>5 Objektive Versorgungslagen in deutschen Gemeinden .....</b>	<b>29</b>
5.1 Daseinsvorsorge im deutschlandweiten Vergleich .....	29
5.2 Heterogene Daseinsvorsorge in urbanen und ländlichen Räumen.....	32
<b>6 Subjektive Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge und objektive Versorgungslage .....</b>	<b>34</b>
6.1 Zusammenhang zwischen objektiver Versorgung und deren Bewertung .....	34
6.2 Politische Implikationen der Daseinsvorsorge .....	37
<b>7 Handlungsableitungen .....</b>	<b>44</b>
<b>Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>47</b>
<b>Abbildungsverzeichnis.....</b>	<b>47</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>48</b>
<b>Anhang.....</b>	<b>53</b>

## JEL-Klassifikation

H41 – Öffentliche Güter

I31 – Allgemeiner Wohlstand; Wohlergehen

H75 – Landes- und Kommunalpolitik: Gesundheit, Bildung; Soziales; Staatliche Pensionen

O18 – Analysen zur regionalen, städtischen und ländlichen Entwicklung; Verkehrswesen; Wohnungswesen; Infrastruktur

## Zusammenfassung

Das vorliegende Gutachten analysiert die politischen Implikationen ungleicher Daseinsvorsorge in Deutschland. Erstmals verknüpft eine solche Untersuchung eine aktuelle, kleinräumige und umfassende Datenbasis zu den Versorgungslagen auf Ebene von rund 11.000 Gemeinden mit einer geokodierten Personenbefragung. Auf Basis von 17 teilweise mit Webscraping erhobenen Indikatoren aus den Bereichen Digitales, Gesundheit, Mobilität, Freizeit und Bildung lässt sich der Mechanismus zwischen (Unzufriedenheit mit) der lokalen Daseinsvorsorge und der voranschreitenden politischen Entfremdung genauer untersuchen. Konkret wird analysiert, inwiefern objektive Mängel in der lokalen Daseinsvorsorge subjektiv wahrgenommen und als Ausdruck von Staatsversagen interpretiert werden, wodurch sie zur politischen Entfremdung beitragen.

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland (53,2 Prozent) ist mit der Daseinsvorsorge im eigenen Umfeld zufrieden. Obwohl die Bewertung in urbanen Umfeldern (55,2 Prozent Zufriedene) positiver ausfällt als im ländlichen Raum (45,1 Prozent Zufriedene), sind diese Unterschiede vergleichsweise gering. Deutlicher zeigen sich parteipolitische Disparitäten in der Bewertung. Allein in der AfD-Anhängerschaft überwiegt der Anteil, der die Daseinsvorsorge negativ einschätzt, die Zufriedenen. Die enorme Diskrepanz zu den Einschätzungen der in der politischen Mitte verorteten Wählerschaften bleibt auch dann bestehen, wenn für die unterschiedlichen Lebensumfelder sowie sozio-demographische Charakteristika kontrolliert wird.

Der Vergleich der objektiven Versorgungslagen zeigt zudem ein mosaikartiges Bild. Eine besonders gute Versorgung ist nicht nur den Agglomerationsgebieten vorbehalten. Auch periphere Gemeinden mit guter Anbindung an größere Metropolen bieten sehr gute Versorgungsniveaus. Sichtbar sind dennoch große Stadt-Land-Disparitäten: Unter den zehn bestversorgten Gemeinden befinden sich mit Fahrenkrug lediglich eine Landgemeinde und mit Radebeul und Friedrichsroda nur zwei ostdeutsche Gemeinden. Das sonst häufig sichtbare Ost-West-Gefälle trägt hinsichtlich der Daseinsvorsorge nur bedingt: Zwar ist der Osten aufgrund seiner starken ländlichen Prägung vielerorts schlechter versorgt (bspw. in den Landkreisen Mecklenburgische Seenplatte, Uckermark oder Havelland), der Vergleich städtischer Räume zeigt jedoch bessere Versorgungslagen ostdeutscher Städte.

Die Verknüpfung von Personenbefragung und objektiven Versorgungslagen zeigt, dass eine objektiv bessere Daseinsvorsorge mit einer erhöhten Zufriedenheit einhergeht. Menschen sind demnach mit einer intensiveren Daseinsvorsorge grundsätzlich zufriedener. Hinsichtlich der politischen Entfremdung in Deutschland dominiert hingegen die subjektive Bewertung und nicht die objektive Versorgung. Sowohl für die wahrgenommene Leistungsfähigkeit der Politik, die Demokratiezufriedenheit, die Unterstützung der AfD sowie das Gefühl des regionalen Abgehängtseins spielen tatsächliche Daseinsvorsorgeangebote eine untergeordnete Rolle.

Politisch gewendet bedeutet dies: Soll die lokale Daseinsvorsorge gegen die voranschreitende politische Entfremdung in Stellung gebracht werden, reicht eine Ausweitung oder Verbesserung der Angebote allein womöglich nicht aus; vielmehr kommt es entscheidend darauf an, wie Leistungen wahrgenommen, kommuniziert und in bestehende Deutungsmuster eingeordnet werden. Politische Unzufriedenheit speist sich nicht allein aus messbaren Defiziten, sondern maßgeblich aus deren Interpretation und öffentlicher Deutung.

## 1 Motivation

Sowohl die Wahlen von Donald Trump zum US-amerikanischen Präsidenten als auch eine Vielzahl an Wahlerfolgen der politischen Ränder in Europa lassen auf eine spezifische „Geographie der Unzufriedenheit“ (Dijkstra et al., 2020) schließen. Gerade an peripheren Orten, an denen Menschen ihre Belange nicht repräsentiert sehen, revoltieren Wählerinnen und Wähler an der Wahlurne und verschaffen ihrem Ärger über die etablierten Kräfte Luft, die sie vermeintlich unzureichend repräsentieren (Rodríguez-Pose, 2018).

In vielen Ländern stehen hinter diesen Entwicklungen eine wachsende regionale Ungleichheit (Carrascal-Incera et al., 2020; Manduca, 2019) und damit einhergehende (wahrgenommene) Ungleichheiten in der Versorgung mit staatlichen Leistungen und öffentlichen Gütern. So ging beim Brexit-Votum eine stärkere Ablehnung der EU mit intensiveren Konflikten um knappe öffentliche Ressourcen einher (Essletzbichler et al., 2018; Fetzer, 2019). In den USA steigert das Gefühl, nicht an öffentlichen Ressourcen teilzuhaben, die Beliebtheit Donald Trumps (Cramer, 2016; Guo, 2016). In Italien wächst der Zulauf zu Rechtsaußen-Parteien, wo eine Verwaltungsreform die Wege zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge verlängert hat (Cremaschi et al., 2025). In Spanien geht das Gefühl des regionalen Abgehängtseins mit einer schlechteren Versorgungslage in peripheren Regionen einher (Garcia del Horno, 2026). Entsprechende Zusammenhänge werden ebenso mit Blick auf einzelne Aspekte der öffentlichen Daseinsvorsorge festgestellt: In Frankreich steigt mit einem weiteren Abstand zum nächstgelegenen Bahnhof das Wahlergebnis für die Rechtsaußen-Partei Rassemblement National (Altwegg, 2018; The Economist, 2017). In England steigert die Unzufriedenheit mit der öffentlichen Daseinsvorsorge in Folge von Krankenhausschließungen den Zulauf zu populistischen Parteien (Dickson et al., 2026). In Dänemark verlieren etablierte Kräfte nach Schul- und Krankenhausschließungen Wahlanteile an Rechtsaußen-Repräsentanten (Nyholt, 2024).

Konkret im Nahraum erlebbare Verschlechterungen in der Gesundheitsversorgung, der Bildungsinfrastruktur oder des ÖPNVs übersetzen sich demnach in eine an der Wahlurne sichtbare politische Entfremdung mit den etablierten politischen Kräften. Ob Staat und Demokratie als handlungs- und leistungsfähig angesehen werden, könnte sich folglich im Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger entscheiden und wird auch an der Zufriedenheit mit den lokalen Infrastrukturen der kommunalen Daseinsvorsorge festgemacht. Umgekehrt können sich die Problemlagen auf der kommunalen Ebene auch auf Unzufriedenheiten mit dem politischen System weit über die Gemeindegrenzen hinaus auswirken. Mit Blick auf die Schieflage der Kommunal Finanzen (Junkernheinrich, 2026) besteht demnach die Sorge, dass Dysfunktionalitäten im lokalen Raum einer breiteren Entfremdung zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern Bahn brechen: Hohe Energiekosten, wachsende Personalausgaben und eine immer weitreichendere Aufgabenzuweisung vom Bund belasten die Kostenseite der Kommunalhaushalte (Döring/Wohlmann, 2025). Die anhaltende Rezession macht sich zudem in Form von sinkenden Einnahmen bemerkbar (Freier et al., 2025). So beträgt das laufende Defizit der Kommunen im Jahr 2025 30 Milliarden Euro. Hinzu kommen der demographische Schwund in vielen ländlichen Räumen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der häufig außerhalb der urbanen Zentren verorteten mittelständischen Unternehmen aufgrund deren Anstrengungen zur Dekarbonisierung (Diermeier et al., 2024; Bergmann et al., 2025). In vielen Gemeinden bröckelt sichtbar die Substanz: Der bestehende kommunale Investitionsrückstau wird im Jahr 2025 auf 215,7 Milliarden Euro taxiert (KfW, 2026). Selbst in den für lange Zeit prosperierenden Industriestädten sind die Probleme längst angekommen. In Ingolstadt, der Heimat der Audi AG, konnte man sich lange auf verlässlich hohe Unternehmenssteuereinnahmen „für Schulen, einen Neubau des Museums für konkrete Kunst und Design oder ein Erlebnisbad mit Wellenbecken“ (Rampe, 2026) verlassen. Mit den beschriebenen Schwierigkeiten wackeln nun selbst diese Selbstverständlichkeiten.

So stehen auch in der oberbayerischen Industriemetropole Bildungsausgaben auf dem Prüfstand, Busverbindungen wurden ausgedünnt und eine Sanierung des Stadttheaters verschoben (Rampe, 2026).

Für Bürgerinnen und Bürger sind diese Einschnitte bei kommunalen Dienstleistungen unmittelbar spürbar und zeitigen womöglich politische Enttäuschungen (Huesmann et al., 2026). Die Schriftstellerin Juli Zeh führt die politische Entfremdung in ihrer ländlich geprägten, brandenburgischen Heimat etwa darauf zurück, dass es „an allen Ecken und Enden an der simplen Grundversorgung fehlt: Bildung, Mobilität, Gesundheit, Pflege, bezahlbarer Wohnraum“ (Gaschke, 2026). Der Zusammenhang zwischen als mangelhaft empfundener Daseinsvorsorge und einem Abwenden der Wählerschaften von ihren etablierten Repräsentanten wird nicht nur für den ländlichen Raum hergestellt. So führt selbst der Mannheimer AfD-Bundestagsabgeordnete Heinrich Koch das Erringen eines Direktmandats seiner Partei bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg im arbeitgebergeprägten Mannheimer Norden unter anderem auf „zusätzliche kommunale Abgaben, Vermüllung öffentlicher Flächen, Verwahrlosung einzelner Stadtbereiche [und] Angst vor einer schlechter werdenden ärztlichen Versorgung“ zurück (Frigelj, 2026). Tatsächlich monieren AfD-Anhänger regelmäßig den Zustand der Daseinsvorsorge vor Ort – zuletzt bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz im März 2026 mit Blick auf die ärztliche Versorgung, den ÖPNV, Straßen und Schulen (Infratest dimap, 2026).

Dabei stellt sich die Frage, ob primär die objektiven Defizite in der Daseinsvorsorge die politische Unzufriedenheit befördern oder vielmehr deren subjektive Wahrnehmung – die nicht zuletzt von oppositionellen Akteuren bewusst zugespitzt und dramatisiert werden kann. Jedenfalls lassen auch sozialwissenschaftliche Beschreibungen einen Zusammenhang zwischen Daseinsvorsorge und politischer Entfremdung in Deutschland vermuten: Einerseits gilt dies für die in der Bevölkerung weitverbreitete Resignation mit Blick darauf, was der Staat ganz konkret leistet (Philip Morris International, 2025). So argumentiert WZB-Präsidentin Nicola Fuchs-Schündeln: „Wir haben in den letzten Jahrzehnten in Deutschland die öffentlichen Güter vernachlässigt. Investitionen in Straßen, Schiene, Schulen fehlten. Auch deshalb wird der Staat als handlungsunfähig wahrgenommen“ (Fuchs-Schündeln/Zürn, 2025). Andererseits wird eine unmittelbare Verbindung zu den Wahlerfolgen an den politischen Rändern gezogen. „Der Staat muss im täglichen Leben als wirksam wahrgenommen werden. Wenn das nicht gelingt, fühlen sich die Menschen „abgehängt“ und vom politischen System „nicht gehört“. Wo die Daseinsvorsorge versagt, findet das Narrativ autoritärer Populisten fruchtbaren Boden“ (Fuchs-Schündeln/Zürn, 2025). Auch politisch ist diese Interpretation geläufig. So hält es etwa der Bundesverkehrsminister, Patrick Schnieder, mit Blick auf marode Infrastrukturen und die Deutsche Bahn für „brandgefährlich, wenn immer mehr Menschen den Eindruck bekommen, dass der Staat nicht funktioniert.“ „Das geht schon in eine demokratiegefährdende Richtung“ (Schnieder in DIE ZEIT, 2026). Auch der ehemalige Wuppertaler Oberbürgermeister, Uwe Schneidewind, mahnt mit Blick auf die jahrelangen Verzögerungen bei der Renovierung des letzten verbliebenen städtischen Freibads seiner Gemeinde: „angesichts des Versagens bei einem für die Öffentlichkeit so wichtigen Projekt schwindet der Rückhalt für die Politik“ (Schneidewind, 2026, 30). Als Transmissionskanal der politischen Entfremdung wird explizit auf die mangelnde Leistungsfähigkeit des Staates rekurriert. Wo der Staat unsichtbar wird, also nicht mehr – oder nicht so gut wie anderswo – liefert, wenden sich Bürgerinnen und Bürger im ersten Schritt ab und im zweiten Schritt politischen Alternativen zu (Rösel, 2026).

Ein nicht minder interessanter Transmissionskanal geht über diese unmittelbare Leistungsbewertung hinaus und schließt an die Bedeutung an, die sogenannten „Sozialen Orten“ (Kersten et al., 2022) zugemessen wird. Nach diesem Verständnis kondensiert sich an Bibliotheken, Jugendzentren, Schwimmbädern oder Parks soziales Kapital (Putnam et al., 1993): Menschen haben erst durch die entsprechenden Räume die Möglichkeit,

zusammenzukommen und in Austausch miteinander sowie mit politischen Akteurinnen und Akteuren zu treten. Auch der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte greift stellvertretend für einen funktionierenden vorsorgenden Investitionsstaat auf das Bild des Wochenmarktes zurück (Korte, 2024). Schafft eine Kommune attraktive Begegnungsorte für Menschen, die diese intensiv nutzen, um miteinander und mit (Lokal-)Politikerinnen und Politikern ins Gespräch zu kommen, können Spannungen und Konflikte internalisiert werden. Bestehen weniger dieser Orte, oder werden sie nur noch von Gleichgesinnten besucht, lassen sich Unzufriedenheiten hingegen nicht mehr im Alltäglichen diskursiv auflösen (Manthe, 2024). Nach dieser Lesart konstituieren sich lokale Einrichtungen der Daseinsvorsorge als „Infrastrukturen der Demokratie“ (Müller, 2021). Sie signalisieren einerseits die Anwesenheit des Staates und bieten darüber hinaus Treffpunkte lebendiger Stadt- und Dorfgesellschaften. Welche Priorität solche Orte und die Daseinsvorsorge allgemein einnimmt, darüber muss in jeder Kommune immer wieder verhandelt werden. Nicht zuletzt in Anlehnung an den französischen Aufklärer Alexis de Tocqueville (1835/1840) werden Gemeinden in dieser Lesart mitunter als „Schule der Demokratie“ (von Altenbockum, 2025) verstanden.

Jedenfalls münden sowohl die Performance Orientierung als Maßstab für die Qualität eines Staates als auch die Identifikation von sozialen Orten als demokratierelevant regelmäßig in Forderungen, die lokale Daseinsvorsorge dezentral zu stärken (Heider et al., 2025). Bundespolitisch resoniert eine entsprechende Stoßrichtung bei den jüngsten Überlegungen, das prominente Bundesförderprogramm „Demokratie leben“ stärker kommunal auszurichten und dabei auf „Schulen und Berufsschulen, freiwillige Feuerwehren, Sportvereine, Gruppen wie die Landjugend, Bibliotheken und andere kulturelle Vereinigungen“ zu fokussieren (FAZ, 2026).

Die folgende Analyse untersucht den Mechanismus, inwiefern objektive Mängel in der lokalen Daseinsvorsorge subjektiv wahrgenommen und als Ausdruck von Staatsversagen interpretiert werden, wodurch sie zur politischen Entfremdung beitragen. In einem ersten Schritt identifiziert Kapitel 2 die Forschungslücke. Trotz vielfältiger Analysen und Versuche, Daseinsvorsorge zu vermessen, fehlt für Deutschland weiterhin die kleinräumige empirische Basis für eine angemessene Untersuchung, die objektive Versorgungslagen und deren subjektive Bewertung zueinander ins Verhältnis setzt. Kapitel 3 beschreibt die unterschiedlichen Datenquellen, die genutzt werden, um einen Daseinsvorsorge-Index auf der Gemeindeebene basierend auf Indikatoren aus den Themenfeldern *Digitales*, *Gesundheit*, *Mobilität*, *Freizeit* und *Bildung* zu konstruieren. In diesem Abschnitt wird auch die Personenbefragung mit Gemeindekennung beschrieben, anhand der das Stimmungsbild mit Blick auf die staatliche Leistungsfähigkeit und Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge nachgezeichnet wird. Kapitel 4 beschreibt dieses Stimmungsbild ausführlich und bestimmt die räumlichen, sozio-demographischen und politischen Erklärungsfaktoren der Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge. Ebenso wird der Zusammenhang zwischen der Bewertung von Daseinsvorsorge und der wahrgenommenen staatlichen Leistungsfähigkeit sowie der Demokratiezufriedenheit analysiert. Kapitel 5 kartographiert die objektive Versorgungsgüte mit Daseinsvorsorge auf der Gemeindeebene. Um die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen nicht zu überzeichnen, wird neben einem deutschlandweiten Vergleich eine getrennte Betrachtung der Versorgungsgüte in städtischen und ländlichen Räumen vorgenommen. Kapitel 6 führt schließlich die objektive und subjektive Perspektive zusammen und erläutert den Zusammenhang zwischen der Daseinsvorsorgezufriedenheit, der objektiven Versorgungslage und der spürbaren Demokratieentfremdung. Kapitel 7 fasst zusammen und formuliert Ableitungen an die Politik.

## 2 Literaturüberblick

Kapitel 2 verortet die vorliegende Analyse im bestehenden Forschungsstand und arbeitet die zentralen Forschungslücken heraus. In einem ersten Schritt erfolgt in Kapitel 2.1 die Bestandsaufnahme verschiedener einschlägiger Berichte und Gutachten zu regionalen Ungleichheiten in Deutschland mit einem Fokus auf Daseinsvorsorge. Kapitel 2.2 ergänzt diese Perspektive um einen Überblick über die internationale wissenschaftliche Literatur zu den politischen Implikationen der Daseinsvorsorge. Diskutiert wird dabei die Frage, ob eher objektive Versorgungslagen oder deren subjektive Wahrnehmung politische Einstellungen und Wahlverhalten prägen. Während internationale Studien hierzu bereits differenzierte Befunde liefern, fehlt es bislang an einer vergleichbar fein aufgelösten empirischen Analyse für Deutschland.

### 2.1 Gleichwertige Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge in Deutschland – eine empirische Bestandsaufnahme

Im internationalen Vergleich befinden sich die regionalen wirtschaftlichen Disparitäten in Deutschland auf einem niedrigen Stand und haben sich zuletzt sogar noch weiter verringert (BMWK/BMI, 2024). Gerade die ökonomisch schwächeren ostdeutschen Regionen konnten während der vergangenen zehn Jahre ein starkes Aufholwachstum an Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen verzeichnen und zur regionalen Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland beitragen (Diermeier et al., 2024). Eine solche positive Entwicklung wirtschaftlich schwächerer Räume gibt kommunalen Akteuren mehr Freiheitsgrade, vor Ort zu gestalten und von Bürgerinnen und Bürgern lokal nachgefragte Infrastrukturen und Dienstleistungen bereitzustellen. Dennoch bestehen weiterhin regionale Unterschiede in der Daseinsvorsorge.

Die bislang umfassendste Regionalanalyse, der Gleichwertigkeitsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMWK/BMI, 2024), zeigt mit Blick auf die Daseinsvorsorge deutliche räumliche Unterschiede, insbesondere in der Erreichbarkeit zentraler Einrichtungen der medizinischen Versorgung und des Bildungswesens. Diese folgen charakteristischen Mustern: Einerseits belegt der Bericht die strukturell ungünstigeren Versorgungslagen in dünn besiedelten, ländlichen Räumen, andererseits bestehen weiterhin relevante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Insgesamt deutet der Bericht somit eher auf eine partielle Annäherung bei gleichzeitig fortbestehenden Ungleichheiten in der Daseinsvorsorge hin. Auch die subjektiven Bewertungen zeigen verbreitete Unzufriedenheiten mit einzelnen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur und Versorgung. Diese wiederum sind deutlich ausgeprägter in dünn besiedelten Räumen.

Verschiedene Gutachten bestätigen die schlechtere Versorgung des ländlichen Raums. Eine Analyse des Thünen-Instituts im Auftrag des BMWK problematisiert etwa die dortigen Verkehrsinfrastrukturen, die Breitbandversorgung sowie die schlechte Erreichbarkeit von Hausärzten (Frankenberg et al., 2025). Der Heimatbericht des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (2020) betont die schwache Versorgung ländlicher Räume im Bereich Breitband- und Mobilfunkversorgung. Die Qualität und Quantität bereitgestellter Infrastrukturen und Dienstleistungen münzt sich jedoch nicht immer in eine entsprechende Zufriedenheit oder Unzufriedenheit um. Im ländlichen Raum stören sich die Menschen beispielsweise besonders an einer schlechten Nahversorgung (bspw. Einkaufsmöglichkeiten) und einer schwachen ÖPNV-Anbindung (Kreis, 2024).

Eine Diskrepanz zwischen der objektiven Versorgung mit Infrastrukturen der Daseinsvorsorge und deren subjektiven Bewertung bestätigt die Begleitforschung zum sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Neu et al., 2020). Zudem kontrastiert die Analyse die guten Versorgungslagen in Süddeutschland mit den wirtschaftlich schwachen Räumen im Ruhrgebiet und Nordosten Deutschlands. Besonders große Disparitäten werden in Bezug auf Kultur-, Bildungsangebote sowie die Ärzteversorgung nachgewiesen.

Ein Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ergänzt, dass sich ländliche Räume mit strukturellen Herausforderungen besonders häufig im ländlichen Ostdeutschland befinden (Heider et al., 2025). Die großen Versorgungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, Nord- und Süddeutschland sowie Städten und ländlichen Regionen werden auch im Teilhabeatlas des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung und der Wüstenrot Stiftung (2019) nachgezeichnet. Dabei tritt hervor, dass sich die objektiven Unterschiede in den Lebensbedingungen weitgehend in der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung widerspiegeln.

Zusammengenommen deuten die vorliegenden Gutachten und Berichte eher auf einen Zusammenhang zwischen objektiver Versorgung mit Daseinsvorsorgeeinrichtungen oder -infrastrukturen und deren subjektiver Bewertung hin. Dabei bewegen sich die Studien in ihren regionalen Analysen der Daseinsvorsorge auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise. Kleinräumige Unterschiede innerhalb der teils bevölkerungsreichen und räumlich ausgedehnten Kreise können damit nicht untersucht werden. Des Weiteren greifen selbst umfassende jüngere Untersuchungen in Teilen auf eine Datengrundlage von vor zehn Jahren zurück. Der dynamischen Raumentwicklung in Deutschland können die entsprechenden Schlussfolgerungen damit kaum gerecht werden.

## 2.2 Politische Implikationen disparater Daseinsvorsorge – ein internationaler Forschungsstand

Nachdem das vorherige Kapitel die räumlichen Muster der Daseinsvorsorge-Disparitäten nachgezeichnet hat, untersucht der folgende Abschnitt, inwiefern sich diese politisch auswirken. In den vergangenen Jahren ist eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien erschienen, die sich dieser Frage in verschiedenen geographischen Kontexten annimmt. Der Überblick über die dort identifizierten Erklärungsmuster werden im Folgenden nachgezeichnet und dienen dazu, die anschließende empirische Untersuchung deutscher Gemeinden in die bestehende Literatur einzubetten und die bestehende Forschungslücke präzise herauszuarbeiten.

Die politischen Implikationen disparater Daseinsvorsorge zu identifizieren, die sich beispielsweise in der Wahl von Rechtsaußen-Parteien oder einer veränderten Wahlbeteiligung manifestieren können, ist herausfordernd. Aus theoretischer Perspektive kann der Wirkzusammenhang zwischen Daseinsvorsorge und politischen Variablen in unterschiedlicher Richtung verlaufen. Auf der einen Seite scheint es naheliegend, dass sich verschlechternde Daseinsvorsorge vor Ort in politischem Unmut niederschlägt, der wiederum ein Erstarken systemkritischer Rechtsaußen-Parteien zur Folge haben kann. Diese mobilisieren Wählerinnen und Wähler über die Unzufriedenheit mit der lokalen Daseinsvorsorge und dem Versprechen, ländliche Gebiete zu stärken, die die etablierten Parteien und die kosmopolitische Elite vermeintlich systematisch vernachlässigen. Auf der anderen Seite scheint es ebenso denkbar, dass Daseinsvorsorgeinfrastrukturen in Gebieten abgebaut werden, in denen Rechtsaußen-Parteien Wahlerfolge feiern. Dies könnte dadurch bedingt sein, dass die demographischen Schwierigkeiten in solchen häufig ländlichen Regionen nicht mehr durch notwendige Fachkräfteeinwanderung ausgeglichen wird, da sich Zuwanderer dort nicht willkommen fühlen und für andere

Gemeinden entscheiden. Das Ergebnis sind Krankenhäuser, Arztpraxen, Pflegeheime oder Kitas, die ihre Leistungen aufgrund von Personalmangel sowie Nachfragemangel reduzieren oder sogar ganz einstellen müssen.

Die bestehende Literatur untersucht nahezu ausschließlich die erste Wirkrichtung: Inwiefern führt schlechter werdende lokale Daseinsvorsorge zu politischer Entfremdung? Plausibilisiert wird diese Stoßrichtung empirisch durch die Anwendung quasi-experimenteller Forschungsdesigns. Die meisten Studien betrachten Wahlerfolge von Rechtsaußen-Parteien als abhängige Variable. Cremaschi et al. (2025) analysieren eine italienische Reform im Zuge der Austeritätspolitik, die es 2013 verpflichtend machte, dass benachbarte kleinere Gemeinden eine Vielzahl ihrer Daseinsvorsorgeangebote zusammenlegen, wodurch sich der Zugang zu Leistungen für viele Bürgerinnen und Bürger verschlechterte. Elektoral äußerte sich diese Verschlechterung in erhöhten Stimmanteilen Rechtsaußen-Parteien. Auch Fregoni und Leonardi (2025) konzentrieren sich auf Italien und schauen sich Gerichts- und Krankenhausschließungen an. Sie bestätigen das Ergebnis, dass der Rückbau von Daseinsvorsorge zu erhöhten Stimmanteilen bei Rechtsaußen-Parteien führt. Des Weiteren arbeiten die beiden Autoren heraus, dass sich verschlechternde Daseinsvorsorge einen vielfach höheren Erklärungsgehalt für Wahlerfolge am rechten politischen Rand besitzt, als dies ökonomischer Niedergang – in Form von Stellenabbau – tut.

Dickson et al. (2026) zeigen für England, dass in Gebieten, wo in den 2010er Jahren vermehrt Hausarztpraxen des National Health Service (NHS) geschlossen wurden, in der Folge die Wahlneigung zur UK Independence Party (UKIP) ansteigt. Eng hiermit verbunden kommt Bolet (2021) zu dem Schluss, dass Schließungen von englischen Community Pubs zu Gefühlen von sozialer Isolation und Statusverlust führen, die sich dann im verstärkten Hinwenden zu UKIP Bahn brechen. Fetzer et al. (2025) verweisen auf den empirischen Zusammenhang zwischen Leerstand in englischen Stadtzentren – ein deutlich wahrnehmbares Zeichen sich verschlechternder Daseinsvorsorge und sozialen Niedergangs – und höheren Stimmanteilen für UKIP. Nyholt (2024) betrachtet Schulschließungen in Dänemark, Isaksson (2023) in Schweden. Beide Studien kommen zu dem Ergebnis, dass sich die Wählerinnen und Wähler daraufhin vermehrt von den regierenden, etablierten Parteien ab- und Rechtsaußen-Parteien zuwenden. Cox et al. (2025) untersuchen die Wahlbeteiligung und zeigen, dass Krankenhausschließungen in den ländlichen Gebieten der USA kurzfristig demobilisierend wirkten. Mittel- und langfristig sind allerdings keine Effekte auf die Wahlbeteiligung erkennbar.<sup>1</sup>

Die vorgestellte internationale Literatur weist zwei maßgebliche Limitationen auf. Zum einen wird sich verschlechternde Daseinsvorsorge nahezu ausschließlich durch abnehmenden Zugang zu Daseinsvorsorge operationalisiert, während die Qualität der Versorgung außen vor bleibt. Dies ist vor allem dadurch zu erklären, dass geokodierte Qualitätsdaten nur in seltensten Fällen vorliegen. Dennoch konstituiert sich daraus eine wesentliche Einschränkung, da sich Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge aus a) Zugang/Erreichbarkeit, b) Qualität und c) Kapazität/Auslastung der Versorgung zusammensetzen dürfte. Zum anderen, und noch zentraler, untersuchen relativ wenige der genannten Studien den kausalen Mechanismus zwischen sich verschlechternder Daseinsvorsorge und politischer Entfremdung empirisch. Konzeptionell sollte der Mechanismus darin bestehen, dass Individuen, die in ihrem Nahumfeld eine schlechter werdende Daseinsvorsorge erleben, unzufriedener mit ihrer lokalen Versorgung werden. Neben dieser abnehmenden Daseinsvorsorgezufriedenheit ist es möglich, dass Betroffene ihr Vertrauen in die etablierte Politik verlieren.<sup>2</sup> Im nächsten Schritt

<sup>1</sup> Einer ebenfalls aufschlussreichen Analyse von Martín-Cadenas (2026) zufolge, hatten Schließungen lokaler Bankfilialen als Art private Daseinsvorsorge in Spanien negative Effekte auf die örtliche Wirtschaft und führten anschließend zu verstärkten Protesten gegen die etablierten Parteien.

<sup>2</sup> Stroppe (2023) verknüpft diesen Zusammenhang mit dem „Performance-Trust“-Konzept, nach dem Individuen dann ihr Vertrauen verlieren, wenn die Politik nicht mehr die gewünschten Ergebnisse liefert und daher nicht mehr als performant angesehen wird.

manifestiert sich dieser Unmut dann im Hinwenden zu Rechtsaußen-Akteuren, die die etablierten Parteien für die verschlechterte Daseinsvorsorge verantwortlich machen und sich selbst als Retter der lokalen Versorgung inszenieren.

Um den eben beschriebenen Mechanismus empirisch konsistent zu identifizieren, bedarf es daher geokodierter Individualdaten zur Daseinsvorsorgezufriedenheit, die mit geokodierten Daten zum objektiven Zustand von Daseinsvorsorge kombiniert werden. Am überzeugendsten gelingt diese Verknüpfung von subjektiver und objektiver Ebene der Daseinsvorsorge Dickson et al. (2026), die ihre im Längsschnitt vorhandenen, geokodierten Daten von NHS-Praxisschließungen mit jährlichen Befragungsdaten (Qualität und Wartezeit) auf Praxisebene kombinieren. Garcia del Horno (2026) verknüpft Daseinsvorsorgeindikatoren ländlicher spanischer Gemeinden aus den Bereichen Gesundheit, Bildung, Mobilität und Digitales mit einer geokodierten Befragung und zeigt, dass objektiv schlechte Versorgung die Daseinsvorsorgezufriedenheit senkt, was wiederum zu stärkerem Unmut („rural resentment“) führt. Ein länderübergreifendes Befragungsexperiment von Vogler (2023) – unter anderem auch in Deutschland – stellt direkt auf diesen Mechanismus ab und zeigt, dass den Befragten die Qualität von Daseinsvorsorge genauso wichtig oder teilweise sogar wichtiger ist als andere Schlüsselaspekte in ihrem täglichen Leben, wie die Nähe zu Familie oder Freunden. Darüber hinaus machen angekündigte Daseinsvorsorgeverschlechterungen die Befragten besorgter und beeinflussen in Teilen auch ihre Demokratieeinstellungen negativ.

Während – wie aufgezeigt – die internationale Evidenz zu den politischen Implikationen von Daseinsvorsorge recht vielfältig ist, bleibt die Studienlage für Deutschland nach wie vor schmal. Diermeier (2020) untersucht auf der Gemeindeebene, inwiefern objektive Daseinsvorsorgeindikatoren aus den Bereichen Bildung, Gesundheit, Digitales und Mobilität mit Stimmanteilen der AfD in der Bundestagswahl 2017 und der Europawahl 2019 zusammenhängen. Zwar zeigt sich insgesamt eine Korrelation zwischen schlechterer Daseinsvorsorge und AfD-Erfolg, diese ist jedoch größtenteils auf die strukturellen Unterschiede zwischen Stadt und Land zurückzuführen. Stroppe (2023) zielt stärker auf den Mechanismus zwischen Versorgung und politischem Vertrauen ab und verknüpft auf der Gemeindeebene objektive Daten zu Bahnhöfen, Schulen und Krankenhäusern mit einer geokodierten Befragung zu politischem Vertrauen. Die Autorin zeigt, dass lediglich eine höhere Distanz zu Bahnhöfen mit niedrigerem Vertrauen einhergeht. Des Weiteren ist sie die erste, die die deutsche kommunale Daseinsvorsorge im Längsschnitt untersucht, allerdings nur im Bereich Krankenhäuser. Der Effekt von Krankenhausschließungen auf politisches Vertrauen ist allerdings nicht signifikant.<sup>3</sup>

Die jüngste Analyse wurde im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt und verknüpft für die Kreisebene Daseinsvorsorgeindikatoren aus verschiedenen Bereichen mit dem AfD-Stimmanteil in der Bundestagswahl 2025 (Heider et al., 2025). Um den Mechanismus abzubilden, wird die ebenfalls auf Kreisebene geokodierte Befragung des Gleichwertigkeitsberichts miteinbezogen. Insgesamt geht eine schlechtere Daseinsvorsorge mit einem besseren AfD-Wahlergebnis einher – vor allem im Bereich Breitband-Internet, Schulen und Kitas – es sind jedoch nicht allein die objektiven Defizite, sondern auch deren subjektive Wahrnehmung, mit denen die Rechtsaußen-Wahlerfolge entscheidend erklärt werden. Auch zeigt die Studie, dass eine schwächere Versorgung ein Gefühl des Abgehängtseins und Verlustnarrative bestärken kann.

Auf Basis dieser vorliegenden Evidenz, leistet die nun folgende empirische Analyse einen wichtigen Beitrag für die deutsche Debatte. Sie ist die erste Studie, die es für die Gemeindeebene ermöglicht, ein breites Set

<sup>3</sup> Foertsch (2024) findet außerdem heraus, dass Gymnasialschließungen in ostdeutschen Gemeinden zwischen 1992 und 2010 eine geringere Wahlbeteiligung in der nächsten Landtagswahl zur Folge hatten. Dieser Effekt gilt allerdings nur in der kurzen Frist und zeigt sich nicht bei Bundestagswahlen.

an Daseinsvorsorgeindikatoren – 17 Einzelindikatoren aus den Bereichen *Digitales, Gesundheit, Mobilität, Freizeit* und *Bildung* – mit einer geokodierten Befragung zu verknüpfen, die die Daseinsvorsorgezufriedenheit mit den objektiv erhobenen Indikatoren eins zu eins spiegelt. Daraus lassen sich wertvolle Erkenntnisse gewinnen, wie genau der Mechanismus zwischen objektiver Versorgung, deren subjektiver Zufriedenheit und der politischen Entfremdung wirkt. Zudem erlaubt das Forschungsdesign präzisere Rückschlüsse zu den politischen Implikationen von ungleicher Daseinsvorsorge in Deutschland.

### 3 Datenübersicht

Für eine umfassende empirische Vermessung der Daseinsvorsorge auf Gemeindeebene in Deutschland liegen entsprechende Daten in der amtlichen Statistik häufig nicht vor. Um die Daseinsvorsorge kleinräumig beschreiben und untersuchen zu können, werden deshalb verschiedene Datenquellen und Methoden miteinander kombiniert. Für die Erhebung der objektiven Indikatoren wurden zunächst verschiedene Verfahren des Webscrapings (z. B. Bundesklinikatlas, Arztsuche oder Pflegelotse) sowie eigene Algorithmen (Google Places) entwickelt und verwendet. Im Nachgang wurden die so erhobenen Indikatoren für die Indexbildung weiter aufbereitet, beispielsweise über die Berechnung der durchschnittlichen Erreichbarkeit der nächstgelegenen Schule, des nächstgelegenen Krankenhauses oder Schwimmbads (siehe Methodenkasten: Erreichbarkeit). Die Daten für jeden Subindikator wurden auf Ebene aller 10.941 Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland aggregiert.

#### 3.1 Geodaten

Nachfolgend werden der Erhebungsprozess sowie die notwendigen Berechnungen für die Indexbildung aller objektiven Indikatoren der lokalen Daseinsvorsorge beschrieben. Tabelle 3-1 stellt alle Indikatoren des Daseinsvorsorge-Index in den Subkategorien *Digitales*, *Gesundheit*, *Mobilität*, *Freizeit* und *Bildung* dar und zeigt sowohl die Quelle, das Jahr des Datenstands als auch die Anzahl der georeferenzierten Lokationen.

**Tabelle 3-1: Indikatoren des Daseinsvorsorge-Index**

Kategorie	Indikator	Quelle	Datenstand	Anzahl
<b>Digitales</b>	Mobilfunkabdeckung	Bundesnetzagentur	2025	-
	Breitbandverfügbarkeit	Bundesnetzagentur	2025	-
<b>Gesundheit</b>	Hausärzte	Arztsuche 116117	2026	60.984
	Krankenhäuser	Bundesklinikatlas	2026	1.606
	Apotheken	Apothekensuche aponet.de	2026	16.731
	Pflegeeinrichtungen	Pflegelotse	2026	11.842
<b>Mobilität</b>	Qualität der Brücken	BAST	2025	52.553
	ÖPNV	OSM; GTFS	2026	958.033
	Autobahnanbindung	OSM	2025	18.564
	Flughäfen	OSM	2025	28
<b>Freizeit</b>	Schwimmbäder	Google Places; Bäderatlas	2025	6.254
	Theater	Google Places	2025	1.193
	Museen	Google Places	2025	4.565
<b>Bildung</b>	Grundschulen	Offizielle Daten der B-Länder	2021-2023	14.683
	Gymnasien	Offizielle Daten der B-Länder	2021-2023	2.414
	Schulen (weiterführend)	Offizielle Daten der B-Länder	2021-2023	5.517
	Kitas	OSM	2026	48.050

Anmerkung: OSM: OpenStreetMap, GTFS: General TransitFeed Specification

Quelle: eigene Darstellung

**Methodenkasten: Erreichbarkeiten**

Ausgangspunkt für jede Erreichbarkeitsberechnung sind der georeferenzierte Datensatz der Lokationen der einzelnen Indikatoren sowie die Einwohnerdaten des Zensus im 100 m x 100 m Gitter (Zensus 2022). Die Projektion der Koordinaten erfolgt im WGS-84-Koordinatensystem (EPSG:4326). Zunächst werden für jeden Einwohner des Zensus die per Luftlinie nächstgelegenen zehn Lokationen per Haversine-Distanz bestimmt. Diese Kombinationen werden anschließend über die Open-Source-Routing-Machine (OSRM) mit der Fortbewegungsmethode „car“ geroutet und so deren Erreichbarkeit in Sekunden per Auto ermittelt. OSRM ist eine Open Source Routing-Engine, die auf dem OpenStreetMap (OSM)-Datensatz basiert, mit der die schnellste Verbindung zwischen zwei Punkten in einem Verkehrsnetz berechnet werden kann. Zuletzt wird die schnellste Verbindung für jeden Einwohner gewählt und der Median für die entsprechenden Gebietskörperschaften berechnet. Dadurch kann für jede Gemeinde die durchschnittliche Dauer bestimmt werden, in der 50 Prozent der Einwohner eine bestimmte Lokation erreichen können.

### 3.1.1 Digitales

Die Daten zur Erhebung der aktuellen Mobilfunkabdeckung und der Breitbandverfügbarkeit stammen aus dem Datenportal „Gigabit-Grundbuch“ der Bundesnetzagentur (Bundesnetzagentur, 2026). Das Datenportal soll über den aktuellen Stand des Ausbaus der digitalen Infrastruktur in Deutschland informieren. Neben interaktiven Karten zur visuellen Betrachtung der Daten bietet das Portal die Daten auch zum direkten Download an, um eine automatisierte und programmatische Auswertung zu ermöglichen. Sowohl für die Mobilfunkabdeckung als auch für die Breitbandverfügbarkeit liegen die Daten auf der Ebene der 100 m x 100 m Gitterzellen des Zensus (Zensus 2022) vor. Sind in einer Gitterzelle weniger als drei Personen ansässig, wurde der Datenpunkt für diese Zelle aus dem Datensatz entfernt, um den Schutz der persönlichen Daten der Anwohner zu gewährleisten.

Für den Indikator der *Mobilfunkabdeckung* wurde die Anzahl der Mobilfunkanbieter berechnet, die in einer Gitterzelle mobiles Internet mindestens nach dem 4G Übertragungsstandard anbieten. Für die Betrachtung der lokalen *Breitbandverfügbarkeit* wurde hingegen nicht die Anzahl der verfügbaren Anbieter ermittelt, sondern die Verfügbarkeit von Breitbandinternet pro Gitterzelle (in Prozent der Haushalte) ausgewiesen. Für die nachfolgende Analyse wurde Breitband definiert als alle Anschlüsse mit einer Geschwindigkeit von mindestens 100 Mbit/s. Beide Indikatoren wurden anschließend den entsprechen Gebietskörperschaften geographisch zugeordnet und über das einwohnergewichtete arithmetische Mittel aggregiert.

### 3.1.2 Gesundheit

Die Daten zu *Hausärzten*, *Krankenhäusern*, *Apotheken* und *Pflegeeinrichtungen* wurden von unterschiedlichen Websites extrahiert, die eine Suche nach den jeweiligen Orten der Gesundheitsversorgung anbieten.

Für die Erfassung von *Hausärzten* diente die vom Patientenservice der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) herausgegebene Website 116117.de, mit der Ärzte und Ärztinnen anhand des Fachgebiets und der Postleitzahl gesucht werden können. Die Daten zu *Krankenhäusern* wurden über den Bundes-Klinik-Atlas extrahiert, der vom Bundesministerium für Gesundheit herausgegeben wird. Die Website ermöglicht die Suche nach Krankenhäusern basierend auf bestimmten medizinischen Eingriffen, Fachrichtungen und der

Postleitzahl. Für die Standorte von *Apotheken* wurden die Daten von der Website *aponet.de* genutzt, die von der Avoxa – Mediengruppe Deutscher Apotheker GmbH bereitgestellt wird und eine Suche nach Apotheken anhand der Postleitzahl anbietet. Die Informationen zu stationären *Pflegeeinrichtungen* stammen von der Website *pflgelotse.de*. Der Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek) ermöglicht mit dieser Website eine Suche nach Pflegeheimen anhand der Postleitzahl. Die durch Standard-Webscraping erhobenen Daten enthalten unter anderem die Adresse der jeweiligen Einrichtung, die mittels Geocoding in geographische Koordinaten umgewandelt und für die Erreichbarkeitsberechnung verwendet wurden (siehe Methodenkasten: Erreichbarkeiten).

### 3.1.3 Mobilität

Als Datenbasis für die *Qualität der Brücken* dienten die Zustandsnoten der Brücken auf Bundesfernstraßen (Autobahnen und Bundesstraßen), welche die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) veröffentlicht. Diese Zustandsnoten sind die Ergebnisse der regelmäßig stattfindenden Bauwerksprüfungen. Dabei werden sechs Zustandsnotenbereiche unterschieden: „1,0 - 1,4“ (sehr guter Zustand), „1,5 - 1,9“ (guter Zustand), „2,0 - 2,4“ (befriedigender Zustand), „2,5 - 2,9“ (ausreichender Zustand), „3,0 - 3,4“ (nicht ausreichender Zustand) und „3,5 - 4,0“ (ungenügender Zustand) (BASt, 2026). Fehlende Geokoordinaten einzelner Brücken im Datensatz wurden über die Geocoding API von Google ergänzt. Anschließend wurden die Brücken den Gebietskörperschaften geographisch zugeordnet und deren Zustandsnoten arithmetisch gemittelt. Der Indikator deckt zwar nur die Qualität der Brücken ab, wird aber vermutlich hoch mit der Straßenqualität im entsprechenden Gebiet korreliert sein.

Der Indikator des öffentlichen Personennahverkehrs (*ÖPNV*) wurde durch die Verarbeitung deutschlandweiter Fahrplandaten erstellt, die im GTFS-Format bereitgestellt werden (GTFS, 2026). GTFS, oder „General Transit Feed Specification“, beschreibt einen offenen Standard für die Veröffentlichung von Fahrplandaten des öffentlichen Nahverkehrs. Aufgrund von großen geographischen Lücken in den ÖPNV-Daten, vor allem bei Bus- und U-Bahnverbindungen, wurden stattdessen Informationen zum Schienenregionalverkehr (RB, RE, IRE, S-Bahnen und nicht-bundeseigene Bahnen) genutzt. Auf Basis dieser Daten wurden alle Bahnhöfe in den jeweiligen Gebietskörperschaften identifiziert und die Anzahl der Verbindungen pro Tag und pro Einwohner berechnet. Zusätzlich wurde die durchschnittliche Erreichbarkeit (Median) des nächsten Bahnhofs berechnet.

Um die *Erreichbarkeit der nächstgelegenen Autobahn* zu ermitteln, wurden zunächst alle Daten aus der OpenStreetMap (OSM) der Geofabrik in eine PostgreSQL-PostGIS-Datenbank importiert. Die Autobahnauffahrten wurden dann via SQL-Abfrage (OSM-Tag „highway=motorway\_link“) exportiert. Zusätzlich wurde sichergestellt, dass der Name der jeweiligen Straßen mit einem „A“ beginnt, um nur Autobahnauffahrten zu erhalten. Über die Routing-Machine (OSRM) wurden einwohnergewichtete Erreichbarkeitswerte zur nächsten Autobahnauffahrt für alle relevanten Gebietskörperschaften berechnet (siehe Methodenkasten: Erreichbarkeiten).

Der letzte Indikator der Mobilitätskategorie umfasst die *Flughafenanbindung*. Hierfür wurden zunächst alle Verkehrsflughäfen mit mehr als 10.000 beförderten Passagieren pro Jahr identifiziert. Da in OSM die Haltepunkte für PKW an den Terminals nicht explizit ausgewiesen werden, wurden zunächst die relevanten Flughäfen aus der OSM-Datenbank extrahiert und im Anschluss die Terminals der Flughäfen mit den entsprechenden Zufahrtsstraßen kombiniert, um die kürzeste Distanz zwischen beiden Punkten zu ermitteln. Für den finalen Indikator wurden erneut die mittleren einwohnergewichteten Erreichbarkeiten berechnet.

### 3.1.4 Freizeit

Die Daten für die Indikatoren *Schwimmbäder*, *Theater* und *Museen* wurden auf Basis von Google-Maps-Daten (Google Places API) erhoben. Die entsprechende Abfrage deckt ganz Deutschland systematisch über ein räumliches Raster ab. Google Maps liefert für eine thematische Suche („Museum“, „Theater“, „Schwimmbad“) jedoch nicht ausschließlich solche Einrichtungen, die dieser Kategorie eindeutig entsprechen. Denn die API gibt auch Orte aus, die nur in namensbezogener Nähe zu den gesuchten Einrichtungen stehen oder eine assoziative Benennung aufweisen (z. B. „Café am Museum“ oder „Theaterkasse“). Deshalb mussten die extrahierten Lokationen in einem mehrstufigen Prozess bereinigt werden: (1) Zunächst wurden hierfür manuell regelbasierte Namens- und Kontextfilter implementiert (z. B. Negativlisten und reguläre Ausdrücke auf die jeweiligen Namen, Ortstypen oder Adressen). (2) Zusätzlich wurde eine LLM-gestützte Klassifikation durchgeführt (GPT-5). Auf Basis des Namens, des Ortes und eines Auszugs der jeweiligen Website traf das Modell eine binäre Entscheidung, ob die entsprechende Lokation der Kategorie zugeordnet werden sollte oder nicht. (3) Einträge, in der sich die Ergebnisse der beiden Ansätze unterschieden, wurden zusätzlich manuell geprüft. Die resultierende Datenqualität ist dadurch sehr hoch, auch wenn vereinzelte Fehlzusammenordnungen (z. B. durch mehrdeutige Namen oder gemeinsame Gebäudekomplexe) nicht gänzlich ausgeschlossen werden können.

Für die Kategorie *Schwimmbäder* wurde der über die Google-Places-API erhobene Datenbestand zusätzlich um Einträge aus dem Bäderatlas der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen (DGfDB, 2016) erweitert. Der Bäderatlas enthält eine kuratierte, aber ebenfalls nicht vollständig flächendeckende Liste von Bädern in Deutschland. Um eine möglichst umfassende Gesamtdatenbasis zu erhalten, wurden beide Quellen zusammengeführt, indem die Google-Treffer und die Einträge aus dem Bäderatlas anhand von Namen, Adressen und geographischer Lage abgeglichen und zusammengeführt wurden. Auf diese Weise konnten Schwimmbäder ergänzt werden, die in einer der beiden Quellen fehlten, während doppelte oder thematisch nichtzutreffende Orte bereinigt wurden. Durch diese Zusammenführung entstand ein Datensatz, der sowohl die breite Abdeckung von Google als auch die fachliche Tiefe des Bäderatlas nutzt und damit eine deutlich vollständigere Abbildung der deutschen Bäderlandschaft ermöglicht. Für die vorliegende Studie wurden die Bäder auf die Kategorien Hallen-, Frei- und Kombi-Bäder beschränkt. Badestellen und Naturbäder wurden ausgeschlossen.

Für alle drei Indikatoren aus der Kategorie Freizeit wurde abschließend die mittlere (Median) einwohnergewichtete Erreichbarkeit mit dem PKW für die nächstgelegene Lokation berechnet (siehe Methodenkatzen: Erreichbarkeit).

### 3.1.5 Bildung

Die Subkategorie Bildung besteht aus den beiden Indikatoren *Kitas* und *Schulen*.

Die Lokationen der *Kitas* stammen aus der OpenStreetMap (OSM) Datenbank aus dem Jahr 2026. Dafür wurden die Orte mit der Bezeichnung „kindergarten“ und „childcare“ aus der Datenbank extrahiert. Nach stichprobenartiger manueller Prüfung und ohne Vollständigkeit zu beanspruchen, umfasst die Erhebung Kindertagesstätten und Kindergärten, nicht jedoch weitere Betreuungsangebote wie Horte oder private Kindertagespflegestellen. Anschließend wurde die Anzahl der Kitas je Gemeinde ermittelt und ins Verhältnis zu der Anzahl der in der Gemeinde lebenden Kinder im Alter unter sechs Jahren gesetzt. Die Angaben zur Zahl der Kinder unter sechs Jahren basieren auf den aktuellen Ergebnissen des Zensus 2022. Der Indikator gibt die Anzahl der Kindertageseinrichtungen je Kinder im Kita-relevanten Alter pro Gemeinde wieder. Bei dem Indikator wurde explizit auf eine Berechnung der Erreichbarkeiten verzichtet, um den Aspekt fehlender

Kapazitäten und Zugangsbeschränkungen bei den Kinderbetreuungsplätzen einzubeziehen. Anders als bei Schulen, bei denen aufgrund der Schulpflicht primär die räumliche Nähe oder die Qualität der nächstgelegenen geeigneten Schule maßgeblich sind, besteht in vielen urbanen Regionen (insbesondere in Westdeutschland) eine ausgeprägte Betreuungslücke bei Kitas, vor allem bei Kindern unter drei Jahren (Geis-Thöne, 2025).

Für den Indikator *Schulen* wurde ein bundesweiter Datensatz in Deutschland aufgebaut. Da die 16 Bundesländer jeweils eigene Schulgesetze, Bezeichnungen und Typologien verwenden, wurden die Daten zunächst aus den offiziellen Länderportalen oder durch Bestellanfragen an die Statistikämter der Länder zusammengetragen, anschließend vereinheitlicht und auf eine gemeinsame Typenlogik abgebildet. Dabei wurden die Schulen in drei Hauptkategorien eingeteilt: Grundschulen sowie weiterführende Schulen. Innerhalb der weiterführenden Schulen wurde die Schulform Gymnasium zusätzlich als eigenständige Hauptkategorie geführt, um Analysen nach höherer Bildungsstufendifferenzierung zu ermöglichen. Schulformen wie Hauptschulen, Realschulen oder Gesamtschulen wurden nicht separat ausgewertet, da ihre Definitionen, Bezeichnungen und organisatorischen Strukturen zwischen den Bundesländern erheblich variieren. Eine bundesweite Vergleichbarkeit wäre dadurch nicht gewährleistet gewesen. Spezialisierte Schulformen wie Förderschulen, Waldorfschulen, Abendgymnasien, Kollege und weitere besondere Einrichtungen wie private Schulen wurden aus der Analyse ausgeschlossen, da sie pädagogisch und organisatorisch eigene Profile aufweisen und daher nicht sinnvoll in die bundesweite Vergleichslogik der allgemeinen Schulformen integrierbar sind. Schulen, die Primar- sowie Sekundarstufen umfassen (z. B. Einrichtungen mit Jahrgangsstufen 1 bis 10), wurden sowohl Grundschulen als auch als weiterführende Schulen erfasst.

Nach der inhaltlichen Harmonisierung wurden alle Schulen mit ihren Adressen über den Google-Geocoding-Endpunkt georeferenziert, sodass für jede Einrichtung valide Geokoordinaten vorliegen. Durch das Geocoding konnten alle Schulstandorte konsistent im Raum verortet und für das Erreichbarkeitsmodell verwendet werden. Somit wurden die Erreichbarkeiten zur nächstgelegenen Grundschule, zum nächstgelegenen Gymnasium und zur nächstgelegenen anderen weiterführenden Schule getrennt ermittelt (siehe Methodenkasten: Erreichbarkeiten).

### Bildung des Daseinsvorsorge-Index:

Aus den einzelnen Indikatoren wurden die Subkategorien (*Digitales, Gesundheit, Mobilität, Freizeit und Bildung*) und schließlich der Gesamtindikator für jede Gemeinde in Deutschland gebildet. Um die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Datengrundlagen und Messmethoden der vielfältigen Indikatoren zu gewährleisten, wurden die Daten zuvor standardisiert (Z-Standardisierung) und die Skalenrichtungen vereinheitlicht. Durch die Berechnungen der Erreichbarkeiten einzelner Daseinsvorsorgepunkte ergeben sich erhebliche Unterschiede in der oberen Verteilung. Damit sehr hohe Ergebnisse nicht die sonstige Verteilung verzerrten, wurden die Ausreißer oberhalb des 95-Prozent-Quantils mit den Werten des 95-Prozent-Quantils ersetzt (Winsorizing). Der Gesamtindikator ergibt sich aus den zu gleichen Teilen<sup>4</sup> gewichteten Indikatoren  $i$  in den fünf Subkategorien  $s$  für Gemeinde  $g$ , wobei  $n_s$  für die Anzahl der Indikatoren in den Subkategorien steht:

<sup>4</sup> Bei der Subkategorie Bildung gehen die Erreichbarkeiten der weiterführenden Schulen (Gymnasium und sonstige weiterführende Schulen) zu einem Drittel mit den beiden anderen Indikatoren, Kita-Versorgung und Erreichbarkeit von Grundschulen, in die Berechnung der Subkategorie Bildung ein.

**Formel 1: Daseinsvorsorge-Index der Versorgungsgüte:**

$$D_g = \frac{\sum_1^5 \frac{\sum_i^{n_s} \text{Indikator}_{g,i}}{n_s}}{5}$$

**3.2 Personenbefragung**

Zur Erfassung der subjektiven Bewertung von lokaler Daseinsvorsorge wurde eine Personenbefragung im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft durchgeführt. Diese lief vom 24. Juni 2025 bis zum 6. Juli 2025 über das Online-Access Panel von Bilendi. Im Rahmen des von Philip Morris GmbH beauftragten Forschungsprojekts „Lebenswirklichkeiten in Deutschland“ wurde repräsentativ quotiert nach den Merkmalen Geschlecht/Alter (Kreuzquote), Wohnsitz nach Bundesländern sowie dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Die Befragungsdauer betrug im Median 15:12 Minuten. Befragte, die fehlerhafte Angaben in einer Kontrollfrage gemacht oder die Befragung zu schnell abgeschlossen hatten („Speeder“), wurden in der vorliegenden Analyse nicht berücksichtigt. Die deutschlandweite valide Nettostichprobe umfasst 5.455 Befragte.

Bei Online-Access-Panels werden Befragte nicht aus einer Zufallsstichprobe gezogen, sondern online rekrutiert.<sup>5</sup> Damit beschränkt sich die Grundgesamtheit auf Personen mit Internetzugang, was insbesondere bei älteren Menschen seltener der Fall ist. Zwar sind Menschen über 65 Jahre ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend vertreten, innerhalb dieser Gruppe sind ältere Menschen jedoch unterrepräsentiert. Deskriptive Statistiken zum Bildungsstand zeigen zudem, dass Befragte mit Hochschulzugangsberechtigung im vorliegenden Sample überrepräsentiert sind, während Personen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss unterrepräsentiert sind. Aufgrund von Selektionseffekten in Umfragen ist ein Bildungsbias nicht ungewöhnlich und zeigt sich bei den Ergebnissen von Zufallsstichproben wie etwa bei der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS).

Da die Einstellungen der vorliegenden Befragten in den Untergruppen eine selektive Abbildung der jeweiligen Grundgesamtheiten darstellen könnten, ist unklar, ob eine Gewichtung spezifischer Merkmale eine mögliche Selektivität bei unbeobachteten Merkmalen korrigieren kann (Fladmoe/Bergh, 2022). Die Ergebnisse in diesem Bericht werden daher ungewichtet dargestellt.

Die Ergebnisse konzentrieren sich zudem weniger auf Befunde zur Verteilung von Einstellungen in der Gesamtbevölkerung, sondern darauf, wie sich Einstellungen in Abhängigkeit bestimmter Merkmale – wie die politischen Präferenzen oder das räumliche Umfeld – unterscheiden oder mit welchen Aspekten von Daseinsvorsorge die Bevölkerung besonders (un-)zufrieden ist. Im Besonderen wurde untersucht, wie die objektive Versorgungsstruktur mit der subjektiven Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge zusammenhängt und welche Rolle diese Aspekte für politische Entfremdung sowie Demokratiezufriedenheit spielen.

Die Befragten wurden gebeten, für die oben benannten objektiven Daseinsvorsorgeindikatoren ihre Zufriedenheit anzugeben („Wie zufrieden sind Sie mit der Versorgungslage in Ihrem unmittelbaren Wohnumfeld

<sup>5</sup> Die Vermutung, dass das Antwortverhalten von Personen in Online-Befragungen besonders den Aspekten der sozialen Erwünschtheit folgt, kann nicht bestätigt werden (Bischof et al., 2026).

im Bereich ...?“).<sup>6</sup> Die Antworten wurden auf einer Likert-Skala erhoben, die die fünf Abstufungen „sehr unzufrieden“, „eher unzufrieden“, „teils/teils“, „eher zufrieden“ und „sehr zufrieden“ umfasst. Entsprechend zu den objektiven Versorgungsdaten wurden die Zufriedenheiten mit den einzelnen Daseinsvorsorgeindikatoren (*Zufr. mit Indikator*) zu einem übergeordneten Zufriedenheitsindex zusammengefasst. Wie in Formel 2 ersichtlich, wurde hierbei methodisch analog zum Daseinsvorsorge-Index (Formel 1) vorgegangen, wobei  $j$  für das befragte Individuum steht. Zunächst wurden die Zufriedenheiten für alle fünf Subkategorien separat anhand des arithmetischen Mittels aggregiert. So bilden beispielsweise die Zufriedenheiten mit Theatern, Museen und Freibädern die Subkategorie „Zufriedenheit mit Freizeit“. In einem zweiten Schritt wurden alle fünf Subkategorien mit jeweils gleicher Gewichtung zum Zufriedenheitsindex zusammengefasst, erneut anhand des arithmetischen Mittels.

**Formel 2: Zufriedenheitsindex:**

$$D_j = \frac{\sum_{i=1}^5 \frac{\sum_i^{n_s} \text{Zufr. mit Indikator}_{j,i}}{n_s}}{5}$$

---

<sup>6</sup> Lediglich die Zufriedenheit mit Pflegeeinrichtungen wurde nicht in den Fragebogen integriert und kann nicht in die Aggregation einfließen.

## 4 Zufriedenheit mit lokaler Daseinsvorsorge

Kapitel 4 beschreibt zunächst die räumlichen und (partei-)politischen Muster in der Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit lokaler Daseinsvorsorge. In einem zweiten Schritt wird anhand von Regressionsanalysen geprüft, inwiefern diese Bewertungen mit bestimmten parteipolitischen Mustern der Befragten oder deren Zufriedenheit mit der Demokratie oder der Performanz des politischen Systems einhergehen.

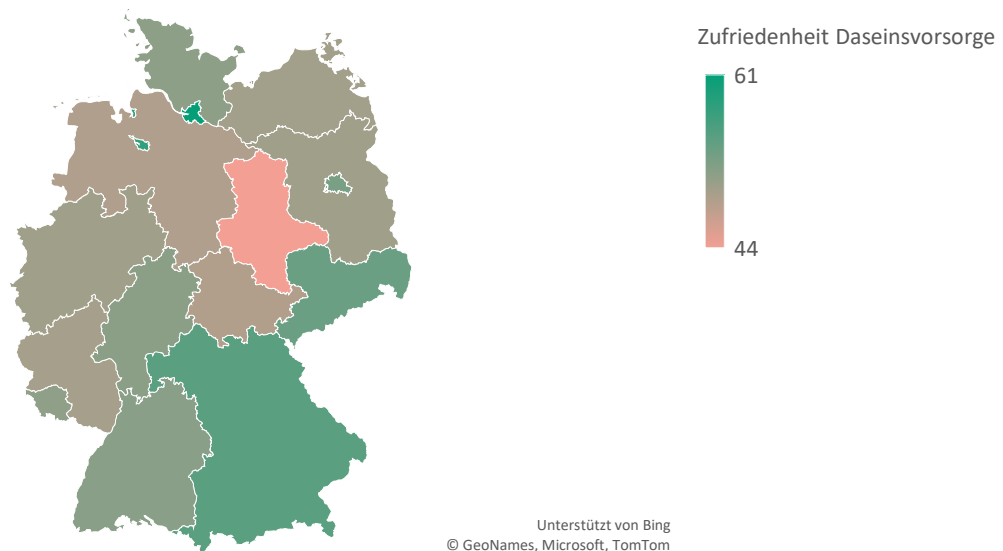
### 4.1 Räumliche Determinanten der Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge

Die Personenbefragung fördert eine mehrheitliche Zufriedenheit (53,2 Prozent) mit der lokalen Daseinsvorsorge in Deutschland zutage. 21 Prozent der Befragten geben an, „sehr zufrieden“ zu sein, 32,2 Prozent zeigen sich „eher zufrieden“. Nur jeder Vierte gibt eine Unzufriedenheit mit den Versorgungslagen zu Protokoll (Rest: „teils/teils“).

Die empirische Literatur zur Versorgung mit Infrastrukturen der Daseinsvorsorge deutet auf enorme Unterschiede zwischen verschiedenen Regionstypen hin (siehe Kapitel 2). Auch in Deutschland bestehen große Disparitäten nicht nur hinsichtlich der Unterschiede zwischen Stadt und Land, sondern auch zwischen Ost- und Westdeutschland. Fraglich ist dabei, inwiefern sich Menschen in häufig schlechter versorgten ostdeutschen und ländlichen Regionen auch unzufriedener mit den bereitgestellten Dienstleistungen zeigen.

#### Abbildung 4-1: Gesamtindex Zufriedenheit Daseinsvorsorge nach Bundesländern

Abbildung des Anteils der Befragten, die „eher zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ geantwortet haben; Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit der Versorgungslage in Ihrem unmittelbaren Wohnumfeld in den folgenden Bereichen?“



Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=5.455

Anhand der durchgeführten Personenbefragung lässt sich dieser Frage nachgehen. Abgefragt wurde die Zufriedenheit in den fünf unterschiedlichen Versorgungsbereichen *Digitales*, *Gesundheit*, *Mobilität*, *Freizeit* und *Bildung*. Wie in Kapitel 3 ausgeführt, umfasst die Kategorie *Digitales* die Indikatoren Mobilfunkabdeckung und Breitbandverfügbarkeit. *Gesundheit* beinhaltet die Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern und Apotheken. Zu *Mobilität* zählen die Qualität von Brücken, der ÖPNV sowie die Anbindung an

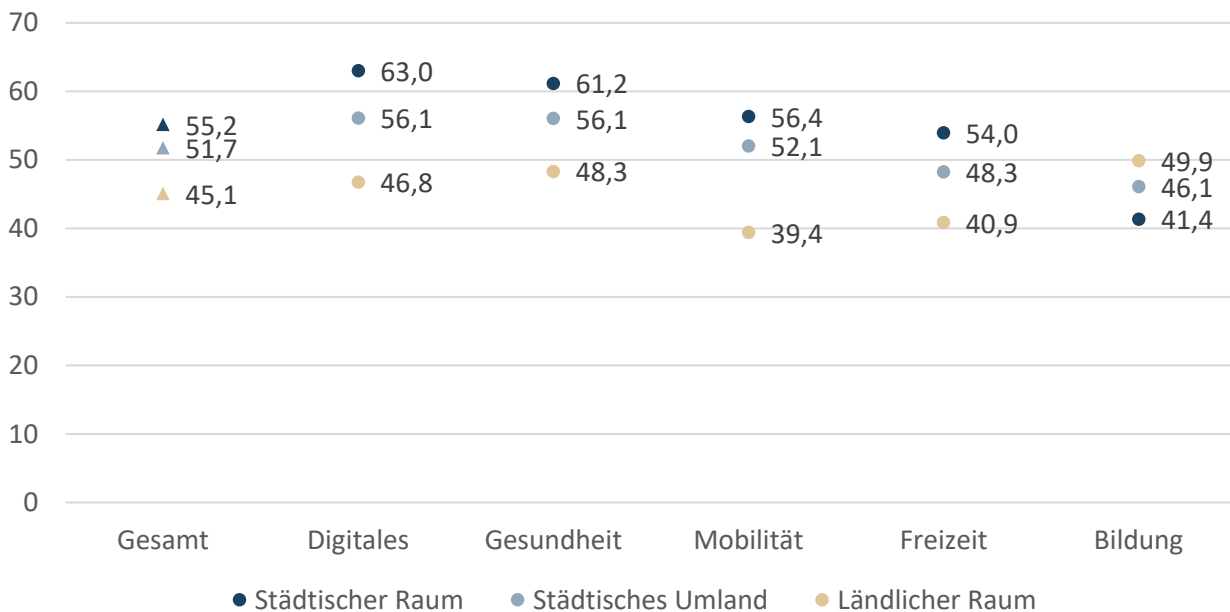
Autobahnen und Flughäfen. *Freizeit* umfasst Einrichtungen wie Schwimmbäder, Theater und Museen. Zur Kategorie *Bildung* gehören Schulen und Kindertagesstätten.

Aus der Bewertung mit den fünf Subkategorien lässt sich ein Gesamtzufriedenheitsindex mit der lokalen Daseinsvorsorge ableiten (siehe Formel 2: Zufriedenheitsindex, Kapitel 3.2). Abbildung 4-1 gibt einen Überblick über die Unterschiede in der Daseinsvorsorgezufriedenheit nach Bundesländern. Interessanterweise zeigen sich keine klaren Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Zwar stechen die Stadtstaaten Hamburg (60,8 Prozent) Bremen (57,4 Prozent) sowie Bayern (54,6 Prozent) mit den höchsten Zufriedenheitswerten heraus, doch folgt mit Sachsen (53,5 Prozent) schon auf Platz zwei der am besten bewerteten Flächenländer ein ostdeutsches Bundesland.

Unzufrieden zeigen sich demgegenüber besonders viele Menschen in ländlich geprägten Bundesländern. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung bekundet etwa in Rheinland-Pfalz ihre Zufriedenheit mit den entsprechenden Versorgungslagen. Die politische Schlagseite dieses Rumorens zeigt sich beim Blick auf die vergangenen Landtagswahlen 2026, bei denen die AfD ihr Rekordergebnis in einem westdeutschen Bundesland erzielen konnte. Tatsächlich bekundeten in Nachwahlbefragungen AfD-Anhänger mehrheitlich ihre Unzufriedenheit mit den Lebensumständen vor Ort (ärztliche Versorgung: 62 Prozent; ÖPNV: 59 Prozent; Straßennetz: 55 Prozent; Schulen: 53 Prozent) (Infratest dimap, 2026). Aufhorchen lässt in diesem Kontext die geringste Zufriedenheit aller Bundesländer in Sachsen-Anhalt, wo gerade einmal 43,7 Prozent der Befragten angeben, eher oder sehr zufrieden mit der Versorgungslage zu sein. Auch im ländlich geprägten Mecklenburg-Vorpommern, wo im September 2026 wie in Sachsen-Anhalt eine Landtagswahl ansteht, bewertet gerade einmal knapp jede zweite Person die Daseinsvorsorge als positiv.

#### Abbildung 4-2: Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge nach Kategorien

Abbildung der Kategorien „sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“, in Prozent; Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit der Versorgungslage in Ihrem unmittelbaren Wohnumfeld in den folgenden Bereichen?“



Ungewichtete Indizes

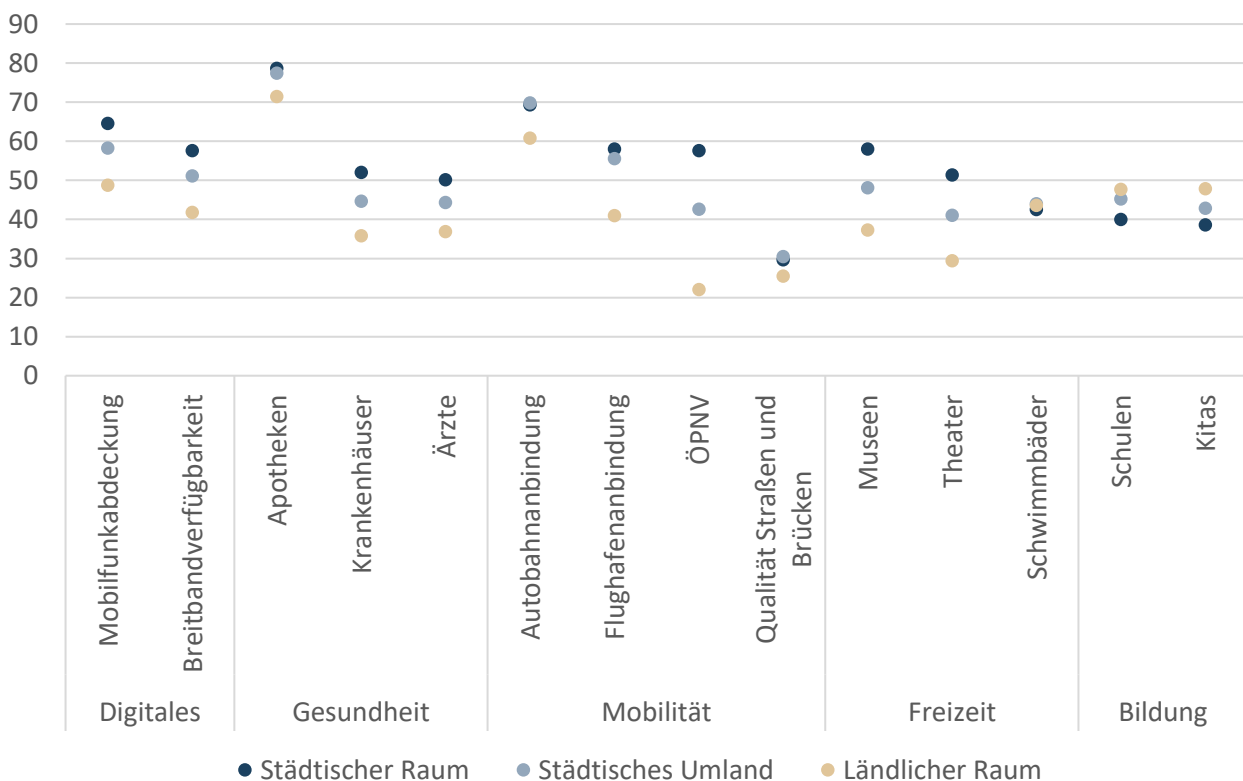
Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=5.455

Abbildung 4-2 visualisiert die Zufriedenheit mit den unterschiedlichen Subkategorien des Daseinsvorsorge-Index. Auffällig ist die größere Unzufriedenheit im ländlichen Raum. Mit 55,2 Prozent bescheidet im städtischen Raum eine rund 10 Prozentpunkte größere Gruppe ihre Zufriedenheit mit den Angeboten insgesamt als im Ländlichen.<sup>7</sup> Dieses Muster zeigt sich in noch stärkerer Ausprägung in den Subkategorien *Digitales*, *Gesundheit*, *Mobilität* und *Freizeit*. Besonders kritisch werden fernab der urbanen Räume die Mobilitäts- und Freizeitangebote bewertet. Die einzige Ausnahme dieser Zufriedenheitshierarchie zeigt sich in der Kategorie *Bildung*: Hier gibt etwa die Hälfte der Befragten im ländlichen Raum an, zufrieden zu sein, wohingegen gerade einmal 40 Prozent der Befragten in den Städten eine positive Bewertung abgeben. Mögliche Erklärungsansätze bieten nicht zuletzt wahrgenommene Qualitätsdefizite und Kapazitätsengpässe in den Städten. Diese scheinen sogar stärker zu wirken als die weiten Strecken zu den nächstgelegenen Schulen und Kindertagesstätten, die mitunter in der Peripherie in Kauf genommen werden müssen (Diermeier et al., 2023).

Abbildung 4-3 schlüsselt die Zufriedenheitswerte der Subkategorien in die verwendete Indikatorik auf. Diese Betrachtung deutet auf eine enorme Heterogenität in der Bewertung hin. So zeigt sich im Ländlichen gerade einmal jede fünfte Person mit dem ÖPNV-Angebot zufrieden, hingegen bewerten vier von fünf Städter die Apothekenversorgung als positiv. Letztere werden wiederum in Stadt und Land deutlich besser evaluiert als die Versorgung durch Krankenhäuser oder Ärzte.

### Abbildung 4-3: Zufriedenheit mit einzelnen Daseinsvorsorgeeinrichtungen

Abbildung der Kategorien „sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“, in Prozent; Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit der Versorgungslage in Ihrem unmittelbaren Wohnumfeld in den folgenden Bereichen?“



Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=5.455

<sup>7</sup> Die drei Regionstypen basieren auf der Selbsteinschätzung der Befragten, welchem Typ sie ihren Wohnort zuordnen. 43 Prozent der Befragten verorteten sich im städtischen Raum, 27 Prozent im städtischen Umland und 30 Prozent im ländlichen Raum.

Die Bewertung von Daseinsvorsorgedienstleistungen folgt mit großer Wahrscheinlichkeit räumlichen und zeitlichen Ankern. Nicht nur vergleichen Menschen ihr Angebot mit dem Angebot anderswo, eine wichtige Rolle spielt auch die wahrgenommene Veränderung über die vergangenen Jahre. Auffällig ist hinsichtlich der Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern gerade im ländlichen Raum daher die stark wahrgenommene Verschlechterung, die im Saldo mehr als jeder Dritte Befragte allein während der vergangenen fünf Jahre vermerkt. Auch in den Städten ist die entsprechende Zufriedenheit während dieses Zeitraums gesunken, wenn auch weniger dramatisch.<sup>8</sup> Wiederum geht die schlechtere Bewertung gerade in den ländlichen Regionen häufiger auf konkrete Erfahrung von Krankenhausschließungen und Praxisaufgaben zurück als im städtischen Raum, wo ein wahrgenommenes Absinken der Qualität oder steigende Zugangsbeschränkungen ausschlaggebend sein dürften.

Erwartbare Unterschiede zwischen Stadt und Land bestehen hinsichtlich der digitalen Infrastruktur: Mobilfunkabdeckung und Breitbandverfügbarkeit werden in den urbanen Räumen deutlich positiver bewertet als auf dem Land. Einen Sonderfall konstituiert die Kategorie *Digitales* jedoch, da hier unisono eine wahrgenommene Verbesserung verzeichnet wird. Der aktuell in der Bevölkerung vorherrschende Pessimismus kann demnach mit einem merklichen Infrastrukturausbau überlagert werden. Positive Veränderungen werden durchaus registriert.

Einhellig negativ beschieden wird demgegenüber die Qualität von Straßen und Brücken. Nicht einmal jeder dritte Befragte – im Ländlichen gerade einmal jeder Vierte – bewertet diese positiv. Mit Blick auf die Straßen- und Brückenqualität vor fünf Jahren registriert wiederum im Saldo jeder dritte Befragte eine Verschlechterung (siehe Abbildung A- 1 im Anhang). Womöglich zeigen sich in dieser wachsenden Unzufriedenheit die manifesten Infrastrukturprobleme. Denkbar ist allerdings ebenso, dass sich hier die mediale Debatte um die bröckelnde Infrastruktur in Deutschland spiegelt, die mit dem Einsturz der Carolabrücke in Dresden ihren metaphorischen Bezugspunkt gefunden hat. Der Abgleich mit dem tatsächlichen Zustand in den folgenden Kapiteln gibt Aufschluss darüber, inwiefern Zufriedenheiten mit Unterschieden in den objektiven Versorgungslagen einhergehen.

## 4.2 Sozio-demographische und politische Determinanten der Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge

In der Bewertung der Versorgungslagen bestehen relevante Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen. Im Folgenden wird geprüft, inwiefern sich auch sozio-demographische Charakteristika sowie politische Präferenzen identifizieren lassen, die mit einer positiveren oder negativeren Bewertung der lokalen Daseinsvorsorge einhergehen.

Um den Einfluss verschiedener Faktoren auf die Zufriedenheit mit den lokalen Versorgungslagen zu testen, wird in einem ersten Schritt eine entsprechende OLS-Regression spezifiziert. Abbildung 4-4 zeigt die Koeffizienten dieser Regression und deren statistische Signifikanz.<sup>9</sup>

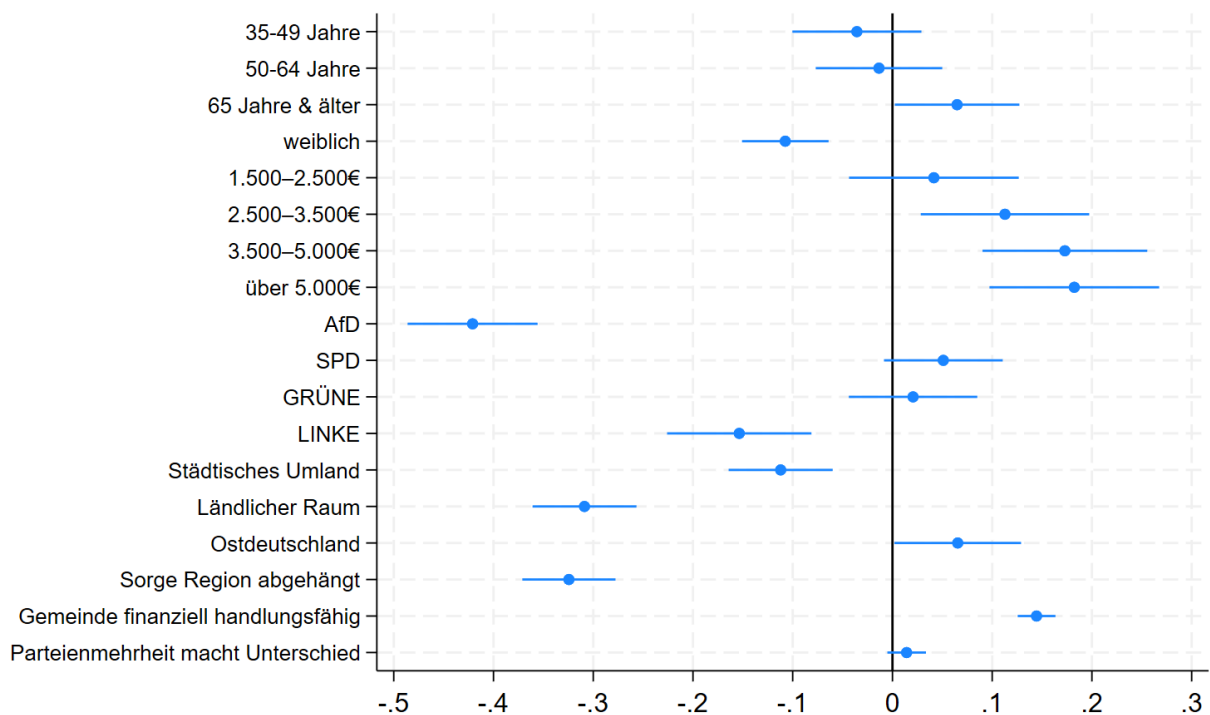
<sup>8</sup> Siehe Abbildung A- 1 im Anhang. In der zeitlichen Perspektive zeigt sich eine wachsende Unzufriedenheit mit den Angeboten der Daseinsvorsorge.

<sup>9</sup> Bei der Interpretation gilt es zu beachten, dass es sich nicht um standardisierte Koeffizienten handelt, weshalb ein direkter Vergleich der Koeffizientengrößen kaum aussagekräftig ist.

Es bestätigt sich der bereits deskriptiv ausführlich beschriebene Effekt, dass die Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen im Vergleich zu städtischen Räumen negativer bewertet wird. Im Gegensatz zu den deskriptiven Auswertungen weist die Betrachtung der Regression ceteris paribus darauf hin, dass Menschen in Ostdeutschland die Versorgungslagen gegeben ihrer Umstände – also nachdem verschiedene andere Charakteristika kontrolliert wurden – positiver bewerten als die Bevölkerung in Westdeutschland dies unter denselben Umständen täte. Damit geht die leicht negativere deskriptive Bewertung der Versorgungslage im Osten auf das ländlichere Umfeld sowie spezifische sozio-demographische Charakteristika und politische Einstellungen zurück. Wird für diese Charakteristika kontrolliert, dreht sich die Richtung des Effekts.

#### Abbildung 4-4: Determinanten der Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge

OLS-Regression, Abhängige Variable: Zufriedenheitsindex Daseinsvorsorge



Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=5.455

Ordinary Least Squares-Regression (OLS). 95-prozentige Konfidenzintervalle und robuste Standardfehler. Abhängige Variable: Zufriedenheitsindex Daseinsvorsorge, Referenzkategorien: Alter (jünger als 35 Jahre), Geschlecht (männlich), Nettoeinkommen (unter 1.500 €), Parteipräferenz (CDU/CSU), Wohnort (städtischer Raum), Teil von Deutschland (Westdeutschland), Sorge Region abgehängt (keine Sorge Region abgehängt), Gemeinde finanziell handlungsfähig (Gemeinde finanziell nicht handlungsfähig), Parteienmehrheit macht Unterschied (Parteienmehrheit macht keinen Unterschied).

Auch der Blick auf den finanziellen Status und die Zukunftsfestigkeit der eigenen Region hat einen relevanten Einfluss: Einen besonders starken Effekt auf die Daseinsvorsorgezufriedenheit hat nicht zuletzt die Sorge, dass die eigene Region in Zukunft wirtschaftlich abgehängt wird. Besteht hingegen die Wahrnehmung, die eigene Kommune sei finanziell handlungsfähig, geht dies mit einer positiveren Bewertung einher.<sup>10</sup>

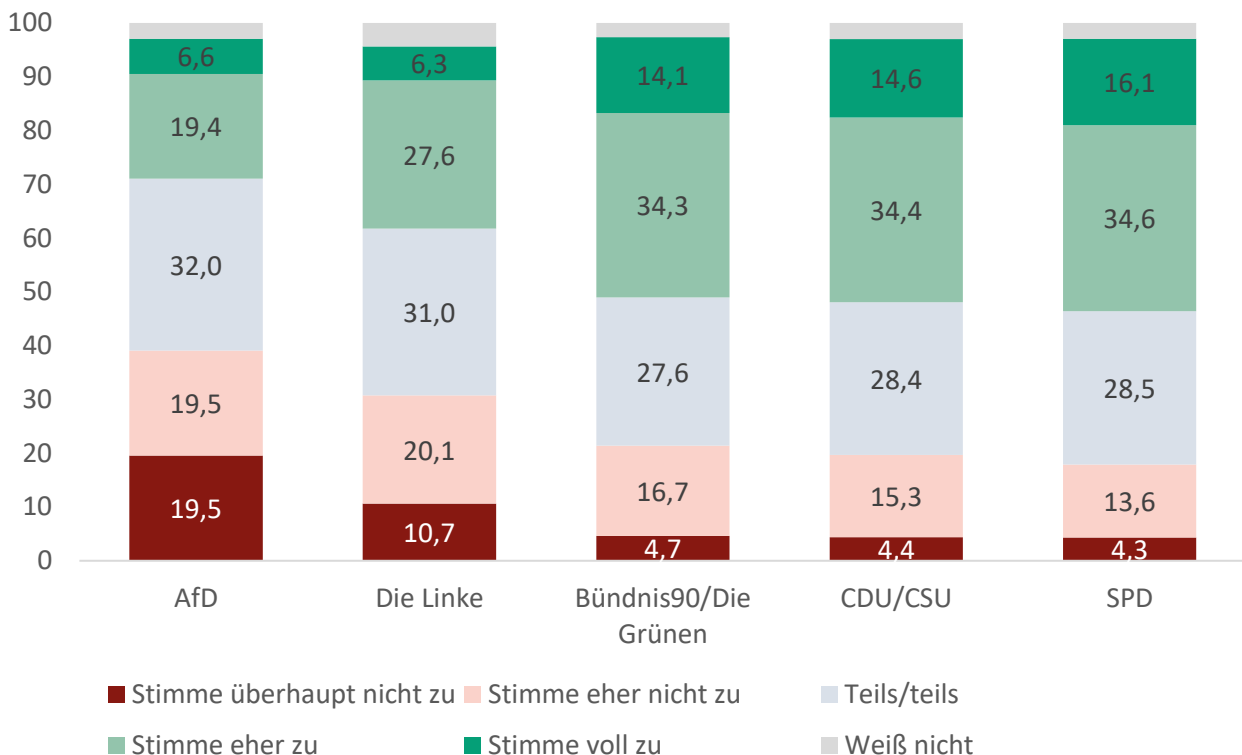
<sup>10</sup> Siehe Anhang Abbildung A- 2 für den deskriptiven Zusammenhang zwischen Daseinsvorsorgezufriedenheit und der Einschätzung nach der finanziellen Handlungsfähigkeit der Gemeinde.

Ebenfalls sozio-demographisch lassen sich einige Zusammenhänge identifizieren: Menschen im Alter über 65 Jahren sind zufriedener als unter 35-Jährige. Ein steigendes Nettoeinkommen geht mit einer höheren Daseinsvorsorgezufriedenheit einher. Frauen sind hingegen im Vergleich zu Männern unzufriedener mit der Versorgungslage.

Mit Blick auf politische Einstellungen zeigt sich kein Einfluss von Einstellungen, die auf einen lokalen Politikverdross schließen lassen: Die Einschätzung, ob es einen Unterschied macht, welche Parteien die kommunale Mehrheit stellen, zeigt im spezifizierten Modell keinen nennenswerten Effekt. Ein besonders starker negativer Effekt zeigt sich wiederum im Vergleich der politischen Ränder mit den etablierten Parteien der politischen Mitte. So geht mit einer Parteineigung zu AfD und Die Linke ein statistisch signifikant kritischerer Blick auf die Daseinsvorsorgeangebote einher als im Rest des Parteienspektrums. Die AfD-Anhängerschaft bildet wie bei vielen Aspekten der Bewertung von Politik und Staat das unzufriedene Ende der Bewertungsskala.

#### Abbildung 4-5: Bewertung der Daseinsvorsorge nach politischer Orientierung

Frage: „Die öffentliche Daseinsvorsorge [...] in meinem unmittelbaren Wohnumfeld funktioniert zuverlässig“, in Prozent



Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=5.455

Die Bedeutung der parteipolitischen Präferenzen bestätigt sich bei einer separaten Betrachtung der Anhängerschaften der im Bundestag vertretenen Parteien (siehe Abbildung 4-5). Die Frage, ob die öffentliche Daseinsvorsorge in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld zuverlässig funktioniert, wird nur unter AfD-Sympathisanten von einer größeren Gruppe ablehnend (39 Prozent) als zustimmend (26 Prozent) beschieden. Bei den Linken stehen sich jeweils rund ein Drittel der Parteigänger in einer unterschiedlichen Bewertung gegenüber. Anhänger der etablierten Parteien der politischen Mitte weisen demgegenüber deutlich geringere Ablehnungswerte auf. Rund jeder zweite Sympathisant von SPD, Union und Grünen bewertet die Funktionalität der Daseinsvorsorge vor Ort positiv.

### 4.3 Politische Implikationen der Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge

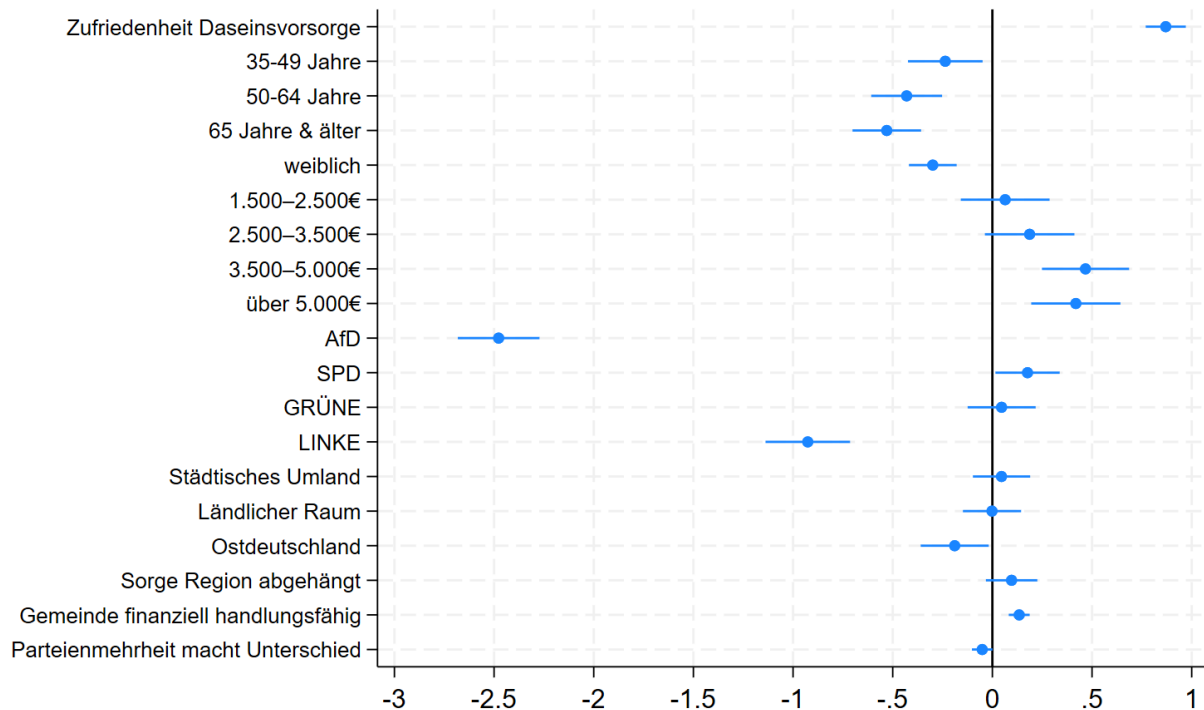
Die oben beschriebenen Befunde deuten darauf hin, dass die Bewertung der Daseinsvorsorge nicht allein eine Funktion objektiver Lebensumstände oder sozio-demographischer Charakteristika ist, sondern maßgeblich durch parteipolitische Prädispositionen gefiltert wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche politischen Konsequenzen aus einer kritischen Wahrnehmung der Daseinsvorsorge erwachsen. Im Folgenden wird daher analysiert, inwiefern die Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge mit zentralen politischen Einstellungsgrößen zusammenhängt. Dabei wird zunächst die Bewertung staatlicher Aufgabenerfüllung in den Blick genommen, bevor anschließend die weitergehende Demokratiezufriedenheit untersucht wird. Diese Abfolge trägt der Annahme Rechnung, dass die Wahrnehmung staatlicher Leistungsfähigkeit einen vorgelagerten Mechanismus darstellt, über den sich Unzufriedenheit schließlich auf die Bewertung der Demokratie insgesamt auswirken kann. Die Analysen basieren auf Regressionsmodellen, in denen politische Präferenzen, sozio-demographische Charakteristika und räumliche Lebensumstände explizit kontrolliert werden.

Lokale Daseinsvorsorge stellt für Bürgerinnen und Bürger eine der unmittelbarsten und alltäglich erfahrbaren Ausprägungen von Staatlichkeit dar. Leistungen wie funktionierende Infrastrukturen, erreichbare Gesundheitsversorgung oder verlässlicher Nahverkehr prägen das konkrete Bild staatlicher Handlungsfähigkeit im Alltag und fungieren damit als Referenzpunkt für die Bewertung politischer Leistungsfähigkeit insgesamt. Vor diesem Hintergrund liegt die Vermutung nahe, dass sich Erfahrungen auf der lokalen Ebene in der Beurteilung staatlicher Performanz auf gesamtstaatlicher Ebene niederschlagen.

Abbildung 4-6 zeigt die Regressionskoeffizienten einer ordinalen logistischen Regression mit der Bewertung der Aufgabenerfüllung der Politik (Performanz) in Deutschland als abhängiger Variable. Die Ergebnisse bestätigen diese Annahme: Eine höhere Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge geht mit einer statistisch signifikant positiveren Bewertung der politischen Performanz einher. Dieser Zusammenhang erweist sich auch unter Kontrolle parteipolitischer Präferenzen als robust. Gleichzeitig zeigen sich hier besonders ausgeprägte parteipolitische Effekte: Anhängerinnen und Anhänger der politischen Ränder bewerten die Leistungsfähigkeit des Staates deutlich kritischer als Sympathisanten der politischen Mitte, wobei die AfD-Anhängerschaft den mit Abstand stärksten negativen Effekt aufweist. Dies deutet darauf hin, dass auch die Wahrnehmung staatlicher Performanz nicht nur durch konkrete Erfahrungen, sondern auch durch politisch geprägte Deutungsmuster beeinflusst wird. Gleichwohl bleibt der Effekt der Daseinsvorsorgezufriedenheit eigenständig bestehen, was auf die Bedeutung der alltäglichen Erfahrungen mit staatlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen in Form von Daseinsvorsorge als zentralen Baustein für die Bewertung politischer Leistungsfähigkeit hindeutet.

**Abbildung 4-6: Determinanten der Zufriedenheit mit Performanz der Politik**

Ordinale Logistische Regression (Logit), Abhängige Variable: Performanz der Politik (im Wortlaut: „Die Politik in Deutschland erfüllt aus meiner Sicht die Aufgaben, die sie erfüllen sollte.“)



Ordinale logistische Regression (Logit). 95-prozentige Konfidenzintervalle und robuste Standardfehler. Abhängige Variable: Performanz der Politik, Referenzkategorien: Alter (jünger als 35 Jahre), Geschlecht (männlich), Nettoeinkommen (unter 1.500 €), Parteipräferenz (CDU/CSU), Wohnort (städtischer Raum), Teil von Deutschland (Westdeutschland), Sorge Region abgehängt (keine Sorge Region abgehängt), Gemeinde finanziell handlungsfähig (Gemeinde finanziell nicht handlungsfähig), Parteienmehrheit macht Unterschied (Parteienmehrheit macht keinen Unterschied).

Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=5.455

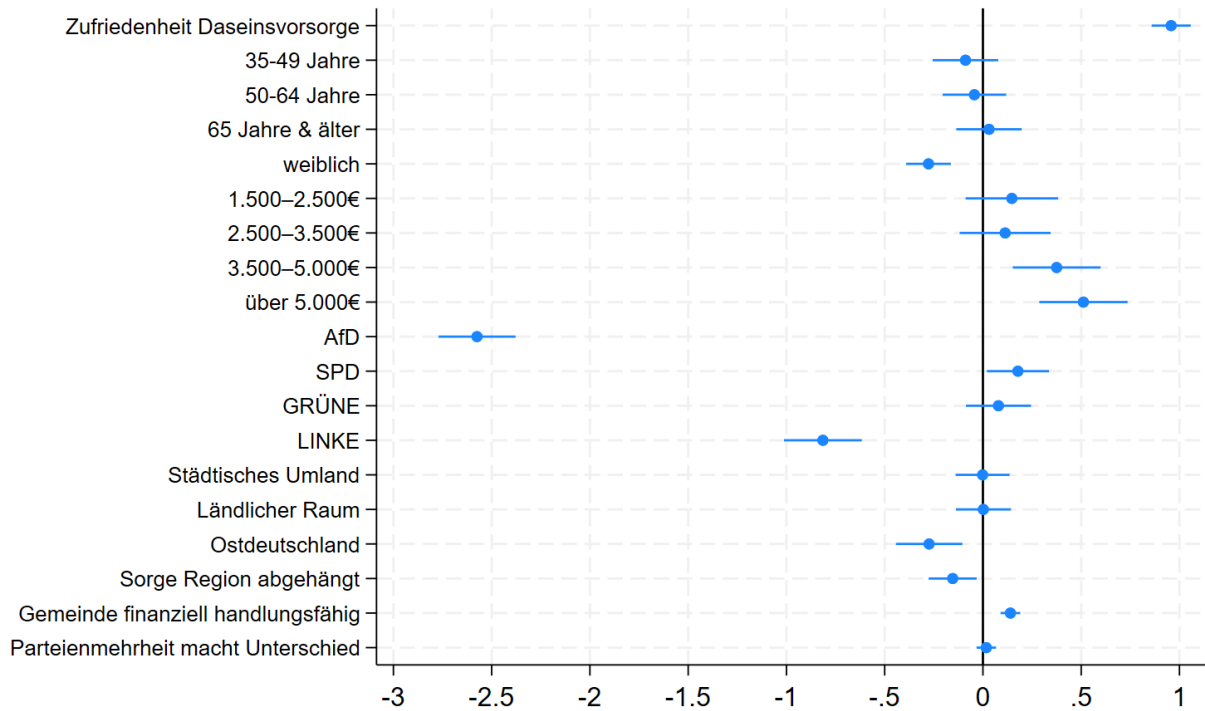
Aufbauend auf dieser vorgelagerten Bewertung staatlicher Leistungsfähigkeit wird im nächsten Schritt untersucht, inwiefern sich diese Zusammenhänge auch in der Demokratiezufriedenheit widerspiegeln. Abbildung 4-7 zeigt die Regressionskoeffizienten einer ordinalen logistischen Regression mit der Demokratiezufriedenheit als abhängiger Variable. Auch hier weist die Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge einen signifikant positiven Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit auf – und dies weiterhin unter Kontrolle parteipolitischer Präferenzen.<sup>11</sup> Die bekannten Muster politischer Einstellungen bestätigen sich: Anhängerinnen und Anhänger der politischen Ränder äußern eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie als Sympathisanten der politischen Mitte, wobei der Effekt für die AfD-Anhängerschaft erneut am stärksten ausfällt. Im Vergleich zur Bewertung der staatlichen Leistungsfähigkeit tritt hervor, dass die Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge auch hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit einen eigenständigen Erklärungsbeitrag leistet. Dies spricht dafür, dass sich die Wirkung alltäglicher Staatserfahrungen nicht nur unmittelbar auf die Bewertung politischer Leistungsfähigkeit beschränkt, sondern darüber hinaus auch auf die grundlegende Bewertung der

<sup>11</sup> Siehe Anhang Abbildung A- 3: Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge nach Demokratiezufriedenheit für den deskriptiven Zusammenhang zwischen Daseinsvorsorgezufriedenheit und der Demokratiezufriedenheit.

demokratischen Ordnung ausstrahlt: Die Bewertung der Daseinsvorsorge vor Ort kann wahlweise Demokratiezufriedenheit stabilisieren oder Demokratieunzufriedenheit auslösen.<sup>12</sup>

**Abbildung 4-7: Determinanten der Zufriedenheit mit Demokratie**

Ordinale logistische Regression (Logit), Abhängige Variable: Zufriedenheit mit Demokratie (im Wortlaut: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit [...] der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“)



Ordinale logistische Regression (Logit). 95-prozentige Konfidenzintervalle und robuste Standardfehler. Abhängige Variable: Performanz der Politik, Referenzkategorien: Alter (jünger als 35 Jahre), Geschlecht (männlich), Nettoeinkommen (unter 1.500 €), Parteipräferenz (CDU/CSU), Wohnort (städtischer Raum), Teil von Deutschland (Westdeutschland), Sorge Region abgehängt (keine Sorge Region abgehängt), Gemeinde finanziell handlungsfähig (Gemeinde finanziell nicht handlungsfähig), Parteienmehrheit macht Unterschied (Parteienmehrheit macht keinen Unterschied).

Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=5.455

<sup>12</sup> Des Weiteren bestätigen sich verschiedene bekannte Effekte: Menschen mit einem höheren Haushaltsnettoeinkommen zeigen sich ebenso zufriedener mit der Demokratie wie die Bevölkerungsanteile, die ihre Kommunen als finanziell handlungsfähig einschätzen. Ostdeutsche, sowie Menschen, die sich um das potenzielle Abgehängtsein ihrer Heimat sorgen, äußern hingegen eine kritischere Sicht auf die Demokratie.

## 5 Objektive Versorgungslagen in deutschen Gemeinden

Kapitel 5 widmet sich der Analyse objektiver Versorgungsgüter mit lokaler Daseinsvorsorge. Dazu werden zunächst die Ergebnisse des Daseinsvorsorge-Index auf Gemeindeebene deutschlandweit aufgezeigt und anschließend die lokale Daseinsvorsorge ähnlicher Räume im Stadt-Land-Gefälle verglichen.

### 5.1 Daseinsvorsorge im deutschlandweiten Vergleich

Um die Versorgungsgüter von Daseinsvorsorgeeinrichtungen und -infrastrukturen objektiv zu messen, wurde ein Daseinsvorsorge-Index auf Gemeindeebene basierend auf den fünf Subkategorien (*Digitales, Gesundheit, Mobilität, Freizeit* und *Bildung*) erstellt. Die Ausprägungen der einzelnen Subkategorien können regional stark variieren (siehe Anhang Abbildung A- 4 bis Abbildung A- 8). In den Bereichen Gesundheit, Mobilität, Freizeit und Bildung schneiden Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt am schlechtesten ab. Die geringste durchschnittliche Versorgungsgüte im Bereich Digitales weisen die teilweise sehr kleinen Gemeinden in Rheinland-Pfalz auf. Alle Subkategorien zeigen durchweg positive, jedoch unterschiedlich starke wechselseitige Zusammenhänge: Eine gute Versorgung im Gesundheitssektor korreliert stärker positiv mit einer höheren Dichte an Bildungseinrichtungen und Freizeitmöglichkeiten als mit der Digital- oder Verkehrsinfrastruktur. Den geringsten positiven Zusammenhang weisen die beiden Subkategorien Mobilität und Digitales auf, was insbesondere im Osten und im ländlichen Raum der Fall ist: Während Mobilitätsdefizite regional geclustert sind (vor allem in der Oberpfalz, in Niederbayern und in der Grenzregion zu Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg) sind die mit digitaler Infrastruktur schlechter versorgten Regionen breit verstreut (siehe Abbildung A- 4 und Abbildung A- 6 im Anhang). Die unterschiedlichen Zusammenhänge der Subkategorien verdeutlichen, dass Defizite oder Stärken in einem Bereich der Daseinsvorsorge nicht zwangsläufig auf andere Bereiche übertragbar sind.

Abbildung 5-1 kartografiert den gesamten Daseinsvorsorge-Index (siehe Formel 1) nach fünf Quantilen (von sehr gut bis sehr schlecht) auf Gemeindeebene für Deutschland. Vor allem Städte und urbane Räume weisen eine hohe Versorgungsgüte auf. Das ländliche Ostdeutschland insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Teile Brandenburgs werden vergleichsweise schlecht versorgt. Gemeinden in den beiden ostdeutschen Bundesländern und in Rheinland-Pfalz verzeichnen im Durchschnitt die geringste Versorgungsgüte mit Daseinsvorsorge. Im Gegensatz dazu sind neben den Stadtstaaten, die aufgrund ihrer hohen Dichte an Versorgungsinfrastruktur und schnellen Erreichbarkeiten einen besonders guten Daseinsvorsorge-Index verzeichnen, Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und im Saarland im Durchschnitt am besten versorgt. Mehr als jede zweite Gemeinde in Nordrhein-Westfalen fällt in die Kategorie „sehr gut“. Aber selbst im relativ gut versorgten Nordrhein-Westfalen gibt es Ausnahmen: Gebiete mit aktuellen und zukünftigen demographischen Schwierigkeiten, wie Gemeinden des Hochsauerlandkreises, sind durch eine geringere Versorgungsgüte charakterisiert (Diermeier et al., 2024). Gleichzeitig gibt es in Ostdeutschland Regionen mit sehr hoher Versorgungsgüte, wie Gemeinden im südwestsächsischen Erzgebirgskreis oder im Landkreis Leipzig. Auch der Blick auf die niedrige Kommunalverschuldung zeigt dort eine hohe Handlungsfähigkeit der Gemeindeebene (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2024).

Obwohl einige bayerische Gemeinden häufig mit am besten versorgt werden, ist das Bundesland aufgrund seiner zahlreichen ländlichen und zum Teil sehr schlecht versorgten Regionen im Gesamtranking der Bundesländer nur im Mittelfeld verortet. Dies verdeutlicht, wie stark die Indexwerte zur Daseinsvorsorge innerhalb eines Bundeslandes variieren können. In den teils sehr durch periphere Regionen geprägten Bundesländern

Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern sind die Versorgungsniveaus der Gemeinden sehr heterogen und weisen die höchste Standardabweichung des Daseinsvorsorge-Index unter allen Bundesländern auf. Doch gibt es nicht nur bedeutende Unterschiede innerhalb der Bundesländer, sondern auch innerhalb von Kreisen. Dies ist insbesondere hervorzuheben, da die häufig vorgenommene Betrachtung auf Landkreisebene (siehe Kapitel 2) diese Heterogenität vernachlässigt. Der in der vorliegenden Analyse umgesetzte georeferenzierte Ansatz ermöglicht hingegen eine kleinteilige Analyse auf Gemeindeebene. Wie Abbildung 5-1 vermuten lässt, verzeichnen Kreise in Nordrhein-Westfalen (insbesondere die Kreise Mettmann, Viersen, Recklinghausen) mit ähnlich gut versorgten Gemeinden die geringste Streuung im Versorgungsmaß. Im Gegensatz dazu weisen die Kreise Havelland (Brandenburg), Lörrach (Baden-Württemberg), Dahme-Spreewald (Brandenburg), Cuxhaven (Niedersachsen) und Mayen-Koblenz (Rheinland-Pfalz) die höchsten Abweichungen zwischen ihren Gemeinden auf.

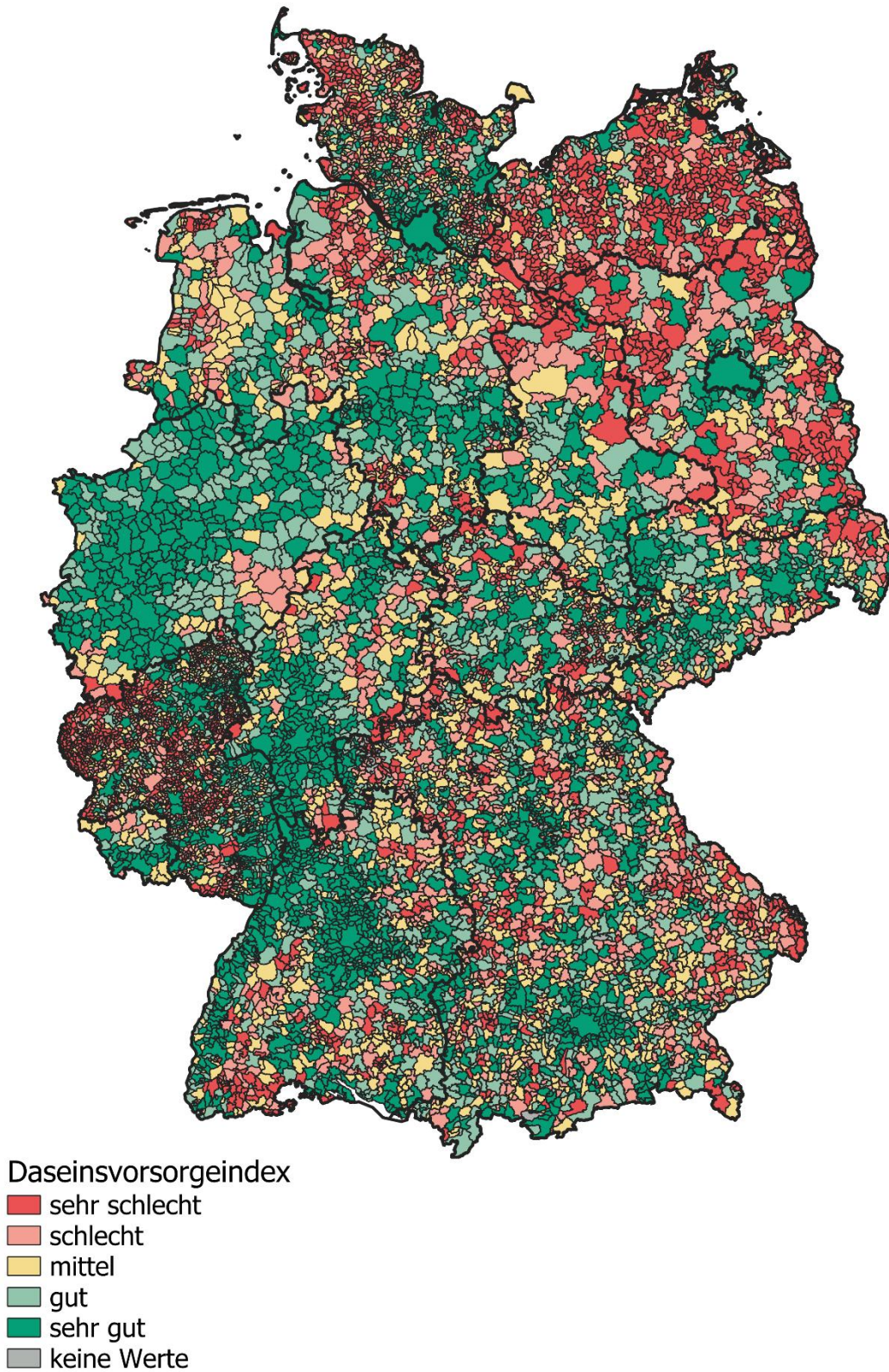
Neben den Unterschieden zwischen Bundesländern und Kreisen ergeben sich die erwartbaren Unterschiede im Daseinsvorsorge-Index zwischen Metropolen, urbanen Räumen und ländlichen Gebieten. Die Darstellung der Versorgungsgüte in Abbildung 5-1 zeigt ein markantes räumliches Muster: Gemeinden in urbaner Nähe sind besonders gut versorgt – vor allem im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen sowie in den gut angebundenen Einzugsbereichen großer Metropolen. So befinden sich unter den am besten versorgten Gemeinden in Deutschland Großstädte, wie Frankfurt a. M., Berlin, Bonn und Stuttgart oder Hannover. Ebenso stark vertreten sind Gemeinden in Agglomerationsräumen, wie Haar bei München, Offenbach<sup>13</sup> oder Eschborn bei Frankfurt, Mühlheim am Main zwischen Frankfurt und Hanau, Radebeul bei Dresden und Böblingen bei Stuttgart. Solche urbanen Räume sind vor allem durch ihre hohe Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge gekennzeichnet, wobei der vorliegende Daseinsvorsorge-Index nur sehr eingeschränkt Aussagen über Zugangsbeschränkungen aufgrund von Überfüllung oder Qualitätsmerkmalen treffen kann. Nur wenige Städte unter den am besten versorgten Gemeinden, wie Memmingen und Friedrichsroda weisen keine unmittelbare Nähe zu einer Metropole auf und weichen damit vom Trend gut versorgter Agglomerationsräume ab. Unter den zehn am besten versorgten Gemeinden Deutschlands gibt es nur eine Landgemeinde (Fahrenkrug im schleswig-holsteinischen Kreis Segeberg, der Teil der Metropolregion Hamburg ist) und zwei ostdeutsche Gemeinden (Radebeul in Sachsen und Friedrichsroda in Thüringen). Besonders gut versorgt sind dort die Bereiche Bildung, Mobilität und Freizeit.

Insgesamt zeigt sich, dass die Versorgungsdichte mit dem Urbanitätsgrad zunimmt. Im Durchschnitt verfügen Großstädte über die beste Versorgungslage, während kleine Landgemeinden die geringsten Indexwerte verzeichnen. Vor diesem Hintergrund ist eine detailliertere Unterscheidung zwischen Städten und ländlichen Regionen geboten, um ähnliche Räume mit möglichst ähnlichen Ausgangslagen zu vergleichen. Relevant ist diese Differenzierung auch, da Menschen sich in der Bewertung der Angebote womöglich an Referenzen orientieren, die ihrem Wohnort ähnlich sind.

---

<sup>13</sup> Interessanterweise weist Offenbach die geringste Pro-Kopf-Kaufkraft aller 400 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte auf. Hier trifft ein verhältnismäßig niedriges Durchschnittseinkommen auf die hohen Mietpreise des Frankfurter Ballungsraums (Schröder/Wendt, 2026).

Abbildung 5-1: Regionale Differenzierung der Daseinsvorsorge



Quelle: Google Place API; Bäderatlas, OSM, Bundes-Klinik-Atlas, Pflegeverzeichnis, Bundesanstalt für Straßen und Verkehr, Bundesnetzagentur, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, aponet.de, Kassenärztliche Bundesvereinigung KdÖR

## 5.2 Heterogene Daseinsvorsorge in urbanen und ländlichen Räumen

Um den Unterschieden zwischen städtischen und ländlichen Räumen gerecht zu werden, wird im Folgenden eine getrennte Betrachtung der Versorgungsgüte der beiden Raumeinheiten vorgenommen. Abbildung 5-2 weist die dazugehörigen Karten mit den jeweiligen Quintilen (von sehr gut bis sehr schlecht) getrennt aus.<sup>14</sup>

Durch dieses Vorgehen werden urbane Räume ausschließlich mit anderen Städten kontrastiert. Für das zuvor als sehr gut versorgt eingestufte Nordrhein-Westfalen ergibt sich dadurch innerhalb der städtischen Vergleichsgruppe ein gemischtes Bild: Während Großstädte wie Köln und Düsseldorf im Städte-Vergleich weiterhin „sehr gut“ versorgt gekennzeichnet werden, zeigen Gemeinden insbesondere im Einzugsgebiet großer Metropolen, wie im Rhein-Kreis-Neuss in der Nähe von Düsseldorf oder im Rhein-Erftkreis nahe Köln und die Ausläufer des Ruhrgebiets, in diesem Referenzrahmen eine schlechtere Versorgungslage. Insgesamt weisen Mittelstädte im Durchschnitt eine geringere Versorgungsgüte als Großstädte auf. Somit sind es fast ausschließlich Mittelstädte, die im Städtevergleich schlechter abschneiden als im Deutschlandvergleich: Mit Ausnahme der beiden Großstädte Würzburg und Oldenburg sind die knapp 160 Städte, die im deutschlandweiten Vergleich als „sehr gut versorgt“ eingestuft werden aber im Stadtvergleich als „schlecht“ versorgt gelten, alles Mittelstädte. In der niedrigsten Versorgungskategorie („sehr schlecht“) ist keine einzige Großstadt vertreten. Damit wird ein Stadt-Umland-Gefälle sichtbar, das verdeutlicht, dass Metropolen zwar mit ihrer Versorgung auf das gut erschlossene Umland ausstrahlen, dieser Effekt jedoch nicht überall zutage tritt. Zudem zeigt sich bei dem Vergleich der städtischen Räume, dass ostdeutsche Städte besser versorgt sind als westdeutsche Städte. Insgesamt sind 30 Prozent der ostdeutschen Städte „sehr gut“ versorgt, während nur knapp 20 Prozent der westdeutschen Städte in diese Kategorie der Daseinsvorsorgebewertung fallen.

Ländliche Räume weisen im Durchschnitt eine geringere Versorgungsgüte auf als Städte und die Streuung von unterschiedlichen Versorgungsgraden ist besonders hoch. Insgesamt befindet sich ein Viertel der im Vergleich mit dem ländlichen Raum „sehr gut“ versorgten ländlichen Gemeinden in Bayern. Im Gegenzug liegt fast ein Drittel aller „sehr schlecht“ versorgten ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz, das durch eine besonders hohe Zahl kleinräumiger Gemeinden geprägt ist. Die höchsten Anteile ländlicher Gemeinden mit „sehr guter“ Daseinsvorsorge eines Bundeslandes verzeichnen Hessen und das Saarland, wo jeweils 44 Prozent aller ländlichen Gebietseinheiten der besten Versorgungsstufe zugeordnet werden. Am anderen Ende des Spektrums steht das ländlich geprägte Mecklenburg-Vorpommern: Hier gilt die Hälfte der ländlichen und meist großflächigen Gemeinden als „sehr schlecht“ versorgt.

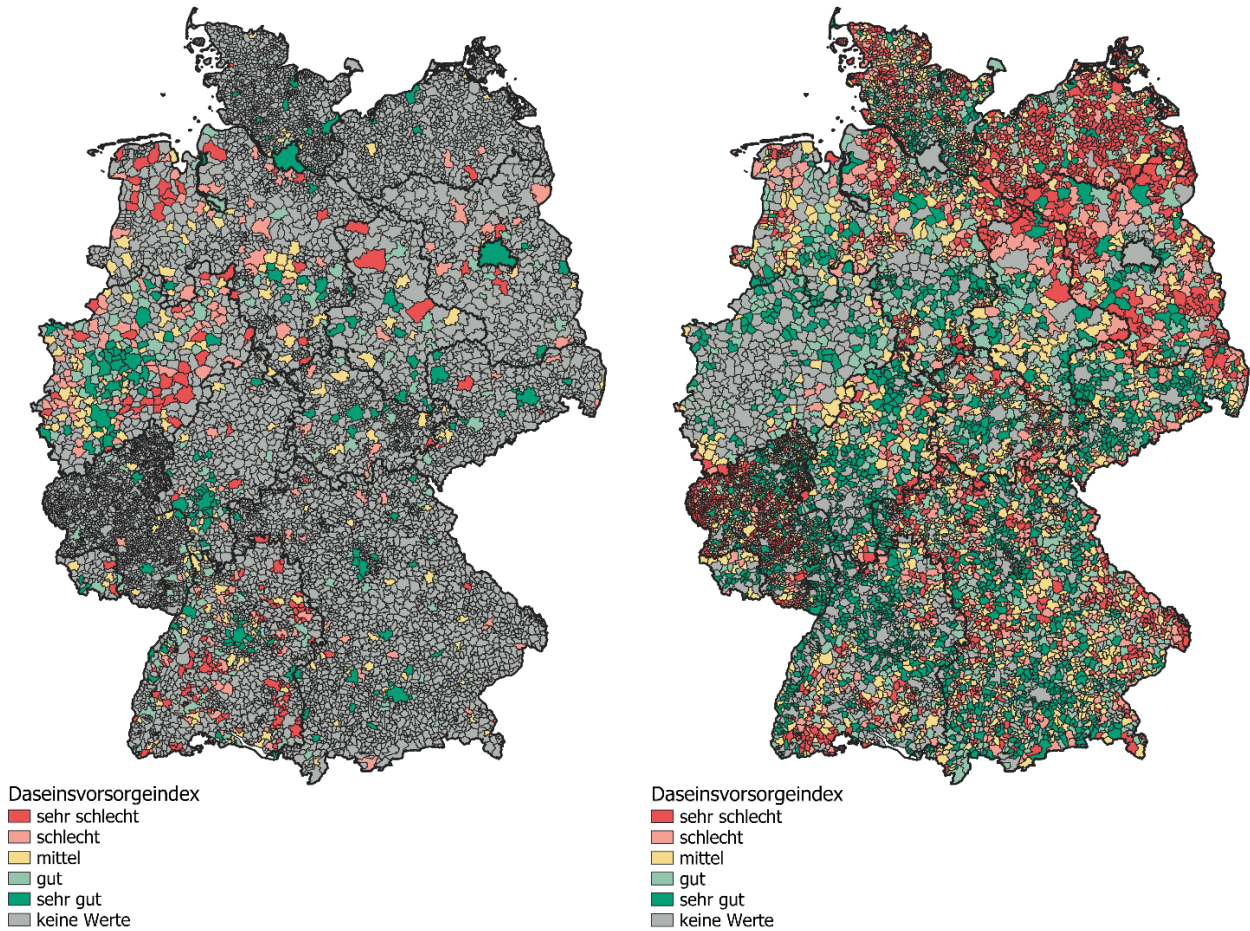
Die differenzierten Befunde des deutschlandweiten Vergleichs und der Gegenüberstellung innerhalb ähnlicher Regionstypen verdeutlichen, wie stark die Ergebnisse von der jeweils gewählten Vergleichsgruppe abhängen. Bei der Einschätzung der subjektiven Zufriedenheit der Versorgungslage wirft dies die Frage auf, welchen Bezugsrahmen Befragte bei ihrer eigenen Einschätzung heranziehen – das gesamte Bundesgebiet, das Bundesland oder strukturell ähnliche Raumtypen? Hier zeichnet sich eine offene Frage ab, die von zukünftiger Forschung adressiert werden kann. Im nächsten Schritt wird die subjektive Einschätzung der Versorgungslage im unmittelbaren Wohnumfeld mit der in diesem Kapitel vorgestellten objektiven Versorgungslage verschnitten.

<sup>14</sup> Entsprechend der fünf BBSR-Kategorien werden Groß- und Mittelstädte zum städtischen Raum zusammengefasst und größere und kleinere Kleinstädte sowie Landgemeinden dem ländlichen Raum zugeordnet. Folglich werden 893 Gemeinden als städtischer Raum und 10.048 Gemeinden als ländlicher Raum klassifiziert.

Abbildung 5-2: Regionale Differenzierung der Daseinsvorsorge nach Referenzräumen

Städtischer Raum: Groß- und Mittelstädte

Ländlicher Raum: Kleinstädte und Landgemeinden



Quelle: Google Place API; Bäderatlas, OSM, Bundes-Klinik-Atlas, Pflegeverzeichnis, Bundesanstalt für Straßen und Verkehr, Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, aponet.de, Kassenärztliche Bundesvereinigung KdÖR

## 6 Subjektive Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge und objektive Versorgungslage

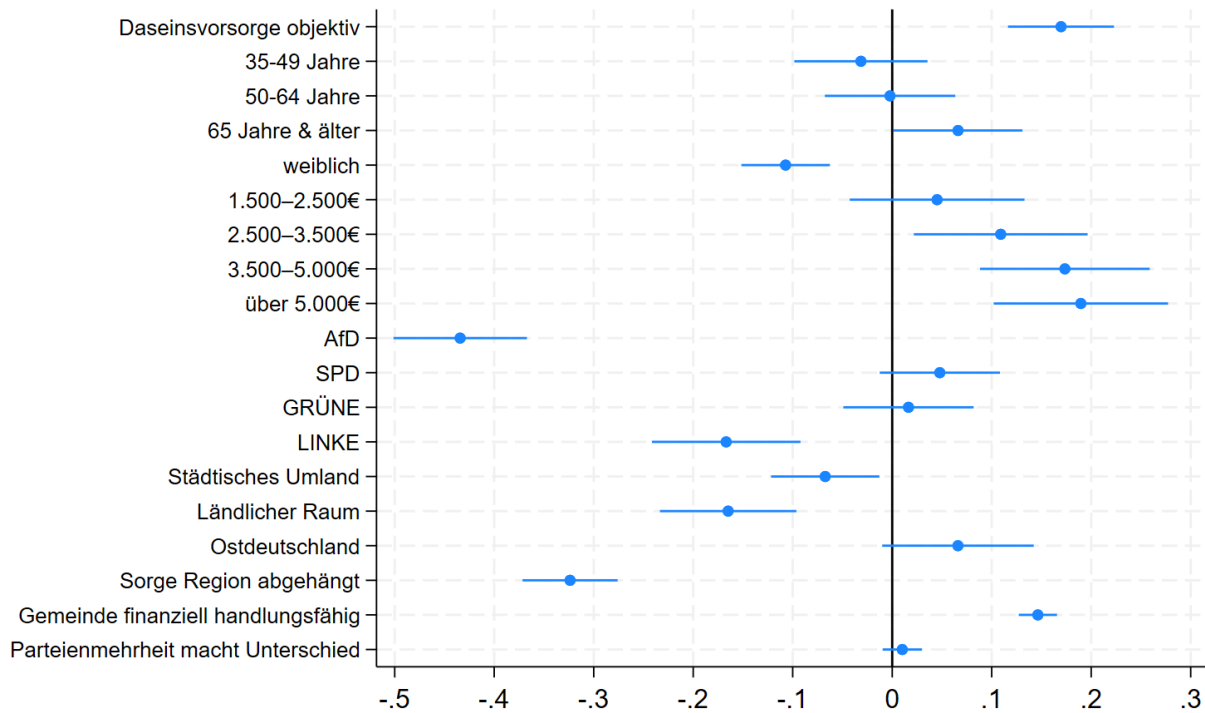
Die Analysen des folgenden Kapitels verknüpfen die auf Gemeindeebene geokodierte Personenbefragung zur Daseinsvorsorgezufriedenheit (Kapitel 4) mit dem objektiven Daseinsvorsorge-Index (Kapitel 5). Zunächst wird beleuchtet, wie die objektive Versorgungslage mit der wahrgenommenen Daseinsvorsorgezufriedenheit zusammenhängt. Danach werden sowohl die subjektive als auch die objektive Daseinsvorsorge als unabhängige Variablen betrachtet und ihr Wechselspiel mit der Performanz der Politik wird genauer unter die Lupe genommen. Abschließend wird aufgezeigt, wie subjektive und objektive Daseinsvorsorge mit den drei nachgelagerten abhängigen Variablen der politischen Entfremdung, i) Demokratiezufriedenheit, ii) AfD-Unterstützung sowie iii) Gefühlen des regionalen Abgehängtseins zusammenspielen.

### 6.1 Zusammenhang zwischen objektiver Versorgung und deren Bewertung

Wie die objektive Versorgungslage und Daseinsvorsorgezufriedenheit zusammenhängen, wird durch eine OLS-Regression modelliert, deren Koeffizienten in Abbildung 6-1 dargestellt werden. Es ist deutlich zu erkennen, dass sich die objektive Versorgung positiv auf die Daseinsvorsorgezufriedenheit auswirkt, sodass insgesamt gilt: Je besser das unmittelbare Wohnumfeld eines Befragten versorgt ist, desto zufriedener ist er in seiner Bewertung der angebotenen Daseinsvorsorgeleistungen. Abbildung 6-1 repliziert die Regression aus Abbildung 4-4 und inkludiert lediglich die objektive Versorgung als weitere unabhängige Variable. Die Koeffizientenstärke des ländlichen Raums halbiert sich, was darauf hindeutet, dass objektive Daseinsvorsorge einen Teil des Stadt-Land-Unterschieds zu erklären vermag. Alle anderen Kontrollvariablen zeigen einen fast identischen Effekt wie zuvor. Besonders prononciert sind weiterhin die negativen Zusammenhänge von Daseinsvorsorgezufriedenheit mit den politischen Rändern – vor allem AfD, aber auch Linke – sowie mit dem Gefühl des regionalen Abgehängtseins. Die Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge steigt hingegen mit höheren Einkommen und dem Gefühl, die Gemeinde besitze finanzielle Handlungsfähigkeit.

**Abbildung 6-1: Auswirkung objektiver Versorgung auf Daseinsvorsorgezufriedenheit**

OLS-Regression, Abhängige Variable: Zufriedenheitsindex Daseinsvorsorge



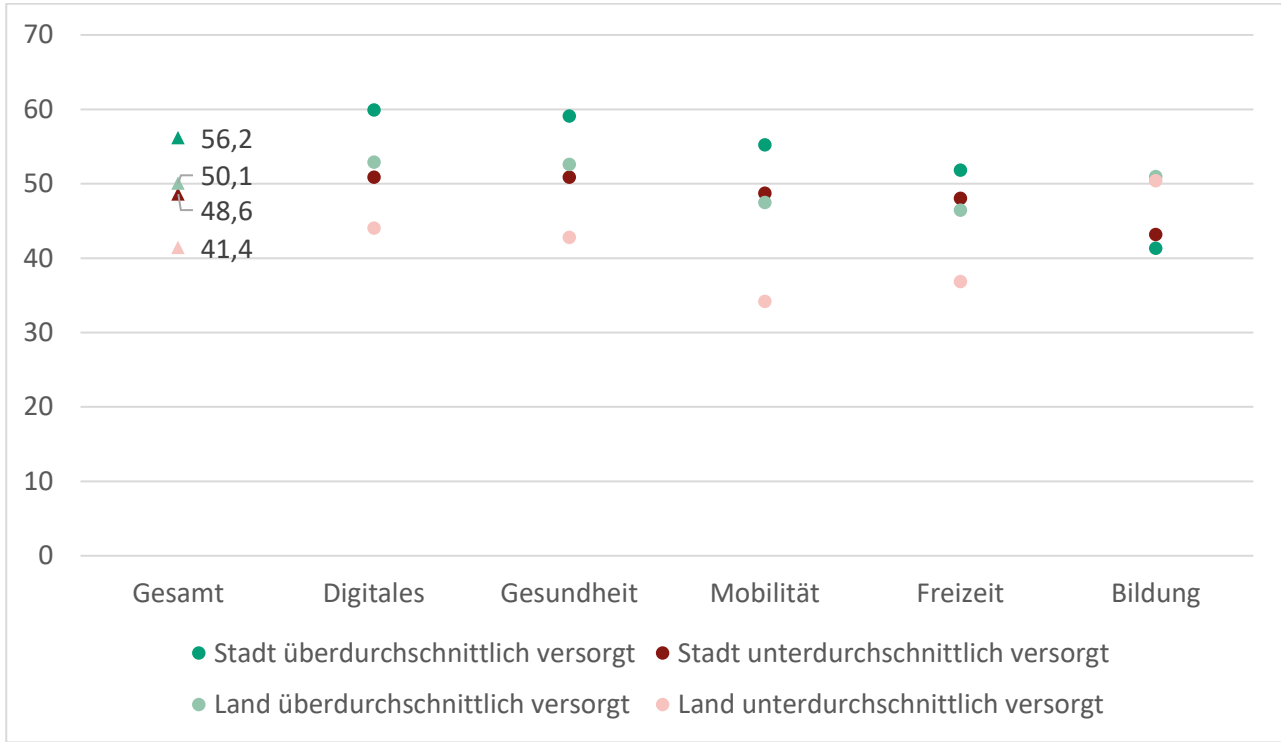
Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=4.039

Ordinary Least Squares-Regression (OLS). 95-prozentige Konfidenzintervalle und robuste Standardfehler. Abhängige Variable: Zufriedenheitsindex Daseinsvorsorge, Referenzkategorien: Alter (jünger als 35 Jahre), Geschlecht (männlich), Nettoeinkommen (unter 1.500 €), Parteipräferenz (CDU/CSU), Wohnort (städtischer Raum), Teil von Deutschland (Westdeutschland), Sorge Region abgehängt (keine Sorge Region abgehängt), Gemeinde finanziell handlungsfähig (Gemeinde finanziell nicht handlungsfähig), Parteienmehrheit macht Unterschied (Parteienmehrheit macht keinen Unterschied).

Abbildung 6-2 schlüsselt die Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge anhand der objektiven Versorgung auf. Agglomerationen und der ländliche Raum wurden separat anhand des Mittelwerts, für den Gesamtindex sowie alle fünf Subindizes, in eine bessere Hälfte (überdurchschnittlich versorgt) und in eine schlechtere Hälfte (unterdurchschnittlich versorgt) eingeteilt. Befragte in überdurchschnittlich versorgten Städten sind in fast allen Bereichen am zufriedensten. Mit der Daseinsvorsorge insgesamt beträgt die Zufriedenheit knapp 60 Prozent. Die Zufriedenheitswerte unterdurchschnittlich versorgter Städte ähneln den Werten des überdurchschnittlich versorgten Lands. Je nach Kategorie wechselt, welchem der beiden Raumtypen die zufriedener Bevölkerung lebt. Deutlich am unzufriedensten sind die Bewohner des unterdurchschnittlich versorgten ländlichen Raums. Insgesamt sind hier nur 40 Prozent der Befragten zufrieden, in der Kategorie Mobilität sinkt dieser Wert sogar auf 35 Prozent. Die Zufriedenheitswerte zwischen den beiden Land-Kategorien unterscheiden sich meist deutlich stärker voneinander als die Zufriedenheitswerte zwischen den beiden Stadtkategorien. Die einzige Ausnahme stellt erneut *Bildung* dar, hier sind Befragte im ländlichen Raum – in über- wie unterdurchschnittlich versorgten Gemeinden lebend – erheblich zufriedener (ca. 50 Prozent) als Befragte, die im städtischen Raum leben (ca. 40 Prozent).

**Abbildung 6-2: Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge in Deutschland nach objektiver Versorgung**

Abbildung der Kategorien „sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“, in Prozent; Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit der Versorgungslage in Ihrem unmittelbaren Wohnumfeld in den folgenden Bereichen?“



Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=4.039

## 6.2 Politische Implikationen der Daseinsvorsorge

Im nächsten Schritt werden sowohl Daseinsvorsorgezufriedenheit („Daseinsvorsorge subjektiv“) als auch die tatsächliche Versorgungslage („Daseinsvorsorge objektiv“) als unabhängige Variablen behandelt, um zu untersuchen, wie diese beiden Faktoren auf die wahrgenommene Performanz der Politik wirken.

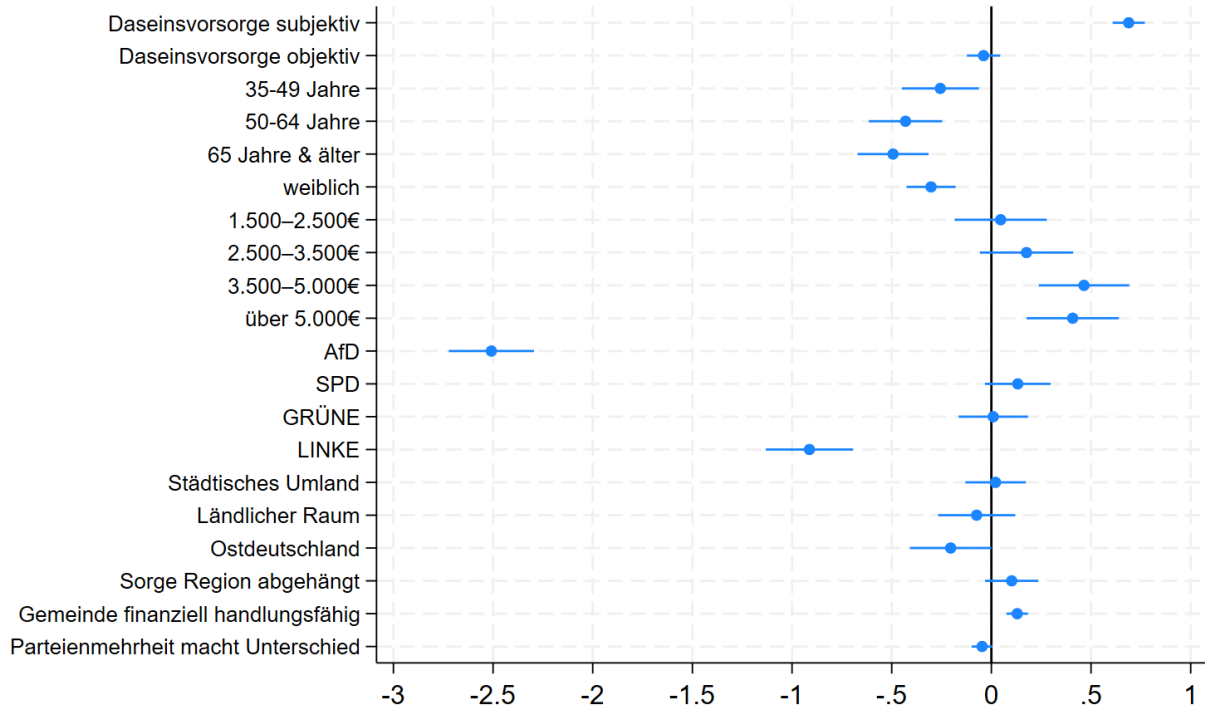
Abbildung 6-3 visualisiert die Ergebnisse der entsprechenden Regression.<sup>15</sup> Während subjektive Daseinsvorsorge positiv mit politischer Leistungsfähigkeit korreliert ist, zeigt sich kein signifikanter Einfluss durch die objektive Daseinsvorsorge. Dies deutet darauf hin, dass es hauptsächlich die wahrgenommenen Angebote sind und nicht die tatsächliche Versorgungslage, die auf die Leistungsfähigkeitsbewertung der Befragten wirkt. Wichtig ist dennoch festzuhalten, dass die objektive Versorgungslage positiv auf die Daseinsvorsorgezufriedenheit wirkt (siehe Abbildung 6-1). Wenn man die Wirkung der subjektiven und objektiven Daseinsvorsorge auf nachgelagerte abhängige Variablen gemeinsam betrachtet, weist nur die subjektive Daseinsvorsorgezufriedenheit einen Zusammenhang auf, die objektive Versorgungslage jedoch nicht. Dies eröffnet die Frage, ob die Wirkung der objektiven Versorgung auf Performanz durch Daseinsvorsorgezufriedenheit mediiert wird. Nachfolgende Studien sollten dies empirisch konsistent mithilfe einer Mediationsanalyse testen. Die einzig hierzu existierende Studie stammt von Garcia del Horno (2026), der für spanische Gemeinden zeigt, dass der Zusammenhang zwischen objektiver Versorgung und ländlichem Unmut nur zu einem vergleichsweise geringen Teil durch Daseinsvorsorgezufriedenheit mediiert wird (maximal 30 Prozent des Zusammenhangs). Die obenstehend präsentierten Ergebnisse legen allerdings nahe, dass eine solche Mediation für deutsche Gemeinden anders ausfallen dürfte.

---

<sup>15</sup> Um der kategorial skalierten abhängigen Variable „Performanz der Politik“ (5-Punkt-Likert Skala) empirisch gerecht werden zu können, wurde eine ordinale logistische Regression angewandt.

### Abbildung 6-3: Auswirkung subjektiver und objektiver Versorgung auf Performanz der Politik in Deutschland

Ordinale Logistische Regression (Logit), Abhängige Variable: Performanz der Politik



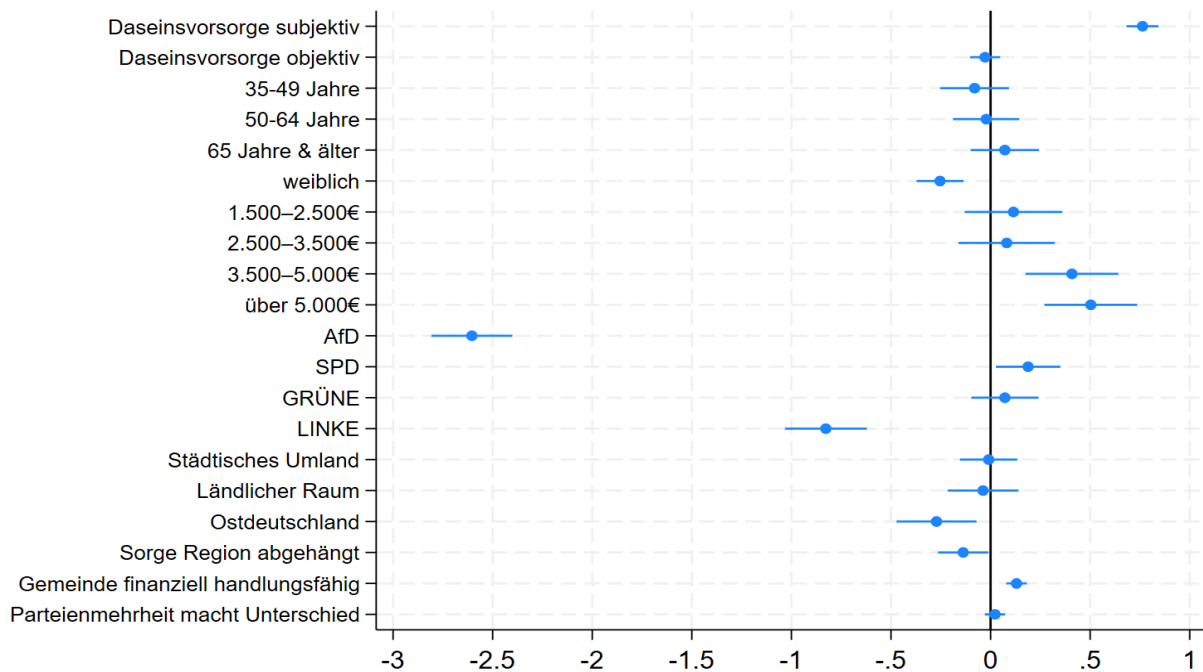
Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=4.039

Ordinale logistische Regression (Logit). 95-prozentige Konfidenzintervalle und robuste Standardfehler. Abhängige Variable: Performanz der Politik, Referenzkategorien: Alter (jünger als 35 Jahre), Geschlecht (männlich), Nettoeinkommen (unter 1.500 €), Parteipräferenz (CDU/CSU), Wohnort (städtischer Raum), Teil von Deutschland (Westdeutschland), Sorge Region abgehängt (keine Sorge Region abgehängt), Gemeinde finanziell handlungsfähig (Gemeinde finanziell nicht handlungsfähig), Parteienmehrheit macht Unterschied (Parteienmehrheit macht keinen Unterschied).

Nachdem gezeigt werden konnte, dass allein die Daseinsvorsorgezufriedenheit die wahrgenommene Performanz positiv beeinflusst, betrachtet Abbildung 6-4 wie Daseinsvorsorgezufriedenheit und objektive Versorgungslage mit Demokratiezufriedenheit zusammenhängen. Ähnlich wie hinsichtlich der politischen Leistungsfähigkeit ist Daseinsvorsorgezufriedenheit positiv mit Demokratiezufriedenheit korreliert, während die objektive Versorgungslage keinen statistischen Zusammenhang mit der Bewertung der Demokratie aufweist. Grundsätzlich lässt sich also der Befund aus Kapitel 4 bestätigen, dass eine höhere Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge im Nahumfeld mit einer positiveren Bewertung der Demokratie einhergeht.

**Abbildung 6-4: Auswirkung subjektiver und objektiver Versorgung auf Demokratiezufriedenheit**

Ordinale Logistische Regression (Logit), Abhängige Variable: Demokratiezufriedenheit



Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=4.039

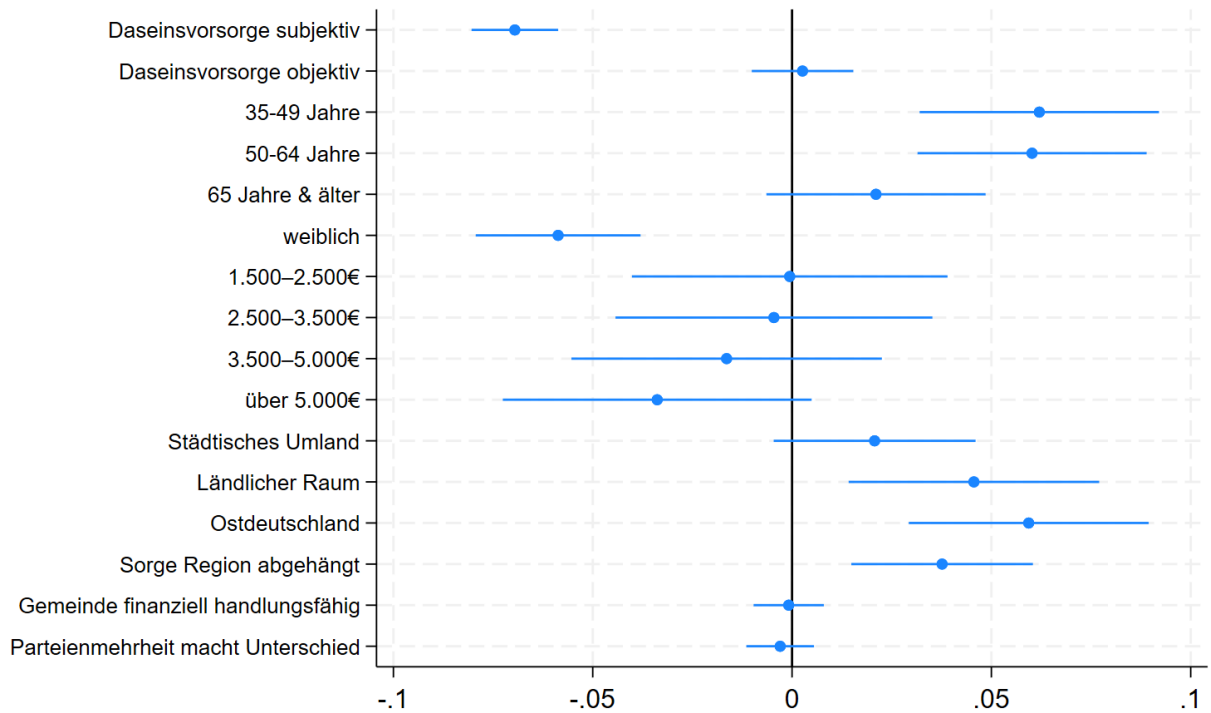
Ordinale logistische Regression (Logit). 95-prozentige Konfidenzintervalle und robuste Standardfehler. Abhängige Variable: Zufriedenheitsindex Daseinsvorsorge, Referenzkategorien: Alter (jünger als 35 Jahre), Geschlecht (männlich), Nettoeinkommen (unter 1.500 €), Parteipräferenz (CDU/CSU), Wohnort (städtischer Raum), Teil von Deutschland (Westdeutschland), Sorge Region abgehängt (keine Sorge Region abgehängt), Gemeinde finanziell handlungsfähig (Gemeinde finanziell nicht handlungsfähig), Parteienmehrheit macht Unterschied (Parteienmehrheit macht keinen Unterschied).

Neben Demokratieunzufriedenheit kann auch eine Unterstützung der AfD als Zeichen von politischer Entfremdung gesehen werden. Abbildung 6-5 veranschaulicht deshalb, wie Daseinsvorsorgezufriedenheit und objektive Versorgungslage mit AfD-Unterstützung zusammenhängen. Eine positive Wahrnehmung der lokalen Daseinsvorsorge ist signifikant negativ mit AfD-Neigung korreliert. Das bedeutet, je unzufriedener Befragte mit den Versorgungsangeboten vor Ort sind, desto eher neigen sie der AfD zu. Dem Muster der vorherigen abhängigen Variablen folgend, zeigt sich auch hier kein Zusammenhang mit der objektiven Versorgungslage. Abbildung 6-5 stellt die Average Marginal Effects (AME) dar, weshalb es möglich ist, die Stärke der verschiedenen Regressionskoeffizienten direkt miteinander zu vergleichen. In der Gesamtschau zeigt sich, dass die subjektiv empfundene Daseinsvorsorge unter den analysierten Variablen diejenige Variable ist, die AfD-Unterstützung am negativsten beeinflusst. Dieser Effekt ist sogar stärker, als dass Frauen seltener zur AfD tendieren. Befragte, die im ländlichen Ostdeutschland wohnen und solche, die sich Sorgen um die Zukunftsfähigkeit ihrer Region machen, besitzen unter allen analysierten Variablen die größte Wahrscheinlichkeit, die AfD zu unterstützen. Die untenstehende Abbildung 6-6 zeigt deskriptiv den prozentualen Anteil der Befragten in den jeweiligen Regionstypen, die der AfD zuneigen. Vergleicht man „überdurchschnittlich versorgte Städte“ mit „unterdurchschnittlich versorgtem Land“, so unterscheidet sich die Wahlneigung zur AfD um circa sieben Prozentpunkte. Zwischen gut und schlecht versorgten ländlichen Räumen beträgt der Unterschied in der AfD-Wahlneigung vier Prozentpunkte.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> Dieser deskriptive Zusammenhang lässt sich in Teilen durch weitere Kontrollvariablen erklären.

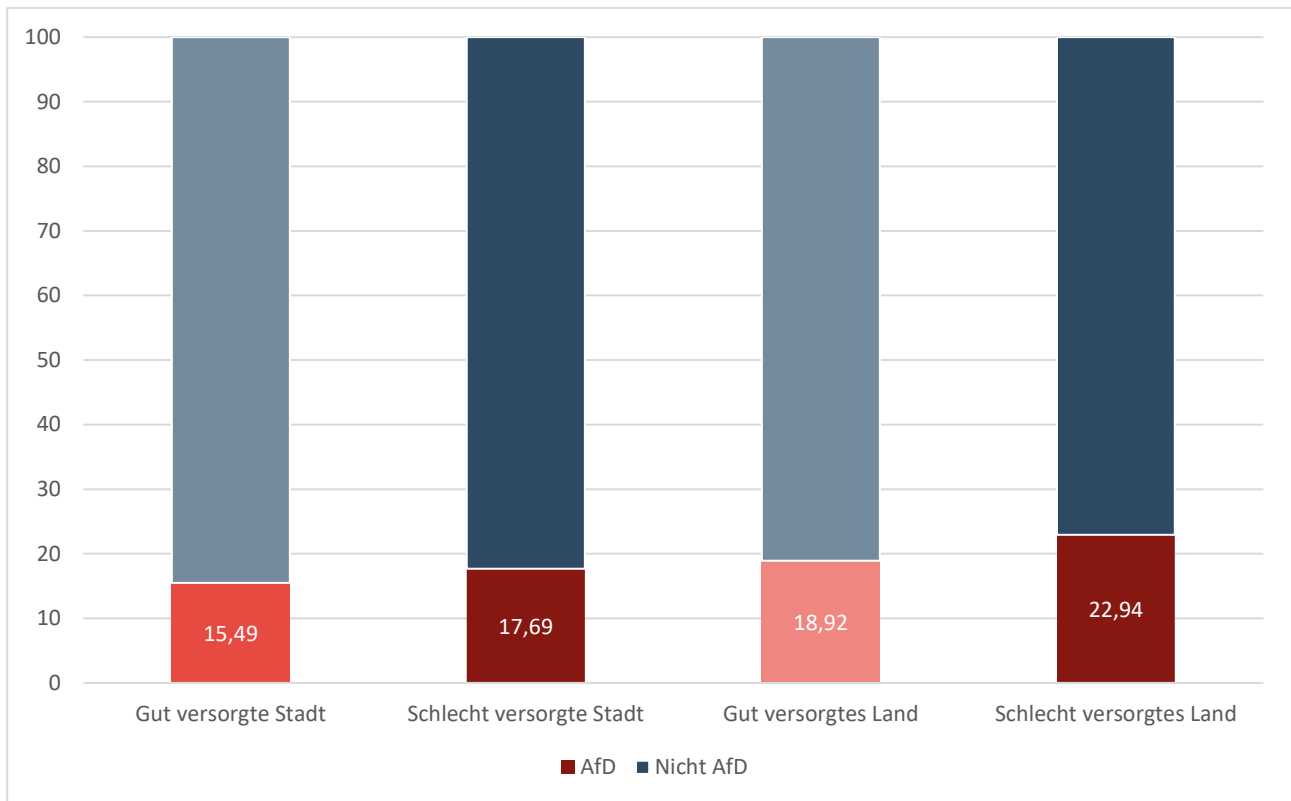
**Abbildung 6-5: Auswirkung subjektiver und objektiver Versorgung auf AfD-Unterstützung**

Logistische Regression (Logit) – Average Marginal Effects (AME), Abhängige Variable: AfD-Unterstützung



Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=4.773

Logistische Regression (Logit). 95-prozentige Konfidenzintervalle und robuste Standardfehler. Abhängige Variable: Zufriedenheitsindex Daseinsvorsorge, Referenzkategorien: Alter (jünger als 35 Jahre), Geschlecht (männlich), Nettoeinkommen (unter 1.500 €), Parteipräferenz (CDU/CSU), Wohnort (städtischer Raum), Teil von Deutschland (Westdeutschland), Sorge Region abgehängt (keine Sorge Region abgehängt), Gemeinde finanziell handlungsfähig (Gemeinde finanziell nicht handlungsfähig), Parteienmehrheit macht Unterschied (Parteienmehrheit macht keinen Unterschied).

**Abbildung 6-6: AfD-Unterstützung nach objektiver Versorgungsgüte städtischer und ländlicher Räume**


Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=4.773

Abschließend wird geprüft, wie Daseinsvorsorgezufriedenheit und objektive Versorgungslage mit dem Gefühl des regionalen Abgehängtseins zusammenhängen. Abermals zeigt sich eine signifikant negative Korrelation zwischen Daseinsvorsorgezufriedenheit und dem Gefühl des Abgehängtseins, während kein Zusammenhang mit der objektiven Versorgungslage besteht (siehe Abbildung A- 12 im Anhang). Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge im Nahumfeld geht mit einer weniger stark ausgeprägten Sorge einher, die eigene Heimat könnte abgehängt werden. Bei der Interpretation der Average Marginal Effects fällt auf, dass ein höheres Alter der Befragten im Vergleich zu einem Alter unter 35 Jahren der stärkste Prädiktor unter allen Variablen für ein geringeres Gefühl des Abgehängtseins ist. Direkt dahinter in seiner relativen Größe rangiert der negative Koeffizient der Daseinsvorsorgezufriedenheit. Ebenfalls mit weniger gefühlter Abgehängtheit korreliert sind Parteianhängerschaften der Grünen oder Linken (im Vergleich mit der Unions-Anhängerschaft) oder die Überzeugung, dass die eigene Gemeinde finanziell handlungsfähig ist. Die einzige positive Korrelation mit höheren Sorgen dagegen stellt ein Wohnort in Ostdeutschland dar.<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Die unterschiedlichen Ergebnisse je nach regionaler Vergleichsgrundlage in Kapitel 5 (deutschlandweit oder getrennte Städte-Land-Betrachtung) legen eine Untersuchung der zuvor aufgezeigten Zusammenhänge je nach Regionstyp nahe. Städtische Regionen weisen jedoch kein anderes Muster im Zusammenspiel von objektiver und subjektiver Daseinsvorsorgebewertung mit Performance, Demokratiezufriedenheit oder AfD-Wahlneigung auf (siehe Abbildung A- 9 bis Abbildung A- 11 im Anhang).

## 7 Handlungsableitungen

Das vorliegende Gutachten schließt eine zentrale Leerstelle der bisherigen Forschung zur Daseinsvorsorge in Deutschland. Bestehende Analysen regionaler Ungleichheiten wählten bislang eine aggregierte Ebene und verglichen kreisfreie Städte und Landkreise. Der internationalen akademischen Literatur zu den politischen Implikationen staatlicher Leistungsfähigkeit folgend, fehlte es zudem an einer kleinräumigen Untersuchung für Deutschland, die objektive Versorgungslagen, subjektive Wahrnehmungen und deren politische Implikationen systematisch zusammenführt. Genau hier setzt die vorliegende Analyse an: Durch die Verknüpfung von georeferenzierten Daten zur kommunalen Daseinsvorsorge mit einer eigens konzipierten Personenbefragung kann ein Beitrag zur Beantwortung der Frage geleistet werden, wie öffentliche Angebote vor Ort ausgestaltet sind, wie dies wahrgenommen wird und in welchem Maße diese Wahrnehmung politische Einstellungen und Verhaltensweisen prägt. Damit liefert die Studie nicht nur eine differenzierte Bestandsaufnahme objektiver und subjektiver regionaler Daseinsvorsorge-Disparitäten, sondern auch wichtige Erkenntnisse für die aktuelle Debatte um die politische Entfremdung und die Stabilität der Demokratie in Deutschland.

### Parteipolitische Filter beachten

Die Bewertung der lokalen Daseinsvorsorge wird weder allein durch die städtische oder ländliche Raumstruktur geprägt noch durch die individuellen sozio-demographischen Charakteristika determiniert. Vielmehr erleben unterschiedliche Parteianhängerschaften das unmittelbar Versorgungsangebot vor Ort subjektiv unterschiedlich. Wieder einmal sind gerade die Rechtsaußenanhängerschaften weitaus kritischer hinsichtlich der Versorgungsgüte als ihre individuellen und räumlichen Lebensumstände es erwarten ließen. Die Wahrnehmungen staatlicher Leistungsfähigkeit im eigenen Nahraum ist damit auch Ausdruck politisch geprägter Deutungsmuster. Daraus folgt, dass sich Unzufriedenheiten mit den Versorgungslagen vermutlich nicht gleichermaßen durch eine materielle Förderpolitik – etwa für ländliche Räume – auflösen lassen. Insbesondere mit Blick auf die AfD und ihre jüngsten Forderungen bei Landtagswahlen ist zu beachten, dass diese zur Stabilisierung der demographisch bedrohten ländlichen Räume hinsichtlich der Bereiche Digitales, Gesundheitsversorgung, Mobilität, Freizeit und Bildung einen derart umfangreichen Leistungskatalog in Anschlag bringt, dass alle ernsthaften politischen Angebote – gegeben der tatsächlichen finanziellen Restriktionen – deutlich dagegen abfallen. Dieser „Infrastrukturelle-Populismus“ (Naumann, 2021) instrumentalisiert bestehende Defizite und vergiftet den politischen Raum für nachhaltige Angebote aus der politischen Mitte. Um den Resonanzdraht mit den entsprechenden Wählerschaften nicht abreißen zu lassen, gewinnen neben der tatsächlichen Verbesserung von Versorgungsleistungen auch Fragen der glaubwürdigen Problemanerkennung, der Anschlussfähigkeit politischer Kommunikation und unterschiedliche Wahrnehmungsmuster an Bedeutung.

### Im Kleinen wird das Große entschieden

Zugleich unterstreichen die Befunde die zentrale Rolle der alltäglichen Kontakterfahrungen mit dem Staat, die sich durch Daseinsvorsorge bieten: Die Bewertung der Versorgungslagen geht systematisch mit einer entsprechenden Wertung staatlicher Performanz und einer höheren Demokratiezufriedenheit einher. Eine wahrgenommene Verschlechterung – etwa aufgrund der anstehenden Krankenhausreform oder bei der Qualität von Straßen und Brücken – kann politisches Kapital aufs Spiel setzen und Unzufriedenheit verstärken: Erfahrungen vor Ort prägen nicht nur die unmittelbare Bewertung staatlicher Leistungsfähigkeit, sondern strahlen auch auf die grundsätzliche Einschätzung der demokratischen Ordnung aus. Für Politik und Medien

ergibt sich daraus eine doppelte Verantwortung: Probleme in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge sollten klar benannt und lösungsorientiert adressiert werden, ohne dabei als pauschalisierender Lautsprecher zu wirken. Mitunter können Schließungen von Einrichtungen mit einer Verbesserung der Qualität einhergehen oder sind schlichtweg unabdingbar. Damit nicht nur die negativen Veränderungen verfangen, braucht es jedenfalls Empathie für differenzierte Erklärungen. Gleichzeitig können Fehlanreize – etwa eine Zweckentfremdung von Mitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur, das gerade zur spürbaren Stabilisierung der kommunalen Infrastrukturen gedacht war (Hentze, 2026; Höslinger/Lay, 2026) – Vertrauen zusätzlich beschädigen, weil sie die Erwartung an eine verlässliche und sichtbare staatliche Leistungsfähigkeit unterlaufen. Um der Wahrnehmung Rechnung zu tragen, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen in einem substanziellen Zusammenhang mit der Daseinsvorsorgezufriedenheit steht, braucht es zudem eine nachhaltige Mittelausstattung. Die Verletzung des Konnexitätsprinzips beschneidet derzeit die kommunale Handlungsfähigkeit und erschwert lokale politische Selbstwirksamkeit.

### Regionen nicht über einen Kamm scheren

Die Versorgungslagen in Deutschland – insbesondere Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern – zeichnen sich durch eine ausgeprägte kleinräumige Heterogenität aus, die durch die häufig aggregierte Betrachtungsweise auf Kreis- oder Landesebene überdeckt werden. Selbst innerhalb einzelner Landkreise Havelland oder Lörrach bestehen teils erhebliche Unterschiede in der Erreichbarkeit und Verfügbarkeit zentraler Infrastrukturen und Dienstleistungen. Die Lebenswirklichkeit – gerade mit Blick auf die Angebote der Daseinsvorsorge kann an einem zentralen urbanen Ort eine vollkommen andere sein als in einer peripheren Kleinstgemeinde in demselben Landkreis. Pauschale regionale Zuschreibungen von „abgehängten ländlichen Räumen“ oder „gut versorgten urbanen Zentren“ greifen daher zu kurz. Vielmehr offenbart sich ein mosaikartiges Muster aus gut und weniger gut ausgestatteten Teilräumen, das eine differenzierte Betrachtung erfordert. Hinzukommt, dass das sonst übliche Ost-West-Gefälle nur bedingt trägt: Ostdeutsche Gemeinden gelten im Durchschnitt als schlechter versorgt als westdeutsche, was auf die ländlichen Gemeinden zurückzuführen ist. Der Vergleich innerhalb von städtischen Räumen zeigt jedoch, dass ostdeutsche Städte besser versorgt sind als westdeutsche. Daraus folgt, dass auch politische Antworten stärker räumlich differenziert und zielgenau ausfallen müssen. Anstelle generalisierter Förderansätze bedarf es einer konsequent kleinräumigen, evidenzbasierten Steuerung im Sinne einer „place-based policy“ (Barca et al., 2012), die spezifische lokale Defizite adressiert, vorhandene Stärken berücksichtigt und regionale Entwicklungspfade ernst nimmt. Nur so lassen sich die knappen Mittel zielgerichtet einsetzen und die Wahrnehmung staatlicher Handlungsfähigkeit vor Ort nachhaltig verbessern.

### Keine Angst vor den Bürgern

In der Gesamtschau zeigen die Ergebnisse, dass die politische Entfremdung von etablierten Kräften und der Demokratie weniger direkt aus Problemen bei lokalen Versorgungslagen resultiert als vielmehr aus deren subjektiver Wahrnehmung. Entscheidend ist damit nicht nur, was der Staat leistet, sondern auch, wie politische Entscheidungen zustande kommen, vermittelt werden und ob sich Bürgerinnen und Bürger darin wiederfinden. Gerade bei potenziell schmerzhaften, aber sachlich notwendigen Reformen – wie der Krankenhausreform oder bei der Schließung kommunaler Einrichtungen wie Schwimmbädern – kommt es darauf an, Betroffene frühzeitig, transparent und möglichst kleinräumig einzubinden. Dies gilt insbesondere für die langfristige Sicherung von Gesundheitsversorgung und Bildungsangeboten in schrumpfenden Regionen, wo Anpassungen oft unvermeidlich sind. Bereits in vorherigen Analysen wurde herausgearbeitet, dass für die Demokratiezufriedenheit neben der Output-Leistungsfähigkeit des Staates insbesondere die Input-Performanz

zentral ist (Philip Morris International, 2025; Verkamp/Koß, 2026). Eine entsprechende Beteiligung kann helfen, Zielkonflikte nachvollziehbar zu machen, Akzeptanz zu erhöhen und pauschalen Abstiegsnarrativen entgegenzuwirken. Überzogene oder nicht einlösbare Versprechen erweisen sich hingegen als kontraproduktiv, da sie Erwartungen enttäuschen und politischen Rändern zusätzlichen Resonanzraum bieten, sich als Retter in der Not zu inszenieren. Eine realistische, dialogorientierte Politik, die Problemlagen offen adressiert und zugleich tragfähige Zukunftsperspektiven vermittelt, kann hingegen dazu beitragen, Vertrauen in staatliches Handeln und demokratische Prozesse nachhaltig zu stärken.

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1: Indikatoren des Daseinsvorsorge-Index .....	13
--	----

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 4-1: Gesamtindex Zufriedenheit Daseinsvorsorge nach Bundesländern.....	20
Abbildung 4-2: Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge nach Kategorien .....	21
Abbildung 4-3: Zufriedenheit mit einzelnen Daseinsvorsorgeeinrichtungen .....	22
Abbildung 4-4: Determinanten der Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge .....	24
Abbildung 4-5: Bewertung der Daseinsvorsorge nach politischer Orientierung .....	25
Abbildung 4-6: Determinanten der Zufriedenheit mit Performanz der Politik.....	27
Abbildung 4-7: Determinanten der Zufriedenheit mit Demokratie .....	28
Abbildung 5-1: Regionale Differenzierung der Daseinsvorsorge .....	31
Abbildung 5-2: Regionale Differenzierung der Daseinsvorsorge nach Referenzräumen.....	33
Abbildung 6-1: Auswirkung objektiver Versorgung auf Daseinsvorsorgezufriedenheit .....	35
Abbildung 6-2: Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge in Deutschland nach objektiver Versorgung .....	36
Abbildung 6-3: Auswirkung subjektiver und objektiver Versorgung auf Performanz der Politik in Deutschland.....	38
Abbildung 6-4: Auswirkung subjektiver und objektiver Versorgung auf Demokratiezufriedenheit.....	39
Abbildung 6-5: Auswirkung subjektiver und objektiver Versorgung auf AfD-Unterstützung .....	40
Abbildung 6-6: AfD-Unterstützung nach objektiver Versorgungsgüte städtischer und ländlicher Räume.....	41

## Literaturverzeichnis

Altwegg, Jürg, 2018, Verdammte der Globalisierung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.12.2018, S. 13

Barca, Fabrizio / McCann, Philip / Rodríguez-Pose, Andrés, 2012, The Case for Regional Development Intervention: Place-Based versus Place-Neutral Approaches, in: Journal of Regional Science, 52. Jg., Nr. 1, S. 134–152

BAST – Bundesanstalt für Straßen und Verkehrswesen, 2026, Zustandsnoten der Brücken, <https://www.bast.de/DE/Publikationen/Statistik/Bruecken/Zustandsnoten.pdf> [31.03.2026]

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Kempermann, Hanno, 2025, AfD gewinnt gerade in Transformationsregionen, IW-Kurzbericht, Nr. 62, Berlin/Köln

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung / Wüstenrot Stiftung (Hrsg.), 2019, Teilhabeatlas Deutschland. Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen, Berlin

Bischof, Daniel / Allinger, Tim Lars / Le Corre Juratic, Morgan / Frederiksen, Kristian, 2026, Social Desirability Bias in Online Surveys: An Experimental Assessment, in: The Journal of Politics, <https://doi.org/10.1086/741690>

Bolet, Diane, 2021, Drinking alone: local socio-cultural degradation and radical right support—the case of British pub closures, in: Comparative Political Studies, 54. Jg., Nr. 9, S. 1653–1692

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2020, Heimatbericht, Berlin

BMWK – Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz / BMI, 2024, Gleichwertigkeitsbericht 2024 – Für starke und lebenswerte Regionen in Deutschland, Berlin

Bundesnetzagentur, 2026, Datenbank, Gigabit-Grundbuch, <https://gigabitgrundbuch.bund.de> [31.03.2026]

Carrascal-Incera, Andre / McCann, Philip / Ortega-Argilés, Raquel / Rodríguez-Pose, Andrés, 2020, UK inter-regional inequality in a historical and international comparative context, in: National Institute Economic Review, 253. Jg., S. R4–R17

Cox, Christian / Epp, Derek A. / Shepherd, Michael E., 2025, Access to Healthcare and Voting: The Case of Hospital Closures in Rural America, in: American Political Science Review, 119. Jg., Nr. 3, S. 1233–1244

Cramer, Katherine, 2016, The politics of resentment: rural consciousness in Wisconsin and the rise of Scott Walker, London

Cremaschi, Simone / Rettl, Paula / Cappelluti, Marco / De Vries, Catherine E., 2025, Geographies of discontent: Public service deprivation and the rise of the far right in Italy, in: American Journal of Political Science, 69. Jg., Nr. 4, S. 1581–1599

Dickson, Zachary P. / Hobolt, Sara B. / De Vries, Catherine E. / Cremaschi, Simone, 2026, Public Service Decline and Support for the Populist Right: Evidence from England’s National Health Service, Working Paper

Diermeier, Matthias, 2020, Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 30 Jg., Nr. 4, S. 539–568

Diermeier, Matthias / Oberst, Christian / Sultan, Samina / Förster, Henrik, 2024, Regionale Entwicklung im Vergleich, IW-Policy Paper, Nr. 6, Köln

Diermeier, Matthias et al., 2023, Erreichbarkeiten: Schulen und Kitas, IW-Kurzbericht, Nr. 41, Köln

Dijkstra, Lewis / Poelman, Hugo / Rodríguez-Pose, Andrés, 2020, The geography of EU discontent, in: Regional Studies, 54. Jg., Nr. 6, S. 737–753

DGfDB - Deutsche Gesellschaft für das Badewesen, 2016, Bäderatlas, <https://baederatlas.com> [31.03.2026]

Döring, Thomas / Wohltmann, Matthias, 2025, Massive Krise der Kommunalfinanzen, in: Wirtschaftsdienst, 105. Jg., Nr. 8, S. 583–590,

Essletzbichler, Jürgen / Disslbacher, Franziska / Moser, Mathias, 2018, The victims of neoliberal globalisation and the rise of the populist vote: a comparative analysis of three recent electoral decisions, in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, 11. Jg., Nr. 1, S. 73–94

FAZ, 2026, Neue Ausrichtung der Demokratieförderung: Prien setzt auf örtliche Kräfte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 69, 23.03.2026, S. 3

Fetzer, Thiemo, 2019, Did Austerity Cause Brexit?, in: American Economic Review, 109. Jg., Nr. 11, S. 3849–3886

Fetzer, Thiemo / Edenhofer, Jacob / Garg, Prashant, 2025, Local decline and populism, in: Economics Letters, 252. Jg., Nr. 3

Fladmoe, Audun / Bergh, Johannes, 2022, The use of adjustment weights in voter surveys. Correcting for panel attrition and nonresponse can produce less accurate estimates of voting behavior, in: Electoral Studies, 78. Jg.

Foertsch, Mona, 2024, Local high school closures and voter turnout: Evidence from East German municipalities, ifo Working Paper, Nr. 411

Frankenberg, Dominik / Kopka, Alexander / Peters, J. Cornelius, 2025, Zur Strukturschwäche ländlicher Räume im Kontext der Abgrenzung der GRW-Fördergebiete, Thünen-Report 124

Fregoni, Marco / Leonardi, Marco, 2025, A map of discontent: economic distress or public service deprivation?, in: Regional Studies, 59. Jg., Nr. 1

Freier, Ronny / Geißler, René / Scheller, Henrik / Raffer, Christian, 2025, Kommunaler Finanzreport 2025: Knappe Kassen, große Aufgaben, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh

Frigelj, Kristian, 2026, AfD-Erfolg in Mannheim: „Einige haben direkt an der Haustür gesagt, sie wählen die AfD“, 12.3.2026, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus69b1491bd7b5155f5684a75a/afd-erfolg-in-mannheim-einige-haben-direkt-an-der-haustuer-gesagt-sie-waehlen-die-afd.html> [19.03.2026]

Fuchs-Schündeln, Nicola / Zürn, Michael, 2025, Was gegen die AfD hilft: Zugang zu Bildung, Mobilität und Ämtern, 21.3.2025, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/was-gegen-die-afd-hilft-zugang-zu-bildung-mobilitaet-und-aemtern-110366924.html> [19.03.2026]

García del Horno, Rubén, 2026, There is nothing here! Unequal access to services and rural resentment in Spain, in: Political Geography, 126. Jg.

Gaschke, Susanne, 2026, Ergebnisse als Maßstab politischer Glaubwürdigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 76. Jg., Nr. 11, 7.03.2026, S. 11–16

Geis-Thöne, Wido, 2025, 300.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige fehlen. Eine Betrachtung der Entwicklung von Bestand und Bedarf an Betreuungsplätzen, IW-Report, Nr. 63, Köln

GTFS – General Transit Feed Specification for Germany, 2026, Datenbank. Open Mobility Data, <https://gtfs.de> [02.04.2026]

Guo, Jeff, 2016, A new theory for why Trump voters are so angry - that actually makes sense, in: The Washington Post, 08.11.2016, <https://www.washingtonpost.com/news/wonk/wp/2016/11/08/a-new-theory-for-why-trump-voters-are-so-angry-that-actually-makes-sense/> [24.01.2024]

Heider, Bastian / Novack, Tessio / Scheunert, Pauline / Scholz, Benjamin, 2025, Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland: Demokratiestützende Aspekte der Daseinsvorsorge, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Berlin

Hentze, Tobias, 2026, 86 Prozent des Sondervermögens im Jahr 2025 zweckentfremdet, in: IW-Nachrichten, 17.03.2026, <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/tobias-hentze-86-prozent-des-sondervermoegens-zweckentfremdet.html> [31.03.2026]

Höslinger, Emilie Antonia / Lay, Max, 2026, Monitoring der Investitionen des Bundes: Werden zusätzliche Schulden auch für zusätzliche Investitionen verwendet?, in: ifo Schnelldienst digital, 7. Jg., Nr. 4, S. 1–12

Huesmann, Christian / Unzicker, Kai / Grau, Andreas, 2026, Vor den Kommunalwahlen in Hessen und Bayern: Demokratie beginnt vor Ort, 5.3.2026, <https://blog.vielfaltleben.de/2026/03/05/vor-den-kommunalwahlen-in-hessen-und-bayern-demokratie-beginnt-vor-ort/> [19.03.2026]

Infratest dimap, 2026, Nachwahlbefragungen Rheinland-Pfalz, 22.3.2026, <https://www.tagesschau.de/inland/landtagswahlen/landtagswahlen-analysen-100.html> [23.03.2025]

Isaksson, Zeth, 2023, The political effects of rural school closures – Evidence from Sweden, in: Journal of Rural Studies, 100. Jg.

Junkernheinrich, Martin, 2026, Kommunen in der fiskalischen Überforderungsfalle: hohe Defizite und multiple Krisenstrategie, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 35. Jg., Nr. 1, S. 665–677

Kersten, Jens / Neu, Claudia / Vogel, Berthold, 2022, Das Soziale-Orte-Konzept: Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft, Bielefeld

Kreis, Joachim, 2024, Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen – Bewertungen Befragter zu ihrer Gegend: Inhaltliche und methodische Analysen auf Grundlage einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, Thünen-Report 114

KfW, 2026, KfW-Jahresauftakt-Pressekonferenz: KfW richtet Fördergeschäft neu aus, 4.2.2026, [https://www.kfw.de/ProzentC3Prozent9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details\\_855680.html](https://www.kfw.de/ProzentC3Prozent9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_855680.html) [19.03.2026]

Korte, Karl-Rudolf, 2024, Wählermärkte: Wahlverhalten und Regierungspolitik in der Berliner Republik, Frankfurt am Main

Manduca, Robert, 2019, Antitrust Enforcement as Federal Policy to Reduce Regional Economic Disparities, in: ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, 685. Jg., Nr. 1, S. 156–171

Manthe, Rainald, 2024, Demokratie fehlt Begegnung: Über Alltagsorte des sozialen Zusammenhalts, Bielefeld

Martín-Cadenas, Pedro, 2026, Communities Without Credit: The Political Implications of Deprivation in Access to Banking Services, Working Paper

Müller, Jan-Werner, 2021, Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit: Wie schafft man Demokratie, Berlin

Naumann, Matthias, 2021, Infrastruktureller Populismus: Infrastruktur als Agenda, Instrument und Erklärung rechter Raumproduktionen, in: Geographische Zeitschrift, 109. Jg., Nr. 4, S. 208–226

Neu, Claudia / Riedel, Lukas / Stichnoth, Holger, 2020, Gesellschaftliche und regionale Bedeutung von Daseinsvorsorge sowie der Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastruktur, Begleitforschung zum Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.), [https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/5-studie-zew-goettingen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/5-studie-zew-goettingen.pdf?__blob=publicationFile&v=3) [02.01.2024]

Nyholt, Niels, 2024, Left behind: Voters' reactions to local school and hospital closures, in: European Journal of Political Research, 63. Jg., Nr. 3, S. 884–905

Philip Morris International, 2025, Wie wir wirklich leben 2025, <https://poweredbyphilipmorris.de/study/2025-einleitung/> [01.04.2025]

Putnam, Robert D. / Leonardi, Robert / Nanetti, Raffaella Y., 1993, Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy, Princeton

Rampe, Henrik, 2026, Audi in Ingolstadt: Die einst so privilegierte Stadt muss radikale Schritte gehen, 17.03.2026, <https://www.zeit.de/arbeit/2026-03/audi-ingolstadt-autoindustrie-unternehmen-stadtbuecherei/komplettansicht> [19.03.2026]

Rodríguez-Pose, Andrés, 2018, The revenge of the places that don't matter (and what to do about it), in: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, 11. Jg., Nr. 1, S. 189–209

Rösel, Felix, 2026, Regionale Entwicklung und Vertrauen brauchen einen sichtbaren Staat vor Ort, in: Wirtschaftsdienst, 106. Jg., Nr. 1, S. 24–27

Schneidewind, Uwe, 2026, Dienstschluss – Herausforderung Kommunalpolitik, Berlin

Schröder, Christoph / Wendt, Jan, 2026, Kaufkraft: In Bayern am höchsten, IW-Kurzbericht, Nr. 28, Köln

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2024, Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände am 31.12.2024, <https://gis-hsl.hessen.de/portal/apps/experiencebuilder/experience/?id=e2d2a7b872da41dcb1761d71da8ab6bc&page=Kreisebene> [24.04.2026]

Stroppe, Anne-Kathrin, 2023, Left behind in a public services wasteland? On the accessibility of public services and political trust, in: Political Geography, 105. Jg.

The Economist, 2017, An unprecedented election, with unprecedented risks, <https://www.economist.com/briefing/2017/03/04/an-unprecedented-election-with-unprecedented-risks> [07.04.2020]

Tocqueville, Alexis de, 1835/1840, Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart, 1986

Vehrkamp, Robert, und Michael Koß, 2026, Demokratiemonitor 2026. Gütersloh.

Vogler, Jan P., 2023, Bureaucracy and Democracy: The Importance of Public Services to Citizens' Lives and Trust in Government, Working Paper

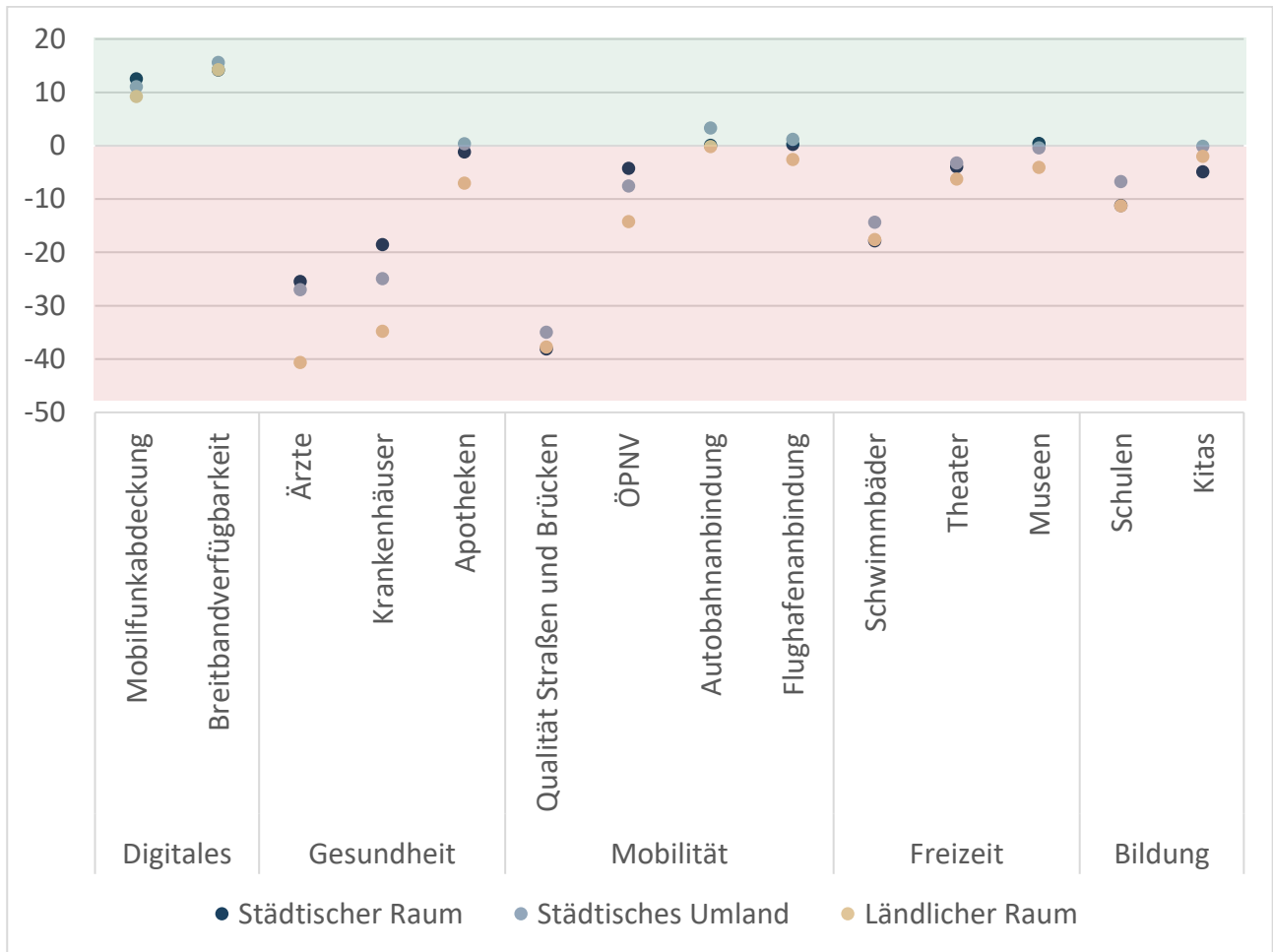
von Altenbockum, Jasper, 2025, Politische Bücher: Die Helden der Demokratie, 9.9.2025, <https://www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/politische-buecher-wie-kommunen-sich-gegen-radikalisierung-wappnen-accg-110676344.html> [19.03.2026]

## Anhang

**Abbildung A- 1: Veränderung der Zufriedenheit mit Daseinsvorsorge**

Abbildung des Saldos (Verbesserung-Verschlechterung) in den vergangenen 5 Jahren, in Prozentpunkten

Frage: „Wie hat sich die Versorgung mit folgenden Infrastrukturen in Ihrem unmittelbaren Wohnumfeld in den vergangenen fünf Jahren verändert?“



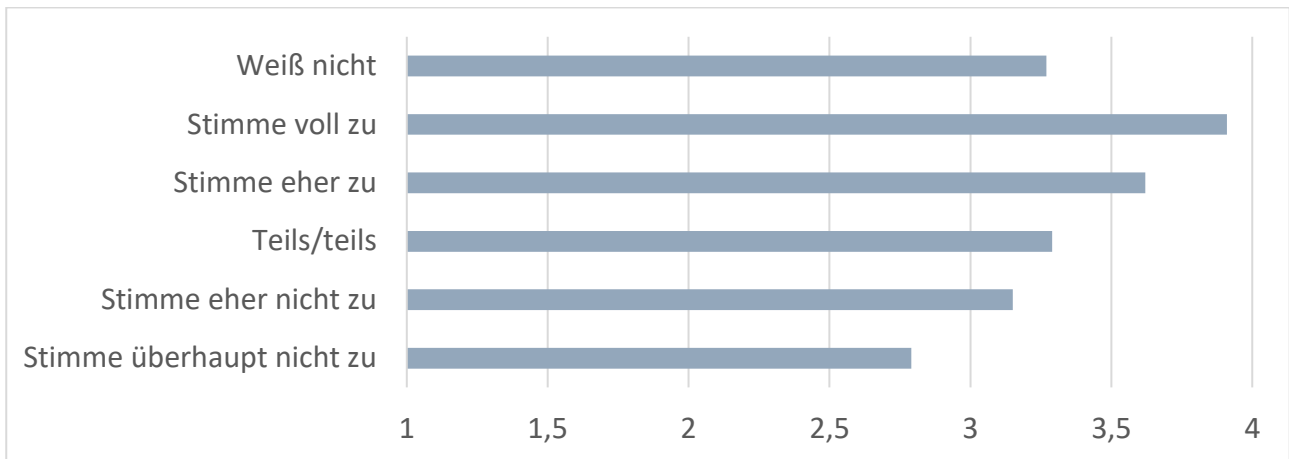
Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=5.455

**Abbildung A- 2: Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge nach Empfindung finanzieller Handlungsfähigkeit der Gemeinde**

Abbildung des Mittelwerts der Skala: 1 „sehr unzufrieden“ bis 5 „sehr zufrieden“

Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit der Versorgungslage in Ihrem unmittelbaren Wohnumfeld in den folgenden Bereichen?“

Statement im Wortlaut: „Meine Gemeinde/Stadt ist finanziell handlungsfähig.“

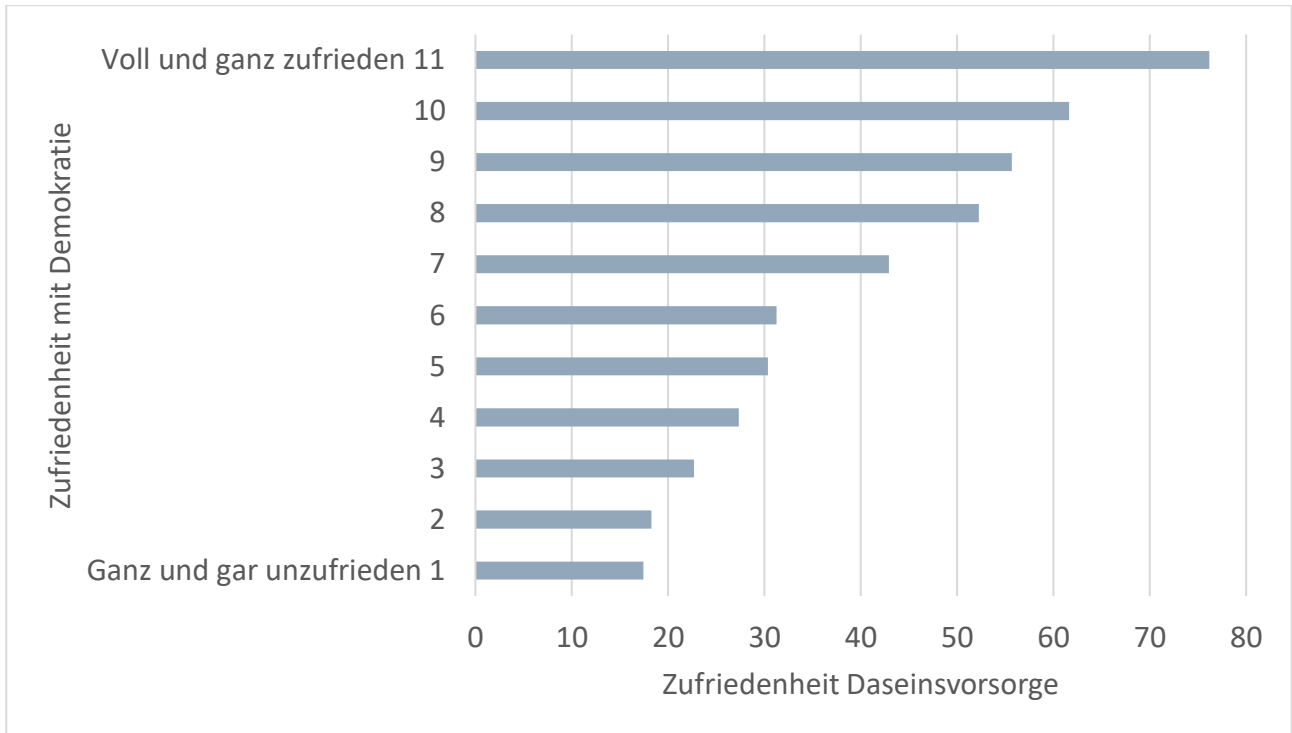


Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=5.455

**Abbildung A- 3: Zufriedenheit mit der Daseinsvorsorge nach Demokratiezufriedenheit**

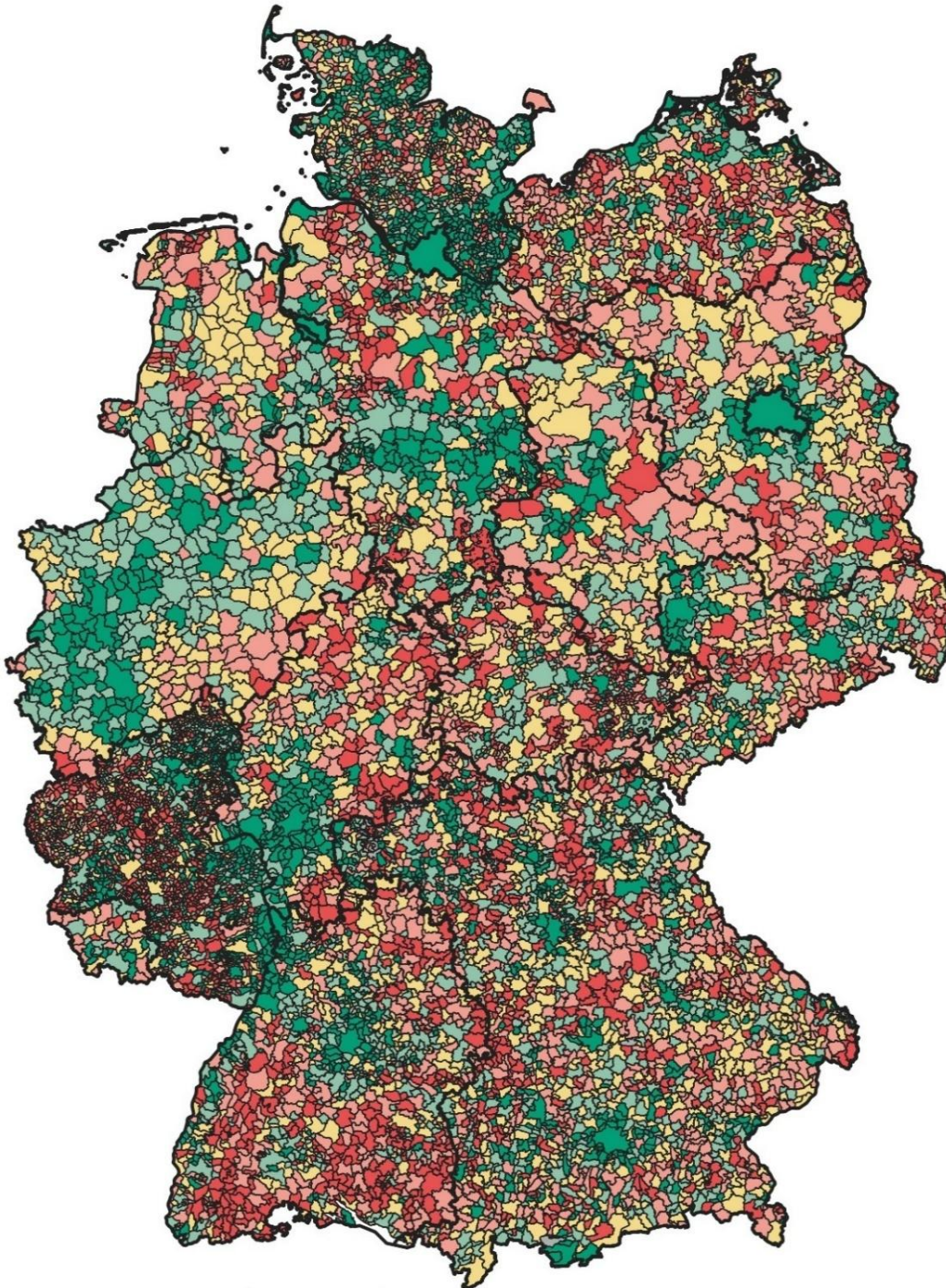
Abbildung der Kategorien „sehr unzufrieden“ und „eher zufrieden“, in Prozent

Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit der Versorgungslage in Ihrem unmittelbaren Wohnumfeld in den folgenden Bereichen?“



Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=5.455

Abbildung A- 4: Regionale Differenzierung der Daseinsvorsorge der Kategorie Digitales

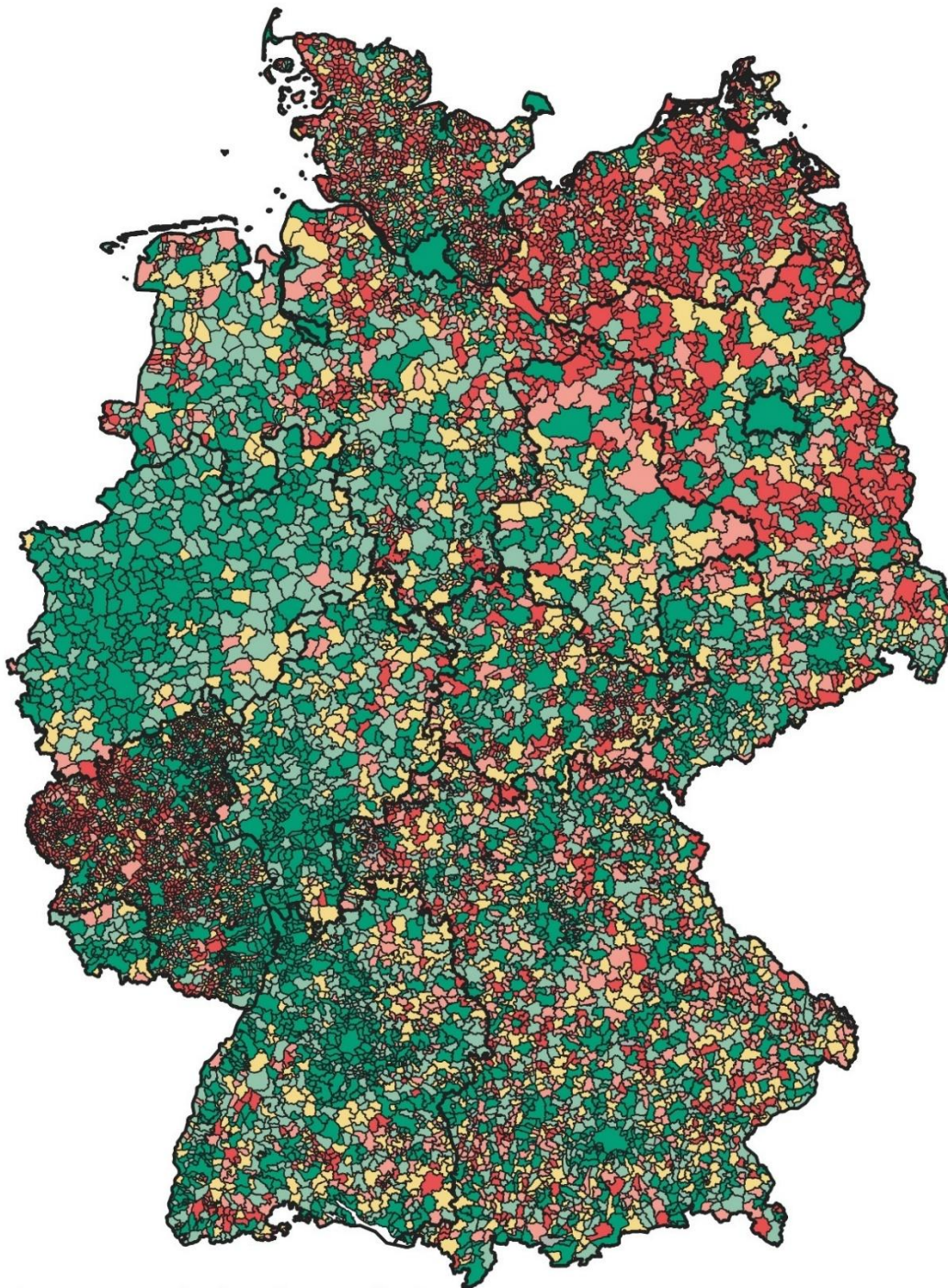


Daseinsvorsorgeindex Digitales

- sehr schlecht
- schlecht
- mittel
- gut
- sehr gut
- keine Werte

Quelle: Bundesnetzagentur

Abbildung A- 5: Regionale Differenzierung der Daseinsvorsorge der Kategorie Gesundheit

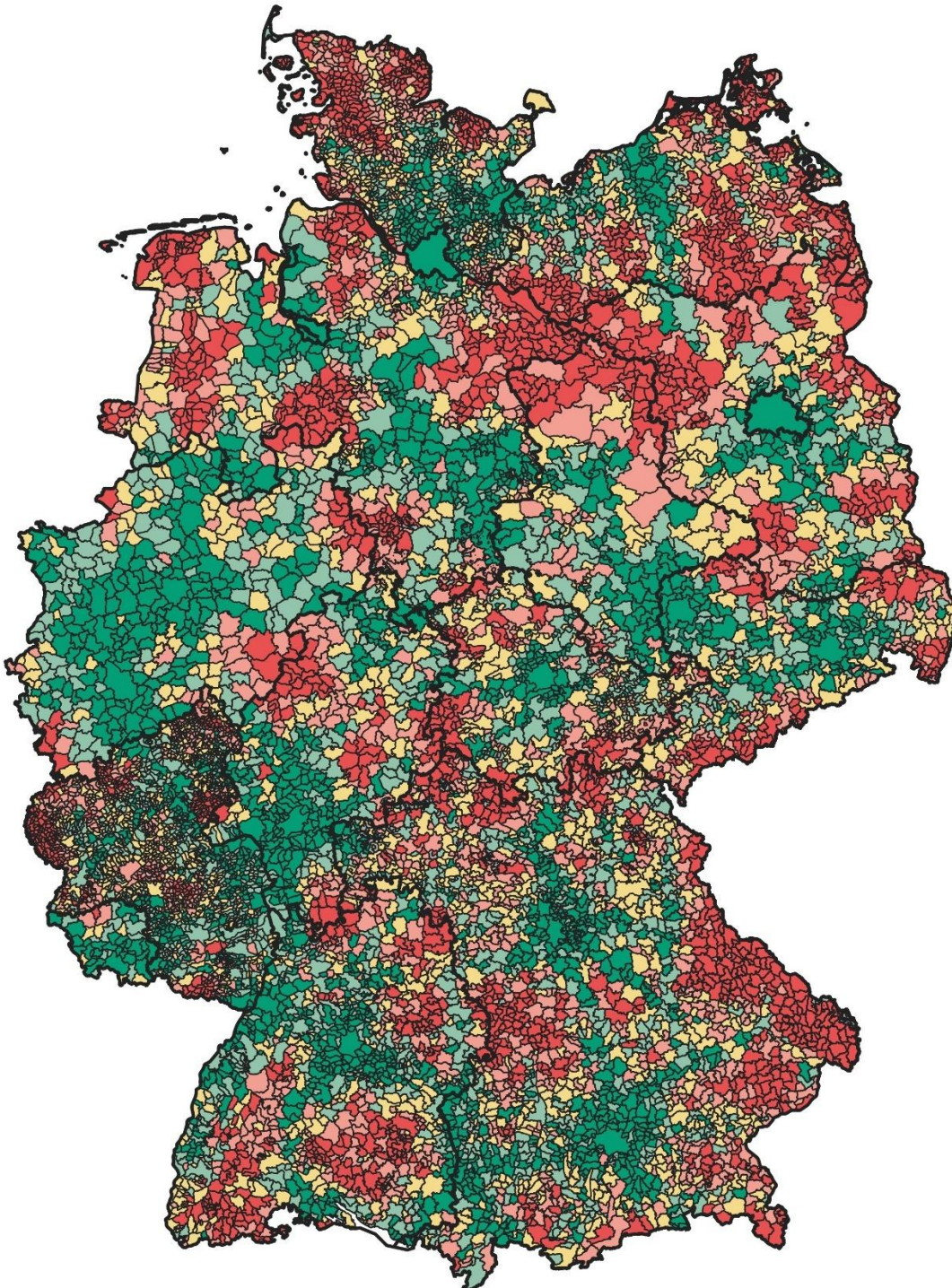


Daseinsvorsorgeindex Gesundheit

- sehr schlecht
- schlecht
- mittel
- gut
- sehr gut
- keine Werte

Quelle: Bundes-Klinik-Atlas, Pflegeverzeichnis, aponet.de, Kassenärztliche Bundesvereinigung KdöR

Abbildung A- 6: Regionale Differenzierung der Daseinsvorsorge der Kategorie Mobilität

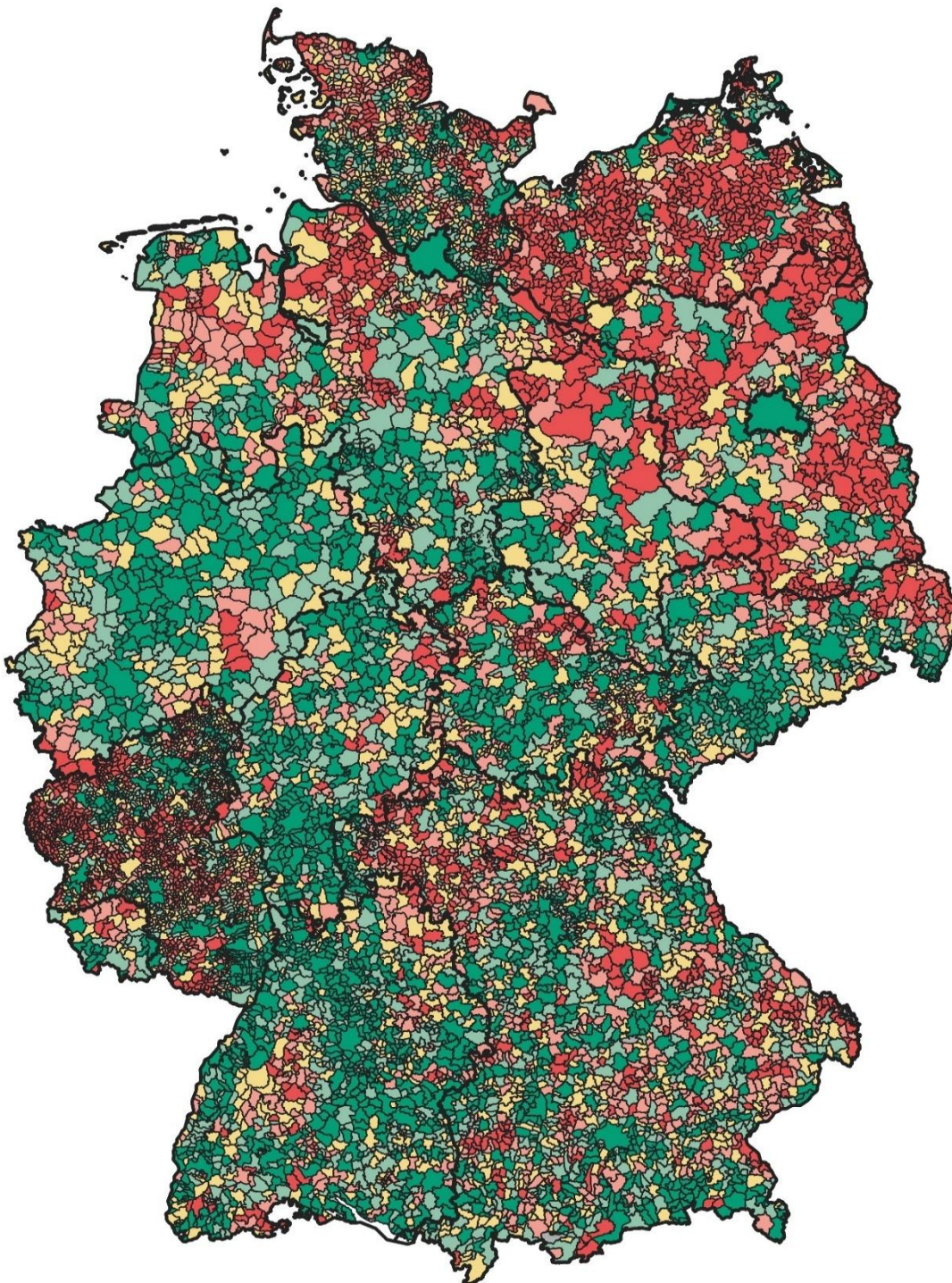


Daseinsvorsorgeindex Mobilität

- sehr schlecht
- schlecht
- mittel
- gut
- sehr gut
- keine Werte

Quelle: OSM, Bundesanstalt für Straßen und Verkehr

Abbildung A- 7: Regionale Differenzierung der Daseinsvorsorge der Kategorie Freizeit

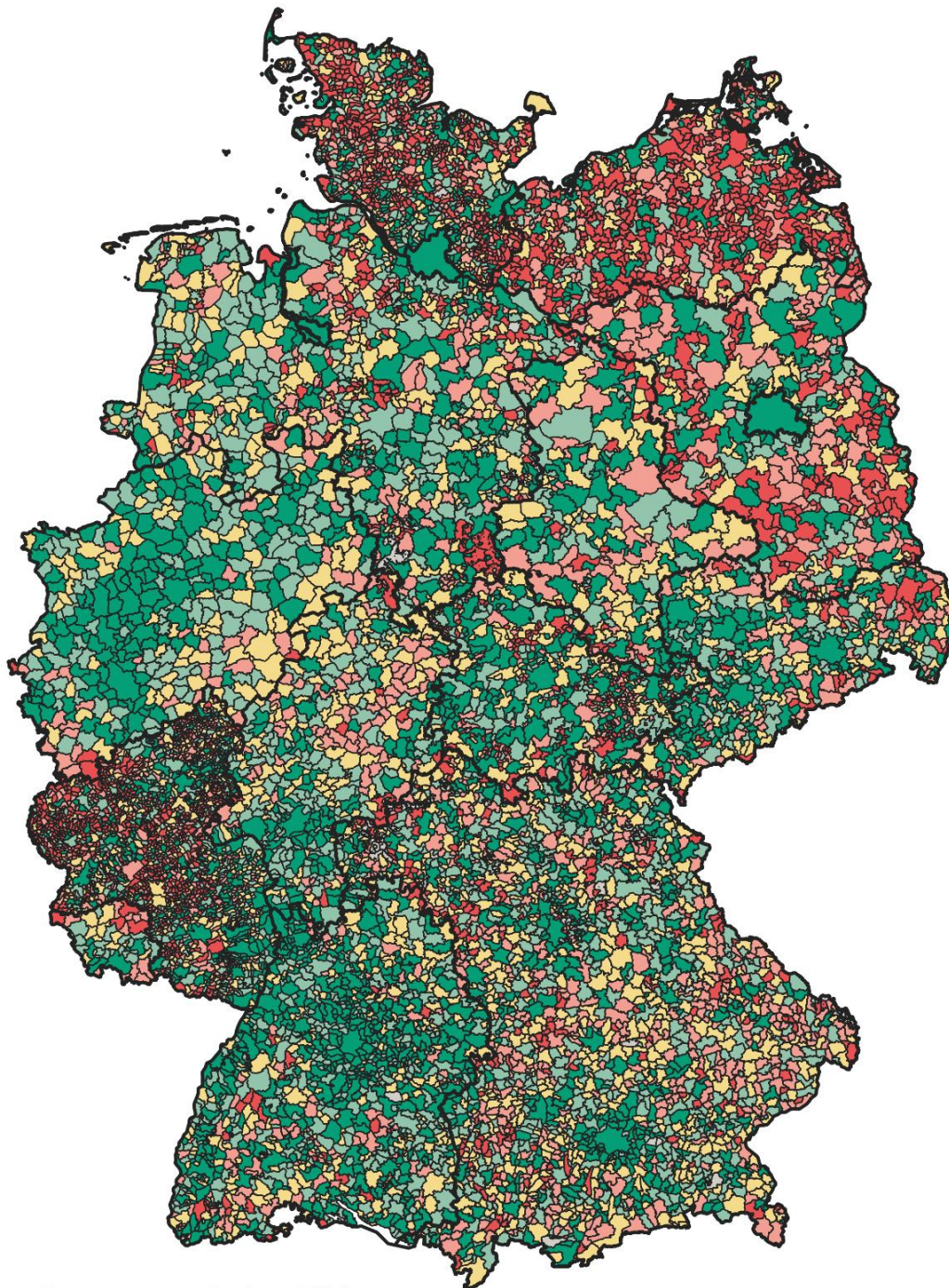


Daseinsvorsorgeindex Freizeit

- sehr schlecht
- schlecht
- mittel
- gut
- sehr gut
- keine Werte

Quelle: Google Place API; Bäderatlas,

Abbildung A- 8: Regionale Differenzierung der Daseinsvorsorge der Kategorie Bildung



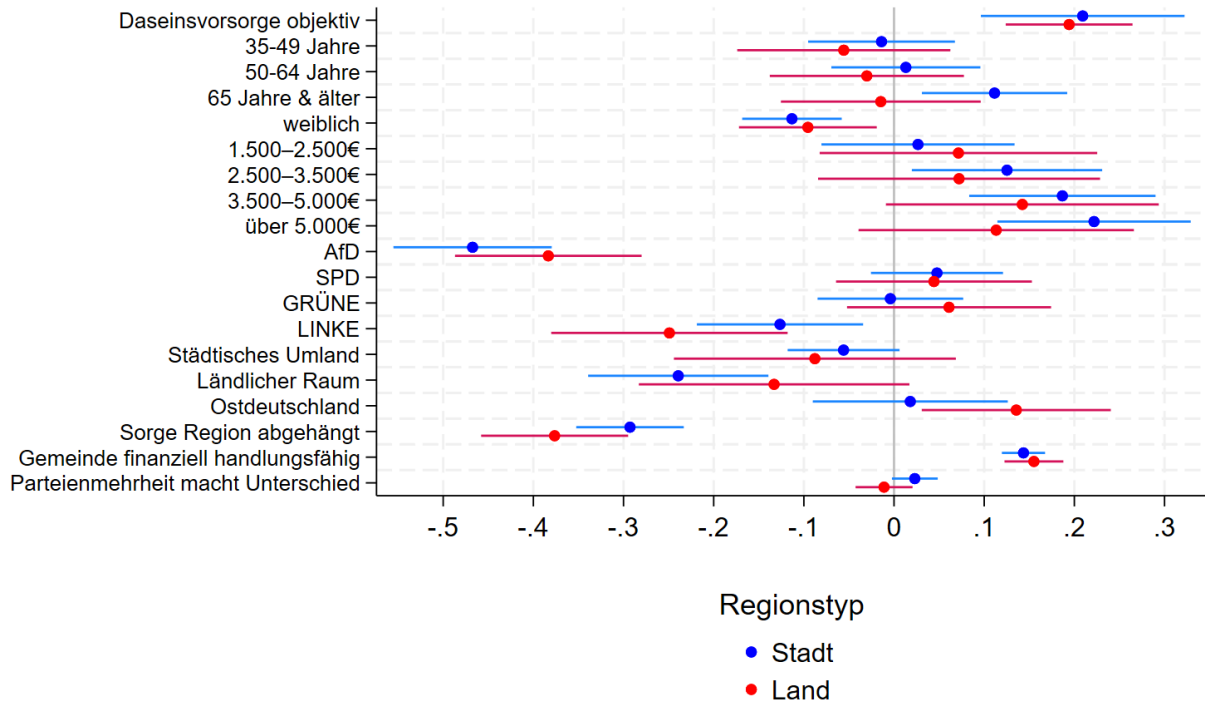
Daseinsvorsorgeindex Bildung

- sehr schlecht
- schlecht
- mittel
- gut
- sehr gut
- keine Werte

Quelle: OSM, Statistische Ämter des Bundes und der Länder

**Abbildung A- 9: Auswirkung objektiver Versorgung auf Daseinsvorsorgezufriedenheit**

OLS-Regression, Abhängige Variable: Zufriedenheitsindex Daseinsvorsorge

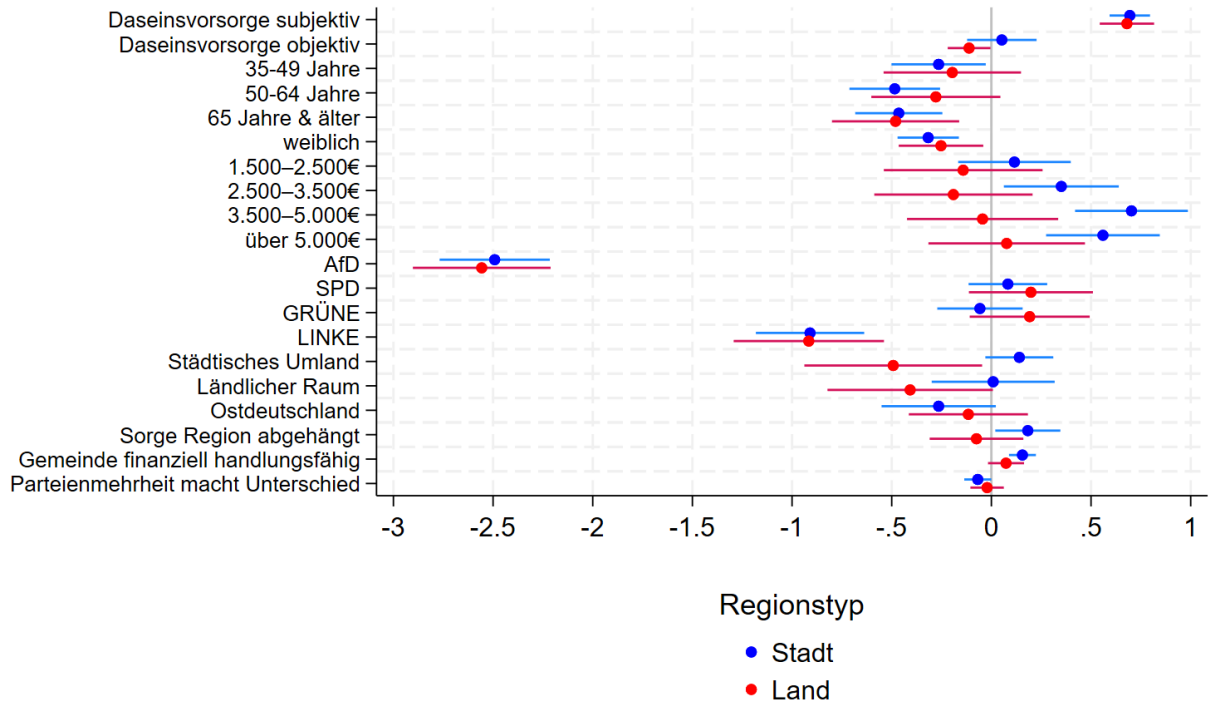


Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=4.039 (Stadt: 2.646, Land: 1.393)

Ordinary Least Squares-Regression (OLS). 95-prozentige Konfidenzintervalle und robuste Standardfehler. Abhängige Variable: Zufriedenheitsindex Daseinsvorsorge, Referenzkategorien: Alter (jünger als 35 Jahre), Geschlecht (männlich), Nettoeinkommen (unter 1.500 €), Parteipräferenz (CDU/CSU), Wohnort (städtischer Raum), Teil von Deutschland (Westdeutschland), Sorge Region abgehängt (keine Sorge Region abgehängt), Gemeinde finanziell handlungsfähig (Gemeinde finanziell nicht handlungsfähig), Parteienmehrheit macht Unterschied (Parteienmehrheit macht keinen Unterschied).

**Abbildung A- 10: Auswirkung subjektiver und objektiver Versorgung auf Performanz**

Ordinale Logistische Regression (Logit), Abhängige Variable: Performanz der Politik

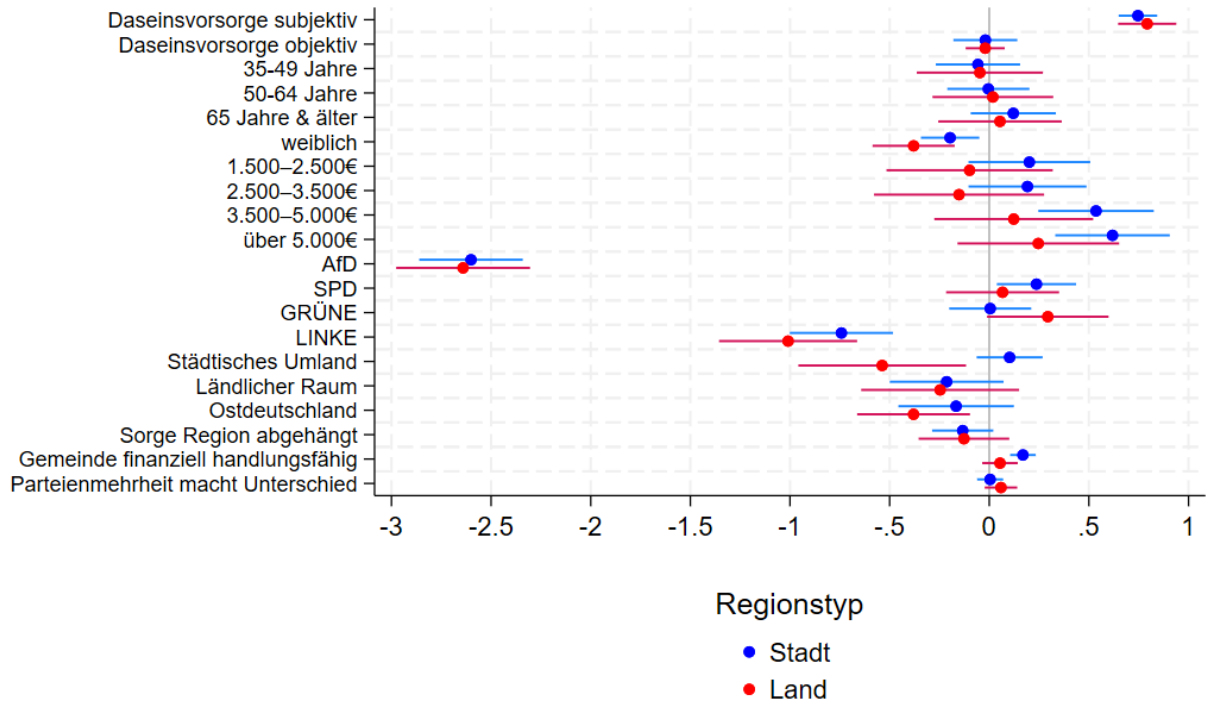


Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=4.039 (Stadt: 2.646, Land: 1.393)

Ordinale Logistische Regression (Logit). 95-prozentige Konfidenzintervalle und robuste Standardfehler. Abhängige Variable: Zufriedenheitsindex Daseinsvorsorge, Referenzkategorien: Alter (jünger als 35 Jahre), Geschlecht (männlich), Nettoeinkommen (unter 1.500€), Parteipräferenz (CDU/CSU), Wohnort (städtischer Raum), Teil von Deutschland (Westdeutschland), Sorge Region abgehängt (keine Sorge Region abgehängt), Gemeinde finanziell handlungsfähig (Gemeinde finanziell nicht handlungsfähig), Parteienmehrheit macht Unterschied (Parteienmehrheit macht keinen Unterschied).

**Abbildung A- 11: Auswirkung subjektiver und objektiver Versorgung auf Demokratiezufriedenheit**

Ordinale Logistische Regression (Logit), Abhängige Variable: Demokratiezufriedenheit

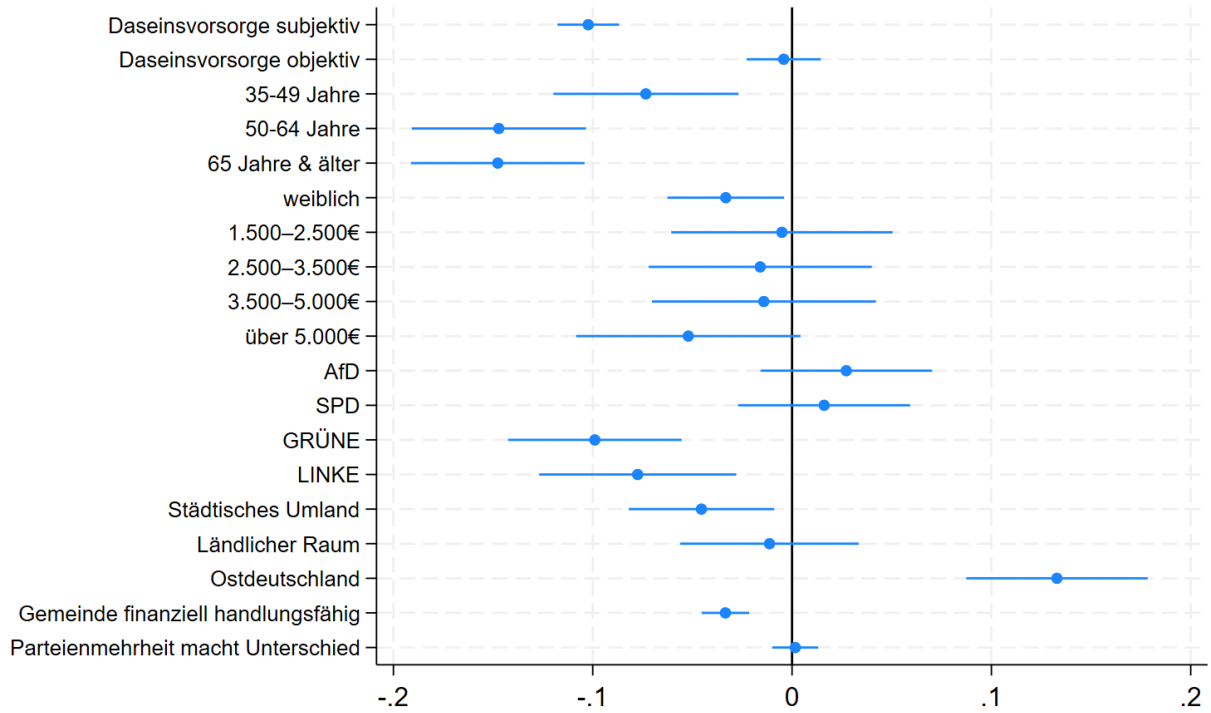


Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=4.039 (Stadt: 2.646, Land: 1.393)

Ordinale Logistische Regression (Logit). 95-prozentige Konfidenzintervalle und robuste Standardfehler. Abhängige Variable: Zufriedenheitsindex Daseinsvorsorge, Referenzkategorien: Alter (jünger als 35 Jahre), Geschlecht (männlich), Nettoeinkommen (unter 1.500€), Parteipräferenz (CDU/CSU), Wohnort (städtischer Raum), Teil von Deutschland (Westdeutschland), Sorge Region abgehängt (keine Sorge Region abgehängt), Gemeinde finanziell handlungsfähig (Gemeinde finanziell nicht handlungsfähig), Parteienmehrheit macht Unterschied (Parteienmehrheit macht keinen Unterschied).

**Abbildung A- 12: Auswirkung subjektiver und objektiver Versorgung auf Gefühl des regionalen Abgehängtseins**

Logistische Regression (Logit) – Average Marginal Effects (AME), Abhängige Variable: Gefühl des regionalen Abgehängtseins



Ordinale logistische Regression (Logit). 95-prozentige Konfidenzintervalle und robuste Standardfehler. Abhängige Variable: Performanz der Politik, Referenzkategorien: Alter (jünger als 35 Jahre), Geschlecht (männlich), Nettoeinkommen (unter 1.500 €), Parteipräferenz (CDU/CSU), Wohnort (städtischer Raum), Teil von Deutschland (Westdeutschland), Sorge Region abgehängt (keine Sorge Region abgehängt), Gemeinde finanziell handlungsfähig (Gemeinde finanziell nicht handlungsfähig), Parteienmehrheit macht Unterschied (Parteienmehrheit macht keinen Unterschied).

Quelle: deutschlandweite Befragung im Online-Access-Panel von Bilendi vom 24.06.2025 bis 06.07.2025, N=4.271